

**Bericht über ein durch die Sachbeihilfe der Deutschen Forschungsgemeinschaft  
gefördertes Forschungsprojekt zum Thema**

**Demokratiemuster und Leistungsbilanz politischer Systeme in  
Mittel- und Osteuropa:  
Ein quantitativ-empirischer, systematischer Vergleich der ökonomischen,  
ökologischen und sozialen Performanz in zehn mittel- und osteuropäischen  
Ländern**

**bearbeitet von**

**Professor Dr. Detlef Jahn (Antragsteller)**

**Dipl. Politologin Kati Kuitto (wiss. Mitarbeiterin)  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Greifswald**

**Professor Dr. Ferdinand Müller-Rommel (Antragsteller)**

**Dipl. Oec. Henrike Schultze (wiss. Mitarbeiterin)  
Dr. Philipp Harfst (wiss. Mitarbeiter)  
Zentrum für Demokratieforschung  
Universität Lüneburg**

**Greifswald / Lüneburg Januar 2008**

## **Gliederung**

<b>Vorwort</b>	3
<b>1. Einleitung</b>	3
<b>2. Identifikation von Demokratiemustern</b>	6
Die elektorale Entscheidungsregel	12
Die legislative Entscheidungsregel	14
Die Akteurskonstellation	22
Ein dreidimensionales Demokratiemodel:	26
Die mittelosteuropäischen Länder im Vergleich	
<b>3. Identifikation von Leistungsbilanz politischer Systeme in Mitteleuropa</b>	33
Output-Performanzprofile in der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik	34
Outcome-Performanzprofile in der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik	39
Gesamt-Performanzprofile in der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik	42
<b>4. Demokratiedimensionen und Politikperformanz in Mitteleuropa</b>	46
Wirtschaftsperformanz	54
Soziale Performanz	57
Umweltperformanz	59
Gesamtperformanz	61
<b>5. Zusammenfassung</b>	63
<b>Literaturverzeichnis</b>	65
<b>Anhang A</b>	
1. Tabelle A.1 Elektorale Entscheidungsregel in Mitteleuropa	72
2. Indexbildung für die Tabellen A.2 bis A.6	73
3. Tabelle A.2 Bikameralismus – Föderalismus	76
4. Tabelle A.3 Machtbefugnisse des Präsidenten	77
5. Tabelle A.4 Kompetenzfelder der Verfassungsgerichte	79
6. Tabelle A.5 Kompetenz der Verfassungsgerichte	81
7. Tabelle A.6 Vetostärke von direktdemokratische Strukturen	82
<b>Anhang B</b>	
1. Verzeichnis der Publikationen aus dem Projekt	84
2. Verzeichnis der Vorträge aus dem Projekt	85
3. Verzeichnis der Promotionen aus dem Projekt	86
4. Verzeichnis der Diplomarbeiten aus dem Projekt	87
5. Beschreibung der Datenbank aus diesem Projekt (Database on political systems in Central and Eastern Europe)	87
6. Inhaltsverzeichnis des geplanten Buchprojekts	92

## **Vorwort**

Der vorliegende DFG Abschlussbericht wurde von den beiden Forschungsteams an der Universität Greifswald und der Universität Lüneburg gemeinsam diskutiert und verfasst. Die Arbeiten an dem Forschungsbericht folgten inhaltlich und zeitlich im Wesentlichen dem im Projektantrag skizzierten Plan. Dabei lag die Federführung von Abschnitt 2 (Identifikation von Demokratiemustern) an der Universität Lüneburg und von Abschnitt 3 (Identifikation der Leistungsbilanz politischer Systeme in Mitteleuropa) an der Universität Greifswald. Der Abschnitt 4 (Demokratiedimensionen und Politikperformanz) wurde von beiden Teams gemeinsam erstellt.

## **1 Einleitung**

In den vergangenen zehn Jahren fand in den Ländern Mittel- und Osteuropas eine bemerkenswerte Konsolidierung demokratischer Strukturen statt. In einer neueren empirischen Studie hat Wolfgang Merkel (2007) den demokratischen Konsolidierungsgrad der politischen Systeme in Mittel- und Osteuropa auf vier analytischen Ebenen untersucht:

- der konstitutionellen Konsolidierung (Makroebene: Strukturen)
- der repräsentativen Konsolidierung (Mesoebene: Akteure)
- der Verhaltenskonsolidierung (Mesoebene: Akteure)
- der demokratischen Konsolidierung der politischen Kultur (Mikroebene: Bürger)

Basierend auf den Daten des Bertelsmann Transformationsindex kommt Merkel für das Jahr 2005 zusammenfassend zu dem Befund, dass acht von siebzehn mittel- und osteuropäischen Ländern als vollständig konsolidiert gelten (Slowenien, Tschechien, Estland, Ungarn, Kroatien, Polen, Litauen und die Slowakei). Ferner sind die Länder Lettland, Bulgarien und Rumänien nahezu vollständig konsolidiert. Alle übrigen Länder zählen zu den nicht konsolidierten elektoralen Demokratien (Merkel 2007: 422). Aus dem Bertelsmann Index ist jedoch nicht ersichtlich, zu welchem Zeitpunkt die demokratische Konsolidierung in den einzelnen Ländern eingesetzt hat. Um diesen Zeitpunkt zu erfassen, wurden die Daten des *Freedom House Index* (FDH) und des *Polity IV* ausgewertet. Eingang in die vorliegende

Studie erhielten jene Länder die als „free“ nach FDH und „demokratisch“ nach Polity definiert waren.<sup>1</sup>

Unter Anwendung dieser Regel finden alle bei Merkel definierten konsolidierten und nahezu konsolidierten Demokratien in Mitteleuropa mit Ausnahme von Kroatien Eingang in die Untersuchung. Alle diese Länder können ab 1995 als „freie demokratische“ Länder gelten. Kroatien fällt aus der Untersuchung heraus, da es erst ab dem Jahr 2000 die oben dargelegten Kriterien erfüllte. Der Untersuchungszeitraum ist deshalb auf die Jahre von 1995 bis 2004 begrenzt. Zu den Untersuchungsländern zählen damit: Slowenien, Tschechien, Estland, Ungarn, Polen, Litauen, Lettland, Bulgarien, Rumänien und die Slowakei.

Vor dem Hintergrund der Überlegung, dass nationale Regierungen in den konsolidierten Demokratien in Mitteleuropa – ebenso wie jene in den westlichen Demokratien – bemüht sind, in ihrer nationalen Politikproduktion eine positive Leistungsbilanz nachzuweisen, stellen sich folgende leitende Forschungsfragen:

- Welche unterschiedlichen Demokratiemuster lassen sich nach der Phase der Konsolidierung in den zehn mitteleuropäischen Ländern erkennen?
- Welche unterschiedlichen Performanzmuster lassen sich nach der Phase der Konsolidierung in diesen Ländern erkennen?
- Lassen sich – ähnlich wie in den konsolidierten westlichen Ländern – aus den verschiedenen Demokratiemustern empirisch begründete Annahmen über die Leistungsbilanz der politischen Systeme herleiten?
- Welchen Einfluss haben die historischen Kontextvariablen (*communist legacy*) beziehungsweise internationale Kontextvariablen (Diffusion, Weltmarktoffenheit, Einfluss der EU) auf die Leistungsbilanz der politischen Systeme in Mitteleuropa?

Die komparatistisch orientierte, politikwissenschaftliche Mitteleuropaforschung hat diese Fragen bislang nicht systematisch beantwortet. Zwar liegt eine Vielzahl von

---

<sup>1</sup> Als „free“ werden im Freedom House solche Staaten definiert, die auf dem additiven Index (PR+CL/2) Werte zwischen 1 und 2,5 erhalten (*fdh prod*, multiplikativer Index 1-6 [PR\*CL]), d.h. die Werte der Political Rights und Civil Liberties können maximal zwischen 1 und 3 schwanken. „Partly free“ sind Länder mit Werten zwischen 3 und 5,5 (bzw. 7-30), d.h. die Einzelwerte bewegen sich maximal zwischen 3 und 6. Jagers/Gurr (1995: 480) nennen solche politischen Systeme kohärent, die mindestens 7 Punkte entweder auf der Demokratieskala (kohärente Demokratie) oder der Autokratie-Skala (kohärente Autokratie) erreichen. Politische Systeme mit Werten zwischen 0 und 6 auf beiden Dimensionen werden als inkohärente Systeme bezeichnet.

ländervergleichenden Studien über die Institutionensysteme in Mitteleuropa vor, allerdings beziehen sich diese Arbeiten vornehmlich auf die mehr oder weniger isolierte Betrachtung einzelner Institutionen. So existieren beispielsweise ländervergleichende Studien über die Wahlsysteme (Birch 2003; Birch u. a. 2002; Grotz 2000; Nohlen/Kasapovic 1996; Harfst 2007), die Parteiensysteme (Kitschelt u. a. 1999; Krupavicius 2001; Lewis 2001; Müller-Rommel 2005) und die Regierungssysteme (Linz 1994; Linz/Stepan 1996; Rüb 2001; Taras 1997; Blondel/Müller-Rommel 2001; Blondel/Müller-Rommel/Malova 2007). Darüber hinaus beschäftigen sich zahlreiche Analysen mit einzelnen Institutionen in einzelnen Staaten. Forschungsdefizite liegen jedoch eindeutig bei systematisch-komparativen Studien und insbesondere bei der Analyse mehrdimensionaler, interdependenter Institutionengefüge. In diesem Bereich stehen nur erste Ansätze zur Verfügung, die Wechselwirkungen von Wahlsystemen, Parteiensystemen und Regierungssystemen beleuchten (Filippov u. a. 1999; Lijphart 1992; Mainwaring/Scully 1995; Thiebaut 1996). Übergreifende institutionelle Analysekonzepte, die systematisch Effekte und Wechselwirkungen einer gesamten institutionellen Architektur aufschlüsseln, wurden für Mitteleuropa bislang noch nicht entwickelt. Zwar sammelt Timm Beichelt (2001) relevante Informationen zu den politischen Institutionen für nahezu alle Länder in Mitteleuropa, jedoch verarbeitet er diese Informationen nicht in systematischen Zusammenhangsanalysen. Ähnliches trifft auch auf die Studie von Sten Berglund und Kollegen (2001) zu, deren Stärke in der Erfassung historisch-kultureller Abläufe besteht.

Auch in Bezug auf die Analyse der Leistungsbilanz der neuen mitteleuropäischen Demokratien bestehen erhebliche Defizite im Forschungsbereich. Eine umfassende Einschätzung der Leistungsbilanz, die neben ökonomischen und sozialen Aspekten auch die Umweltpolitik erfasst, wie dies in neueren Studien zu den etablierten Demokratien geschieht (Roller 2005; BRI 2008), steht für diese Länder noch aus. Zwar existieren vergleichende Analysen in den einzelnen Bereichen (siehe etwa im Bereich der Wirtschaftspolitik: Fish 1998; Kitschelt 2001; Frye 2002; Popov 2007; Sozialpolitik: Standing 1996; Götting 1998; Delhey 2001; Manning 2004; Umweltpolitik: Carter/Turnock 2002; Andonova u.a. 2007), so fehlt jedoch an einer Gesamteinschätzung der Leistungsbilanz der neuen mitteleuropäischen Demokratien.

Ferner mangelt es an systematischen komparativen Studien, welche den Zusammenhang zwischen bestehenden institutionellen Arrangements (Demokratiemustern) und der

Leistungsbilanz von politischen Systemen thematisieren. Der vorliegende Forschungsbericht erhebt den Anspruch, diese Forschungslücke zumindest ansatzweise zu schließen.

Das Ziel des Forschungsvorhabens besteht deshalb zunächst darin, die unterschiedlichen Demokratiemuster (Kapitel 2) sowie die Leistungsbilanz von politischen Systemen (Kapitel 3) in den zehn mittelosteuropäischen Ländern im Zeitraum von 1995/1996 (Zeitpunkt der relativen demokratischen Konsolidierung) bis 2003/2004 (Zeitpunkt der Verfügbarkeit von Policydaten im Ländervergleich) empirisch zu identifizieren. In einem weiteren Schritt (Kapitel 4) wird dann der Einfluss der unterschiedlichen Demokratiemuster auf die Leistungsbilanz von politischen Systemen vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung sowie der internationalen Einbindung der einzelnen mittelosteuropäischen Länder dargestellt.

## **2 Identifikation von Demokratiemustern**

In der empirischen Demokratieforschung werden in jüngster Zeit unterschiedliche theoretische und methodische Ansätze diskutiert, mit deren Hilfe die Performanz von Regierungspolitiken über die Wechselwirkungen zwischen institutionellen Strukturen und dem Verhalten politischer Akteure erklärt werden (vgl. zusammenfassend Roller 2005). Zu den bekanntesten Ansätzen innerhalb dieser Forschungstradition zählt zweifellos Arend Lijphart's *Patterns of Democracy*. Lijphart (1999) unterscheidet in dieser Analyse theoretisch zwischen zwei demokratischen Idealtypen: der Mehrheits- und der Konsensusdemokratie (zur Entwicklung der Demokratietypen vgl. Lijphart 1977; 1984; 1999; 2000). Er kontrastiert die polaren Typen Mehrheits- und Konsensusdemokratie auf der Grundlage von zehn Merkmalen, die sich gleichmäßig auf zwei Dimensionen verteilen: die „*executive-parties*“-Dimension und die „*federal-unitary*“-Dimension (Lijphart 1999: 3 f). Dabei betrachtet die erste Dimension die Verteilung der Macht auf verschiedene Akteure innerhalb politischer Institutionen, während die zweite Dimension sich auf die Verteilung der Macht zwischen verschiedenen Institutionen konzentriert. Lijphart unterscheidet demnach in seinen zwei Dimensionen zwischen „empirischen Strukturmerkmale[n], die sich auf Akteurskonstellationen beziehen“ und „formelle[n] (konstitutionelle[n]) Strukturmerkmale[n]“ (Fuchs 2000: 41). Somit erfüllt das Vorgehen Lijpharts eine der Kernforderungen des neuen Institutionalismus, der danach strebt, eine Akteurs- mit einer institutionellen Perspektive zu kombinieren (Peters 1996; Rothstein 1996). Mit Blick auf die Performanz unterschiedlicher Demokratietypen kommt Lijphart zu dem Schluss, dass – entgegen der lange vorherrschenden Meinung – die Mehrheitsdemokratie keineswegs die qualitativ bessere Demokratie sei. Im Gegenteil:

Während die Konsensusdemokratien in Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung den Mehrheitsdemokratien in nichts nachstünden, stellt Lijphart ihnen auf dem Gebiet der „weicheren“ Faktoren wie beispielsweise dem Umweltschutz oder der Sicherung von Minderheitsrechten das bessere Zeugnis aus und bezeichnet sie als insgesamt „kinder and gentler democrac[ies]“ (Lijphart 1999: 275).

Auch wenn Lijpharts *Patterns of Democracy* als „bahnbrechend“ bezeichnet wird (Armingeon 2002: 82; Schmidt 2000: 349), so wurde die Studie auch kritisiert (vgl. zusammenfassend Müller-Rommel 2008; Roller 2005). Dabei ist zu unterscheiden zwischen der Kritik an den konzeptionellen Überlegungen und einer methodischen Kritik. Die konzeptuelle Kritik an Lijpharts Theorie bezieht sich auf die Typenbildung. Bogaards (2000) wirft Lijphart beispielsweise vor, dass Inkongruenzen zwischen den theoretisch postulierten polaren Typen Mehrheits- beziehungsweise Konsensusdemokratie und den entsprechenden empirischen Indikatoren bestünden. Des Weiteren wird dem Begriff „Konsensusdemokratie“ vorgeworfen, dass er normativ aufgeladen sei und einen positiven Klang habe. So werde die Mehrheitsdemokratie begrifflich abgewertet (Bogaards 2000: 411). Kaiser (1997: 433 f) schlägt daher als Alternative den neutraleren Begriff „Verhandlungsdemokratie“ vor, den auch Armingeon (2002) verwendet. Aus methodologischer Sicht muss sich Lijphart zunächst fragen lassen, ob jeder der einzelnen von ihm verwendeten Indikatoren tatsächlich zu seiner jeweiligen Dimension passe (Schmidt 2000: 350). Auch die Operationalisierung einzelner Indikatoren sowie die Gleichgewichtung der einzelnen Indikatoren und deren Analyse auf der Aggregatebene wurden kritisch hinterfragt (Armingeon 2002; Kaiser 1998: 530-533; Schmidt 2000: 341).

Obwohl weithin Einigkeit besteht, dass Performanzniveaus zwischen unterschiedlichen Demokratietypen variieren, so ist doch die Art des Zusammenhangs zwischen politischer Performanz und Demokratietypen bisher umstritten (Schmidt 2002: 148). Daher ist es notwendig, auf der Basis der von Lijphart gewonnenen Erkenntnisse alternative Erklärungen und Kontrollvariablen zu testen (Armingeon 2002: 89 ff), mit unterschiedlichen, neu gefassten Demokratietypen zu experimentieren (Armingeon 2002; Kaiser 1997; 1998) und vor allem den Versuch zu unternehmen, die Auswirkungen verschiedener Kombinationen institutioneller Teilsysteme auf politische Performanz systematisch zu analysieren.

An dieser Stelle setzt Steffen Ganghof (2005) an. Er schlägt vor, Lijpharts einstufige Analyse der *executives-parties-dimension* theoretisch und empirisch in zwei Stufen zu unterteilen. Als Begründung führt er an, dass die zentralen Kritikpunkte nicht innerhalb von Lijpharts Ansatz gelöst werden können, weil die von Lijphart in der *executives-parties*-Dimension vorgenommene Vermischung von institutionellen Mustern und Formen von Verhalten zur Typologie von Demokratien „aus methodischen Gründen erfolglos und aus theoretischen Gründen kontraproduktiv ist“ (Ganghof 2005: 408).

Nach Ganghof (2005: 408 und 413 f) muss die theoretische Grundlage eines institutionellen Demokratiemodells auf der Unterscheidung zwischen zwei Entscheidungsregeln basieren: jene, die bei der Wahl der politischen Repräsentanten angewendet wird und jene, die im Gesetzgebungsprozess wirkt (Ganghof 2005: 408, 413-414). Ganghof stützt diese Unterscheidung auf folgende Fragen: „Wie viele von N Wählern brauchen Parteien mindestens, um eine absolute Mehrheit der Sitze im Parlament zu erreichen?“ und „Wie viele *zusätzliche* Wählerstimmen sind notwendig, um sicher und dauerhaft den legislativen Status Quo zu verändern?“ (Ganghof 2005: 414, Hervorhebungen im Original) Die erste Frage zielt darauf, die Wirkung des Wahlsystems zu erfassen, während die zweite Frage dazu dient, die Wirkung der Institutionen auf Zusammenhänge im Regierungssystem abzubilden.

Um die Wirkungen des Wahlsystems zu messen, übernimmt Ganghof den von Lijphart verwendeten Gallagher-Index (Ganghof 2005: 416; Lijphart 1999: 158). Die Wirkungen der verschiedenen Institutionen auf den Entscheidungsprozess im Parlament werden durch supermajoritäre Entscheidungsregeln im Parlament und Vetoinstitutionen erfasst, die quasi wie eine Erhöhung der Entscheidungsregeln im Parlament wirken. Als zentrale Vetoinstitutionen definiert Ganghof vier Faktoren: einen starken Bikameralismus sowie einen dezentralen Föderalismus in einer gemeinsamen Variable, das Ausmaß an richterlicher Kontrolle, direktdemokratische Strukturen sowie die Existenz von Minderheitenvetos innerhalb eines Parlamentes. Aus diesen Faktoren konzipiert Ganghof sodann einen additiven Veto-Index, der die wirksamen Entscheidungsregeln im Gesetzgebungsprozess auf zentralstaatlicher Ebene erfassen soll (Ganghof 2005: 417).

Da die Wirkungen beider Dimensionen (d.h. die Entscheidungsregeln des Wahlsystems und des Regierungssystems) bei Ganghof als additiv verstanden werden, kommt er, in Anlehnung

an Nagels Unterscheidung zwischen der tatsächlichen Regierungs- beziehungsweise der Gesetzgebungsunterstützung (Nagel 2000), zu drei institutionellen Demokratietypen (Ganghof 2005: 415):

- *Pluralitäre Demokratien*, charakterisiert durch die Kombination von disproportionalen Wahlrecht und der Abwesenheit rigider Vetopunkte
- *Majoritäre Demokratien*, entweder als Kombination von Verhältniswahl bei der Parlamentswahl, einfacher Mehrheitswahl im Parlament und Abwesenheit rigider Vetopunkte oder als Kombination von disproportionalen Wahlrecht und Vetopunkten
- *Supermajoritäre Demokratien*, die Verhältniswahlrecht und rigide Vetopunkte miteinander kombinieren

Basierend auf den Untersuchungen von Scharpf (2000: 84 ff) und Schmidt (2000: 347) untersucht Ganghof in einem zweiten Analyseschritt die Wirkung der Akteursebene (d.h. die verschiedenen Interaktionsmuster zwischen Regierung und Parlament), um den Einfluss der unterschiedlichen Regierungstypen auf die Leistungsfähigkeit der Systeme zu erklären. Die Regierungstypen unterscheidet Ganghof, indem er die legislative Unterstützung einer Regierung (d.h. die tatsächliche Wählerunterstützung einer Regierungspartei bei den vorhergegangenen Wahlen) und die effektive Gesetzgebungshürde (d.h. die zur Erreichung der Gesetzgebungsmehrheit notwendige Anzahl der Parlamentssitze) in Beziehung setzt. Die effektive Gesetzgebungshürde entsteht durch die Erhöhung der legislativen Entscheidungsregel und wird durch den Veto-Index operationalisiert, der bereits bei der Unterscheidung verschiedener Demokratietypen verwendet wurde.

Abgeleitet aus diesen Überlegungen unterscheidet Ganghof (2005: 419 f) zwischen vier Regierungstypen:

- einer *Minderheitsregierung im engeren Sinn*, die weder über eine Regierungs- noch über eine Gesetzgebungsmehrheit verfügen,
- einer *Mehrheitsregierung im engeren Sinn*, welche die Regierungsmehrheit, nicht aber Gesetzgebungsmehrheit besitzen,
- einer *Minderheitsregierung im weiteren Sinn*, die unabhängig vom Vorhandensein der Regierungsmehrheit in jedem Fall keine Gesetzgebungsmehrheit haben und
- einer *Mehrheitsregierung im weiteren Sinn*, die sowohl über die Regierungs- als auch über die notwendige Gesetzgebungsmehrheit verfügen.

In einem dritten Schritt analysiert Ganghof die Wirkungen der verschiedenen Regierungstypen auf die Einigungsfähigkeit von Regierung und Opposition, um konkretere Annahmen über die Leistungsfähigkeit von Regierungen und Regierungssystemen zu entwickeln. Dabei geht er von folgender Überlegung aus: Da Oppositionsparteien elektorale Nachteile bei den folgenden nationalen Wahlen zu erwarten haben, wenn sie sich – zusammen mit den Regierungsparteien – an der Veränderung des *status quo* beteiligen, benötigen sie für eine Konsensbereitschaft einen umso größeren Anreiz. Entsprechend wird eine Einigung zwischen Regierung und Opposition schwieriger, da die Einigungsmenge in diesem Fall deutlich kleiner ist (Ganghof/Bräuninger 2003: 522 ff). Insofern ist, wenn es darum geht den legislativen *status quo* zu verändern, die Flexibilität der Regierung bei der Wahl ihrer Kooperationspartner entscheidend. Diese wiederum ist abhängig von der vetoinstitutionell definierten legislativen Entscheidungsregel. Ganghof stellt fest, dass supermajoritäre Entscheidungsregeln die politischen Systeme anfälliger für die Folgen des Parteienwettbewerbs machen, weil eine strategische Nichteinigung bei Konsenszwang automatisch zu einer Politikblockade führt. Zusammengefasst zeigt Ganghofs Argumentation, dass der Einfluss der Entscheidungsregel auf die Machtbeziehung zwischen Regierung und Parlament groß ist. Darin liegt ein wichtiger Faktor zur Erklärung der Policy-Performanz in parlamentarischen Demokratien (Ganghof 2005: 421 ff).

Zusammengefasst stellt Ganghof überzeugend dar, dass das Wahl- und Regierungssystem (elektorale und legislative Entscheidungsregeln) als gleichbedeutende Basisdimensionen demokratischer Systeme erfasst werden müssen. Damit liefert Ganghof einen entscheidenden Hinweis zur Konzeption von institutionellen Dimensionen im Rahmen neoinstitutioneller Modelle und bietet eine theoretische Grundlage für die Unterscheidung verschiedener Demokratietypen oder – mit Lijphart gesprochen – Demokratiemuster. Ferner hat Ganghof zu Recht darauf hingewiesen, dass die Ebene der Institutionen analytisch von der Ebene des Verhaltens der politischen Akteure getrennt werden muss.

Auch Schmidt (2000: 347) argumentiert, dass Politikresultate von Regierungen erst durch das Verhalten von politischen Akteuren realisiert werden. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang, dass die relevanten Akteure über politische Macht verfügen müssen, um Mehrheiten zu gewinnen. Nur Mehrheiten können den *status quo* von Politikresultaten verändern. Die Machtausstattung der politischen Akteure ist jedoch abhängig von der Selektion der Herrschenden und der Art und Weise, wie diese ihre Herrschaft ausüben.

Insofern ist die Leistungsbilanz von Regierungen in erster Linie durch das *mehrheitssichernde Verhalten* der politischen Akteure in Relation zu den beiden formal-institutionellen Entscheidungsregeln zu erklären.

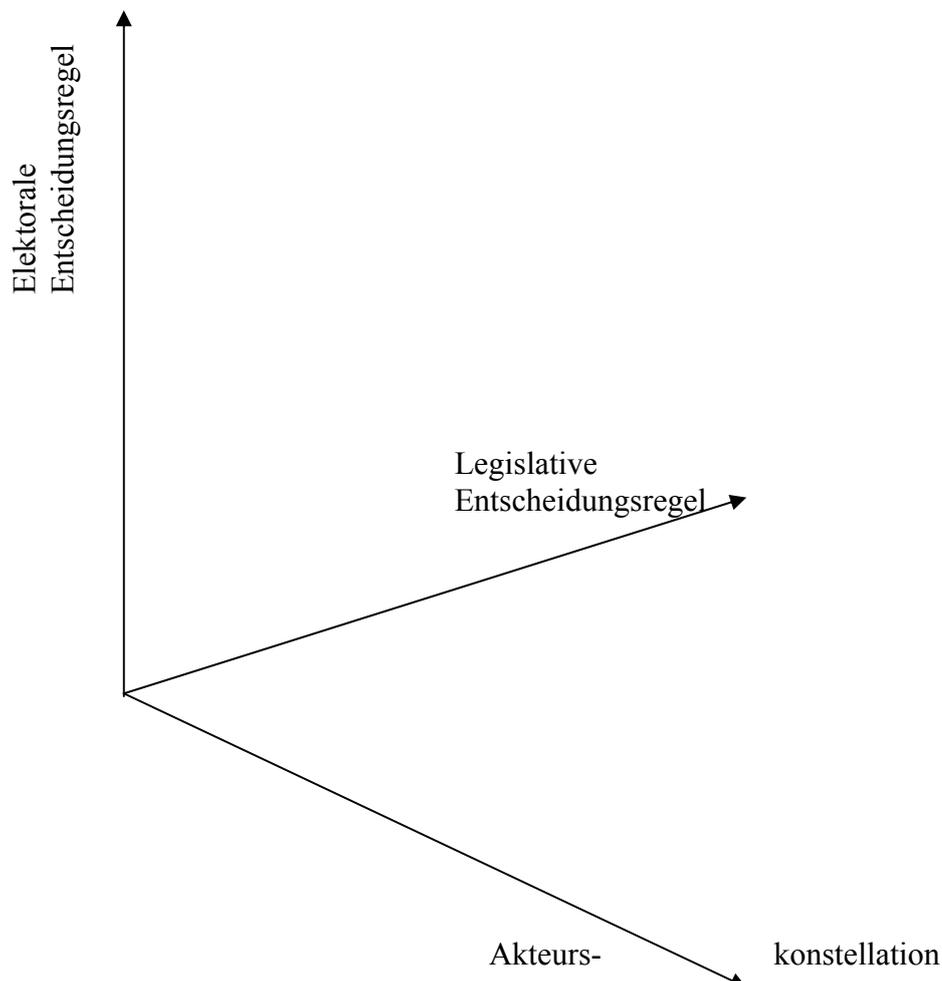
Basierend auf diesen Überlegungen wird im Folgenden die empirische Operationalisierung eines dreidimensionalen Demokratiemusters vorgeschlagen, welches sowohl die elektoralen Entscheidungsregeln als auch die legislativen Entscheidungsregeln und die Akteurskonstellation analytisch getrennt voneinander erfasst (vgl. Abbildung 1).

Dabei gehen wir von folgender, im Forschungsantrag formulierter Arbeitshypothese aus:

*Hypothese I: Demokratiemuster in Mitteleuropa*

Die politischen Systeme in Mitteleuropa unterscheiden sich untereinander bezüglich ihrer Demokratiemuster.

**Abbildung 1** Dreidimensionales Demokratiemuster



## 2.1 Die elektorale Entscheidungsregel

Die *elektorale Entscheidungsregel* wird durch das Wahlsystem vorgegeben. So hat beispielsweise der Grad an Proportionalität beziehungsweise Disproportionalität eines Wahlsystems einen erkennbaren Einfluss auf den Typ des Parteiensystems, sowie auf die Zusammensetzung der Parlamente und der Regierungen. Die elektorale Entscheidungsregel schafft demnach einen Gestaltungsspielraum für politische Akteure und kann, entsprechend der Terminologie von Lijphart (1999: 2 ff), machtdispersiv oder machtkonzentriert wirken.

So besteht beispielsweise in einem weniger stark ausgeprägten proportionalen Wahlsystem eine niedrige elektorale Entscheidungsregel, da in diesem Fall nur eine geringere Zahl an Wählerpräferenzen bei den Entscheidungen über Politikalternativen berücksichtigt werden müssen. Umgekehrt führt ein stark proportionales Wahlsystem zu einer Erhöhung der elektoralen Entscheidungsregel, da zur Durchsetzung einer Policy-Entscheidung mindestens die Hälfte der Wählerpräferenzen einbezogen werden müssen. Die Dimension der *elektoralen Entscheidungsregel* wird im Folgenden über die effektive Sperrklausel operationalisiert.

Ein eingeführter Indikator zur Bemessung der Sperrwirkung eines Wahlsystems ist die effektive Sperrklausel  $T_{eff}$  (Lijphart 1994).<sup>2</sup> Dieser Indikator berechnet sich aus der Wahlkreisgröße, die in der Literatur herkömmlich als *district magnitude* ( $M$ ) bezeichnet wird (Rae 1971 [1967]). Sie beschreibt die Zahl der in einem Wahlkreis zu wählenden Kandidaten – und nicht etwa die territoriale Ausdehnung eines Wahlkreises oder die Zahl der Wahlberechtigten. Insgesamt hat die Wahlkreisgröße einen starken Einfluss auf die Zahl der Parteien, die in eine gewählte Versammlung einziehen. Je größer der Wahlkreis, desto geringer wird die Sperrwirkung der Wahlkreisgröße gegenüber kleinen Parteien – und umgekehrt. Daher spricht man bei der Wahlkreisgröße auch von der natürlichen Sperrhürde eines Wahlsystems, die umso höher ist, je kleiner die Wahlkreise sind. Die effektive Sperrklausel verhält sich umgekehrt proportional zur effektiven Wahlkreisgröße: Je niedriger die Sperrhürde, desto geringer ist die Sperrwirkung des Wahlsystems gegenüber kleinen Parteien – und umgekehrt. Der Indikator  $T_{eff}$  findet hier an Stelle der Wahlkreisgröße Verwendung, da er sehr viel anschaulicher als letztere abbildet, wie stark ausgeprägt die Proportionalitätswirkung eines Wahlsystems ist (Taagepera 1998): An der effektiven

---

<sup>2</sup> Die Berechnung der effektiven Sperrklausel erfolgt mit Hilfe folgender Formel:  $T_{eff} = 75 / (M_{eff} + 1)$ ; vgl. Taagepera (1998)

Sperrklausel lässt sich direkt ablesen, welche Stimmenanteile eine Partei in nationalen Parlamentswahlen auf sich vereinigen muss, um in das nationale Parlament einzuziehen.

Gemessen an diesem Indikator besteht in der Bulgarien und der Slowakei das permissivste Wahlsystem Mittelosteuropas (siehe Tabelle 1). In beiden Staaten (in der Slowakei seit 1996) wird in einem einzelnen nationalen Wahlkreis gewählt, die effektive Sperrklausel liegt unter 0,5 Prozent. Auch in Litauen, Tschechien (bis 2001), Lettland und Polen (bis 2001) sind die Wahlsysteme relativ inklusiv. In diesen vier Ländern liegt die effektive Sperrklausel bei 5 Prozent und niedriger. Andere Staaten haben restriktivere Wahlsysteme mit einer relativ hohen Hürde für kleinere Parteien errichtet, wie beispielsweise Polen (seit 2001), Slowenien, Rumänien und Estland.

Unter den zehn mittelosteuropäischen Ländern haben fünf (Bulgarien, Litauen, Rumänien, Slowenien, Ungarn) ihr Wahlsystem seit 1995 unverändert beibehalten. In allen anderen Staaten kam es zu Veränderungen mit teilweise weit reichenden Folgen für die effektive Sperrklausel. Die Slowakei hat die Sperrklausel seit Anfang der neunziger Jahre stark abgesenkt. Daneben wurde das Wahlsystem lediglich in Lettland geringfügig inklusiver gestaltet. Dort sank die effektive Sperrklausel von 3,6 (1995) auf 3,3 (2004) Prozent. In den vier übrigen Ländern wurden die Hürden für kleinere Parteien mit der Zeit immer weiter angehoben. Dies zeigt sich an steigenden effektiven Sperrhürden. Die stärksten Anhebungen der effektiven Sperrklausel wurden in Polen und Tschechien vorgenommen (vgl. ausführlich zur Veränderung von Wahlsystemen in Mittelosteuropa Harfst 2007).

**Tabelle 1     Elektorale Entscheidungsregel in Mittelosteuropa (effektive Sperrklausel)**

	BUL	CZE	EST	HUN	LAT	LIT	POL	ROM	SLK	SLV
1995	0.31	2.59	7.26	5.14	3.57	2.07	3.91	6.86	1.67	6.25
1996	0.31	2.58	7.24	5.14	3.57	2.07	3.91	6.86	1.67	6.25
1997	0.31	2.58	7.24	5.14	3.57	2.07	3.91	6.86	1.67	6.25
1998	0.31	2.58	7.24	5.14	3.51	2.07	3.92	6.86	1.43	6.25
1999	0.31	2.58	7.14	5.14	3.33	2.07	3.92	6.86	0.50	6.25
2000	0.31	2.58	7.12	5.14	3.33	2.07	3.92	6.86	0.50	6.25
2001	0.31	2.58	7.12	5.14	3.33	2.07	4.40	6.88	0.50	6.25
2002	0.31	3.46	7.12	5.14	3.32	2.07	5.84	6.88	0.50	6.25
2003	0.31	4.18	7.65	5.14	3.30	2.07	5.84	6.88	0.50	6.25
2004	0.31	4.18	7.76	5.14	3.30	2.07	5.84	6.88	0.50	6.25

*Anmerkungen:*

Quelle: eigene Erhebung; s. Anhang A.1 und B.5

## 2.2 Die legislative Entscheidungsregel

Die *legislative Entscheidungsregel* erfaßt das Regierungssystem anhand der machtdispersiv oder machtkonzentrierend wirkenden außerparlamentarischen Institutionen, die gegenüber der Regierung beziehungsweise der Parlamentsmehrheit im Gesetzgebungsprozess eine Vetostärke entfalten. Bei der Operationalisierung der legislativen Entscheidungsregeln werden nur horizontale, primäre und sekundäre Strukturmerkmale der nachträglichen Kontrolle berücksichtigt, die Einfluss auf den normalen Gesetzgebungsprozeß nehmen (Fuchs 2000). Thematisch begrenzte oder vertikale Strukturmerkmale des politischen Systems werden nicht erfasst.

Darüber hinaus ist die folgende Operationalisierung von der theoretischen Annahme geleitet, dass in bestehenden demokratischen Verfassungen nur einer von zwei möglichen Wegen zur Gestaltung von Kontrollinstanzen verfolgt wird. Entweder werden Vetoinstitutionen rein verfassungsinstitutionell vorgesehen oder die Verfassungsgeber errichten Institutionen, die einen (in)direkten Einfluß des Volkes auf den Gesetzgebungsprozeß ermöglichen. Verfassungsinstitutionelle Vetoinstitutionen in parlamentarischen Demokratien sind beispielsweise Präsidenten mit vergleichsweise hoher politischer Machtausstattung, oder aber die Existenz eines parlamentarischen Zweikammersystems (Bikameralismus). Zu den Vetoinstitutionen mit Volkseinfluss zählen hingegen in der Verfassung vorgesehene direktdemokratische Strukturen sowie die Ausgestaltung der Verfassungsgerichte mit vergleichsweise hohen Kompetenzen. Theoretisch erscheint es höchst unwahrscheinlich, dass innerhalb einer Verfassung die unterschiedlichen Logiken dieser beiden Formen vermischt werden. Würden bei der Verfassungsgebung beide Wege gemeinsam gewählt und beide Formen der Kontrollinstitutionen stark gemacht, so würde im politischen Alltag eine fortwährende institutionelle Blockade des Gesetzgebungsprozesses drohen.

Alle vier Vetoinstitutionen sind jeweils durch eine Vielzahl von Faktoren und Kompetenzen charakterisiert, die ihre Vetostärke gegenüber Regierung und Parlamentsmehrheit beeinflussen. Um den Effekt dieser Institutionen auf die Policy-Performanz empirisch zu messen, werden in der vorliegenden Analyse nur jene Einflussfaktoren berücksichtigt, die relevant sind für politische Entscheidungsprozesse. Symbolische Kompetenzen von Vetoinstitutionen, wie beispielsweise formale Ernennungen von Regierungsmitgliedern oder formale Repräsentationsfunktionen, finden deshalb keinen Eingang in die Analyse.

Da die vier identifizierten Vetoinstitutionen – statistisch betrachtet – nur auf unterschiedlichen Messniveaus zu erfassen sind, wird für jede einzelne Institution ein standardisierter Index erstellt, der auf einer Quantifizierung von qualitativ erhobenen Kompetenzen der jeweiligen Institutionen basiert. Der Index ist mit Werten zwischen 0 und 1 kodiert und ist folgendermaßen zu interpretieren: je höher der Wert um so höher die potentielle Vetostärke der einzelnen Institution. Mit der Erstellung dieses Index ist die relative Stärke jeder einzelnen Vetoinstitution und damit auch die Vetowirkung der einzelnen Institutionen unter vergleichender Perspektive zu erkennen. Insofern lässt dieser Index auch Rückschlüsse auf die gemeinsame Wirkung der Vetoinstitutionen auf die legislative Entscheidungsregel eines Demokratietypus zu. Diese Operationalisierung basiert im Wesentlichen auf den Überlegungen von (Birchfeld / Crepaz 1998) zu kompetitiven Vetopunkten.

### *Bikameralismus*

Eine Vetoquelle, die den allgemeinen Gesetzgebungsprozess auf zentralstaatlicher Ebene beeinflusst und damit eine starke Wirkung auf die legislative Entscheidungsregel hat, sind parlamentarische Gesetzgebungsinstitutionen, die parallel zur ersten Parlamentskammer existieren. Solche alternativen Gesetzgebungsquellen resultieren aus bikameralen und föderalen Strukturen. Im ersten Fall gibt es eine zweite Kammer neben dem zentralstaatlichen Parlament, im zweiten Fall gibt es auf eine bestimmte Art und Weise organisierte Kompetenzen der subnationalen Gliedstaaten auf zentralstaatlicher Ebene. Obwohl enge Beziehungen zwischen Bikameralismus und Föderalismus bestehen, sind diese Beziehungen nicht zwingend: zwar besteht in nahezu allen föderalen Systemen eine Zweite Kammer zur Vertretung der Interessen der Gliedstaaten im Prozess der Gesetzgebung des Zentralstaates. Allerdings dient ein bikamerales Parlament nicht zwangsläufig der Vertretung territorialer Einheiten, sondern kann auch Repräsentationsorgan anderer Bevölkerungsgruppen sein.

Um nun den Einfluss von Föderalismus auf die Machtverteilung auf zentralstaatlicher Ebene einerseits und die besondere Beziehung zum Bikameralismus andererseits gemeinsam zu erfassen, wird ein Bikameralismus-Föderalismus-Index konstruiert. Dieser ist darauf ausgelegt, bei den föderalen Strukturen allein die Kompetenzverteilung auf zentralstaatlicher Ebene abzubilden. In der Regel wird dies durch die Erfassung der Kompetenzen der Zweiten Kammern erreicht. Lediglich in jenen Fällen, in denen die Kompetenzverteilung auf zentralstaatlicher Ebene nicht über eine zweite Kammer organisiert wird, werden die Kompetenzen der subnationalen Gliedstaaten gesondert erfasst. Dadurch kann vermieden

werden, dass die beiden Institutionen unverbunden nebeneinander stehen oder gar additiv erfasst werden.

Da in allen zehn mittelosteuropäischen Ländern keine föderalen Strukturen bestehen, wird im folgenden lediglich die Vetostärke der zweiten Kammern im allgemeinen Gesetzgebungsprozess auf zentralstaatlicher Ebene erfasst. Die Bewertung der Vetomacht der zweiten Kammern erfolgt über die Anzahl an Stimmen, die erforderlich sind, um eine Entscheidung der ersten Kammer zu überstimmen. Als zusätzliche Information wird die Zusammensetzung der Zweiten Kammer im Vergleich zur Ersten Kammer betrachtet, da einer unterschiedlichen Zusammensetzung ein unterschiedliches Abstimmungsverhalten folgen kann.

Im Einzelnen ergibt sich folgender Befund: in sechs von zehn mittelosteuropäischen Ländern bestehen weder föderale Strukturen noch zweite Kammern (Bulgarien, Estland, Ungarn, Litauen, Lettland, Slowakei). In drei Ländern ist die relative Bedeutung der Zweiten Kammern als Vetoinstitutionen sehr gering (Tschechien, Polen, Slowenien). Lediglich in Rumänien haben beide Kammern ein wechselseitiges absolutes Vetorecht. (vgl. Tabelle 2).

**Tabelle 2      Kompetenzen der Zweiten Kammern**

	BUL	CZE	EST	HUN	LAT	LIT	POL	ROM	SLK	SLV
1995	0.00	0.30	0.00	0.00	0.00	0.00	0.30	0.80	0.00	0.30
1996	0.00	0.30	0.00	0.00	0.00	0.00	0.30	0.80	0.00	0.30
1997	0.00	0.30	0.00	0.00	0.00	0.00	0.30	0.80	0.00	0.30
1998	0.00	0.30	0.00	0.00	0.00	0.00	0.30	0.80	0.00	0.30
1999	0.00	0.30	0.00	0.00	0.00	0.00	0.30	0.80	0.00	0.30
2000	0.00	0.30	0.00	0.00	0.00	0.00	0.30	0.80	0.00	0.30
2001	0.00	0.30	0.00	0.00	0.00	0.00	0.30	0.80	0.00	0.30
2002	0.00	0.30	0.00	0.00	0.00	0.00	0.30	0.80	0.00	0.30
2003	0.00	0.30	0.00	0.00	0.00	0.00	0.30	0.80	0.00	0.30
2004	0.00	0.30	0.00	0.00	0.00	0.00	0.30	0.80	0.00	0.30

*Anmerkungen:*

Quelle: eigene Erhebung; s. Anhang A.2 und B.5

### *Macht des Präsidenten*

Die politische Macht von Präsidenten in parlamentarischen Demokratien ist unterschiedlich ausgeprägt. Unter welchen Bedingungen, so wäre zu fragen, können Präsidenten als Vetoinstitutionen gegenüber dem Parlament auftreten? Die Antwort auf diese Frage liefern die jeweiligen nationalen Verfassungen, in denen die Recht und die Pflichten eines Präsidenten klar beschrieben sind. Gemäß den Verfassungen haben Präsidenten in der Regel

drei Kompetenzpotentiale: Politische Kompetenzen, Ernennungskompetenzen und symbolische Kompetenzen (Johannsen 2000).

Um den Gesetzgebungsprozess zu beeinflussen, sind vor allem die politischen Kompetenzen des Präsidenten von Bedeutung. Sie entscheiden über die relative Stärke des Präsidenten als Vetoinstitution im parlamentarischen Entscheidungsprozess. Sowohl die Ernennungsbefugnisse als auch die symbolischen Kompetenzen spielen bei der Charakterisierung der Macht des Präsidenten im Gesetzgebungsprozess keine Rolle. Aus diesem Grunde finden sie keinen Eingang in die vorliegende empirische Analyse.

Einige verfassungsmäßig vorgegebene politische Kompetenzen von Präsidenten sind entweder thematisch und oder zeitlich begrenzt. Dazu zählen beispielsweise jene Verfassungsartikel, die den Präsidenten zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte und Vorsitzenden des nationalen Sicherheitsrates machen oder aber dem Präsidenten besondere politische Kompetenzen in Notfallsituationen und Ausnahmezuständen einräumen. Diese politischen Kompetenzen finden im Regelfall keine Anwendung und haben somit keinen Einfluss auf die legislative Entscheidungsregel im allgemeinen Gesetzgebungsprozess. Deshalb werden auch diese Machtkompetenzen in der vorliegenden Analyse nicht weiter berücksichtigt.

Eingang in die empirische Untersuchung finden deshalb lediglich jene politischen Machtkompetenzen, die das Verhältnis von Präsident und Parlament besonders beeinflussen. Hierzu zählt zunächst die Direktwahl des Präsidenten durch das Volk, die eine hohe Legitimation des Präsidenten schafft, denn durch die Direktwahl wird den politischen Äußerungen und Entscheidungen des Präsidenten ein größeres Durchsetzungspotential gegenüber Regierung und Parlament zugesprochen. Daneben wirken vier weitere politische Machtkompetenzen von Präsidenten in ganz besonderer Weise auf die legislativen Entscheidungsregeln in parlamentarischen Systemen. Hierzu zählen alle direkten Akte im Gesetzgebungsprozess wie beispielsweise das Recht, Gesetze zur erneuten Beratung an das Parlament zurückzusenden, Gesetze verfassungsgerichtlich prüfen zu lassen, eigene Gesetzesvorschläge zu machen und Referenden zu initiieren. Weitere sechs politische Kompetenzen, die den Präsidenten einen Einfluss auf Regierungs- und Parlamentssitzungen ermöglichen, spielen eine untergeordnete, aber die Kernkompetenzen des Präsidenten unterstützende Rolle. Hierzu zählen die Einberufung von Parlamentssitzungen, die Auflösung

des Parlaments und die Ausschreibung von Neuwahlen, das Mitteilungsrecht im Parlament, die Einberufung sowie die Teilnahme an Kabinettsitzungen.

**Tabelle 3 Machtbefugnisse des Präsidenten**

	BUL	CZE	EST	HUN	LAT	LIT	POL	ROM	SLK	SLV
1995	0.50	0.20	0.10	0.60	0.80	0.40	1.00	0.70	0.30	0.20
1996	0.50	0.20	0.10	0.60	0.80	0.40	1.00	0.70	0.30	0.20
1997	0.50	0.20	0.10	0.60	0.80	0.40	0.90	0.70	0.30	0.20
1998	0.50	0.20	0.10	0.60	0.80	0.40	0.90	0.70	0.30	0.20
1999	0.50	0.20	0.10	0.60	0.80	0.40	0.90	0.70	0.30	0.20
2000	0.50	0.20	0.10	0.60	0.80	0.40	0.90	0.70	0.30	0.20
2001	0.50	0.20	0.10	0.60	0.80	0.40	0.90	0.70	0.30	0.20
2002	0.50	0.20	0.10	0.60	0.80	0.40	0.90	0.70	0.30	0.20
2003	0.50	0.20	0.10	0.60	0.80	0.40	0.90	0.70	0.30	0.20
2004	0.50	0.20	0.10	0.60	0.80	0.40	0.90	0.70	0.30	0.20

*Anmerkungen:*

Quelle: eigene Erhebung; s. Anhang A.3 und B.5.

Tabelle 3 faßt die verfassungsrechtlich festgelegten, politischen Kompetenzen von Präsidenten in Mitteleuropa auf der Basis der ausdifferenzierten Beschreibung (vgl. Tabelle A.3 im Anhang) zusammen. Zusammengefasst belegen die empirischen Befunde, dass die Präsidenten in fünf parlamentarischen Demokratien (Bulgarien, Ungarn, Lettland, Polen, Rumänien) mit einer formal relativ hohen Vetomacht ausgestattet sind, während sie in weiteren vier Ländern (Tschechien, Estland, Litauen, Slowenien) einen vergleichsweise geringen Einfluss auf die legislative Entscheidungsregel haben. In der Slowakei wurde der Präsident bis 1999 mit vergleichsweise geringer und danach mit formal hoher Vetomacht ausgestattet.

#### *Kompetenz der Verfassungsgerichte*

Die Verfassungsgerichtsbarkeit ist insofern für die Analyse der legislativen Entscheidungsregel von Bedeutung, weil sie nach Lijphart (1999: 216 und 233f) eine justizförmige Kontrollgewalt gegenüber der Regierung und Parlamentsmehrheit ausübt und somit machtdispersiv wirken kann. Auch Tsebelis (2002: 225 ff) argumentiert, dass die Verfassungsgerichtsbarkeit, insbesondere wenn sie weitreichende Kompetenzen in der Normenkontrolle besitzt, in ihrer Vetowirkung mit einer zweiten Parlamentskammer vergleichbar sei.

Entscheidend für die Vetowirkung von Verfassungsgerichten ist daher nicht deren formale Existenz, sondern deren verfassungsrechtliche Kompetenzausstattung in den verschiedenen

Prüfbereichen, die mit der allgemeinen Gesetzgebung auf nationaler Eben in Zusammenhang stehen. Insofern werden im Folgenden zunächst die formalen Regeln der Verfassungskontrolle in Mittelosteuropa beschrieben.

Als Grundlage für die empirische Bestandsaufnahme der potentiellen Vetowirkung von Verfassungsgerichten gegenüber Regierungs- und Parlamentsmehrheit dient die Klassifizierung von formalen Kompetenzen der Verfassungsgerichte (vgl. Roggemann 1999). Tabelle 4 beschreibt die Machtausstattung der Verfassungsgerichte in Mittelosteuropa: je höher der Indexwert, umso größer ist die Kompetenz der Verfassungsgerichte.

**Tabelle 4 Kompetenzen der Verfassungsgerichte**

	BUL	CZE	EST	HUN	LAT	LIT	POL	ROM	SLK	SLV
1995	0.50	0.40	0.20	1.00	0.10	0.30	0.30	0.40	0.70	0.60
1996	0.50	0.40	0.20	1.00	0.10	0.30	0.30	0.40	0.70	0.60
1997	0.50	0.40	0.20	1.00	0.10	0.30	0.70	0.40	0.70	0.60
1998	0.50	0.40	0.20	1.00	0.10	0.30	0.70	0.40	0.70	0.60
1999	0.50	0.40	0.20	1.00	0.10	0.30	0.70	0.40	0.70	0.60
2000	0.50	0.40	0.20	1.00	0.10	0.30	0.70	0.40	0.70	0.60
2001	0.50	0.40	0.20	1.00	0.10	0.30	0.70	0.40	0.70	0.60
2002	0.50	0.40	0.20	1.00	0.10	0.30	0.70	0.40	0.70	0.60
2003	0.50	0.40	0.20	1.00	0.10	0.30	0.70	0.40	0.70	0.60
2004	0.50	0.40	0.20	1.00	0.10	0.30	0.70	0.40	0.70	0.60

*Anmerkungen:*

Quelle: eigene Erhebung; s. Anhang A.4, A.5 und B.5.

Tabelle 4 beschreibt die Machtausstattung der Verfassungsgerichte in Mittelosteuropa: je höher der Indexwert, umso größer ist die Kompetenz der Verfassungsgerichte. Die genaue Beschreibung der Kompetenzen von Verfassungsgerichten in den einzelnen Ländern verdeutlicht, dass die Verfassungsgerichte in allen untersuchten Ländern eine konkrete Normenkontrolle sowie eine abstrakte Normenkontrolle von Gesetzen und von ungesetzlichen Normenaktivitäten ausüben (vgl. Anhang A.4 und A.5). Diese Kontrollfunktionen können demnach als „Minimalausstattung“ aller Verfassungsgerichte in Mittelosteuropa betrachtet werden. Die übrigen Kompetenzfelder der Verfassungsgerichte sind breit gestreut. Insgesamt zeigt sich, dass die Verfassungsgerichte in drei Ländern (Polen – ab 1997, Ungarn, Slowakei) eine hohe Anzahl von Entscheidungen kontrollieren können. Eine vergleichsweise niedrige politische Kontrollfunktion haben die Verfassungsgerichte in Estland und Lettland. Die Verfassungsgerichte der übrigen Länder (Bulgarien, Litauen, Rumänien, Slowenien, Tschechien) liegen zwischen diesen beiden Gruppen.

Freilich ist nicht jede Entscheidungskompetenz eines Verfassungsgerichts gleichwertig einzustufen. Die weitestgehenden Eingriffsmöglichkeiten der Verfassungsgerichte im Rahmen der *legislativen Entscheidungsregel* bestehen darin, über Individualverfassungsbeschwerden und Popularklagen entscheiden zu können, die Verfassung auslegen zu dürfen und auf eigene Initiative tätig werden zu können. Die übrigen Kompetenzen können in unserem Diskussionszusammenhang als weniger wichtig betrachtet werden.

### *Direktdemokratische Strukturen*

Direktdemokratische Verfahren ermöglichen das Mitwirken der Bevölkerung im politischen Entscheidungsprozess. Damit haben direktdemokratische Strukturen einen unmittelbaren Einfluss auf die *legislative Entscheidungsregel*.

Direktdemokratische Verfahren variieren nach den Verfahrensregeln, durch die sie organisiert sind. Kriterien für die Unterscheidung sind hierbei nach Schiller (2002: 13f) die Entscheidungsgegenstände, der Verbindlichkeitsgrad des Abstimmungsergebnisses und die auslösenden Personen oder Institutionen. Tsebelis (2002: 116 und 122-135) unterscheidet in Bezug auf die beteiligten Personen und Institutionen zwischen Frageformulierung und Verfahrensauslösung. Basierend auf diesen Kriterien, lassen sich vier verschiedene Formen der direkten Demokratie unterscheiden:

*Initiativen*: Sowohl Aufbringen der Thematik als auch die Initiierung des Verfahrens erfolgen durch die Bevölkerung, das heißt von Personen, Gruppen oder Organisationen der Zivilgesellschaft, wie beispielsweise von einer Bürgerinitiative.

*(Fakultatives) Referendum*: Die Thematik wird von einem existierenden Vetospieler aufgebracht. Es kann sich hier beispielsweise um einen Gesetzesbeschluss handeln. Das Referendum darüber wird jedoch von einem anderen Akteur ausgelöst.

*Obligatorisches Referendum*: Die Regierung ist verpflichtet, über eine bestimmte Materie (in der Regel von besonderer Bedeutung wie beispielsweise einer Verfassungsänderungen) vom Volk direkt abstimmen zu lassen. Es gibt kein gesondertes Auslöseverfahren. Die Abstimmung über eine Thematik wird verpflichtend durch Normen festgelegt.

*Plebiszit*: Entscheidend ist, dass sowohl Themenstellung, als auch die Initiierung in einer Hand – und zwar der von Verfassungsinstitutionen – liegen, in der Regel von Parlament, Regierung oder Präsident.

Diese vier direktdemokratischen Verfahren haben eine unterschiedlich starke Vetowirkung im Gesetzgebungsprozess. Obligatorische Referenden erzeugen gegenüber der regierungstützenden Mehrheit keine Vetowirkung im allgemeinen Gesetzgebungsprozess, da in diesen Fällen die Gesetzgebungskompetenz für bestimmte Themen verfassungsrechtlich allein in den Händen der Bevölkerung gelegt ist. Plebiszite entfalten insbesondere dann eine Vetowirkung im Gesetzgebungsprozess, wenn sie durch einen Vetospieler wie beispielsweise dem Staatspräsidenten oder einer Parlamentsminderheit initiiert werden können. Referendum und Initiative hingegen haben ebenfalls einen starken Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess, da diese von einer Minderheit innerhalb der Staatsorgane oder dem Volk direkt initiiert werden können. Initiativen haben wiederum gegenüber Referenden eine stärkere Vetowirkung, da ihre Themensetzung im Gegensatz zu den Referenden nicht durch die politischen Akteure insbesondere die Parlamentsmehrheit beeinflusst werden kann. Damit sind sie für die Regierung umso weniger kontrollierbar.

Um die Wirkung der direktdemokratischen Strukturen in den einzelnen mittelosteuropäischen Ländern empirisch zu identifizieren, werden nur jene direktdemokratischer Strukturen berücksichtigt, die einen nachweisbaren Einfluss auf die legislative Entscheidungsregel haben. Hieraus folgt zunächst, dass obligatorische Referenden keinen Eingang in die Analyse erhalten. Plebiszite, Referenden und Initiativen werden ihrer unterschiedlichen Wirkung entsprechend abgestuft gewichtet: Plebiszite werden als schwächste und Initiativen als stärkste Form direktdemokratischer Verfahren behandelt. Innerhalb der einzelnen Formen direktdemokratischer Verfahren ist deren Vetowirkung zudem anhand der Offenheit der Systeme zu unterscheiden. Entscheidend für ein offenes System sind die Auslöse-, Teilnahme- und Abstimmungsquoten, die Frist zur Unterschriftensammlung, die Anforderungen an die Formulierung der Fragestellung sowie insbesondere die Konsequenzen, die das Abstimmungsergebnis hat. Zudem gilt, dass auch die Anzahl der Verfahrenstypen in einem Land einen gewichtigen Einfluss auf die Entscheidungsregel nehmen: je mehr Formen der direkten Demokratie in einem Land existieren, desto wahrscheinlicher wird ein Verfahren zum Zwecke eines Vetos im Gesetzgebungsprozess ausgelöst. Gleiches gilt für die Anzahl der auslösenden Akteure. Damit erhöht sich mit zunehmender Anzahl unterschiedlicher direktdemokratischer Verfahren und potentiellen Vetoakteure die legislative Entscheidungsregel.

In Tabelle 5 sind die wesentlichen empirischen Befunde zusammengefasst. Die Indexwerte zeigen, dass direktdemokratische Strukturen in Slowenien und Ungarn einen hohen Wirkungsgrad auf die legislativen Entscheidungsregeln haben. In weiteren fünf Ländern haben direktdemokratische Strukturen nahezu keine Wirkung (Bulgarien, Rumänien, Tschechien, Polen und Lettland) während die legislativen Entscheidungsregeln in Litauen, Estland und der Slowakei nur sehr begrenzt von direktdemokratischen Strukturen beeinflusst werden.

**Tabelle 5 Vetostärke von direktdemokratische Strukturen**

	BUL	CZE	EST	HUN	LAT	LIT	POL	ROM	SLK	SLV
1995	0.20	0.00	0.40	0.80	0.30	0.40	0.10	0.20	0.40	0.80
1996	0.10	0.00	0.40	0.80	0.30	0.50	0.10	0.20	0.40	0.80
1997	0.10	0.00	0.40	0.90	0.30	0.50	0.20	0.20	0.40	0.80
1998	0.10	0.00	0.40	0.90	0.30	0.50	0.20	0.20	0.40	0.80
1999	0.10	0.00	0.40	0.90	0.30	0.50	0.20	0.20	0.40	0.80
2000	0.10	0.00	0.40	0.90	0.30	0.50	0.20	0.20	0.40	0.80
2001	0.10	0.00	0.40	0.90	0.30	0.50	0.20	0.20	0.40	0.80
2002	0.10	0.00	0.40	0.90	0.30	0.50	0.20	0.20	0.40	0.80
2003	0.10	0.00	0.40	0.90	0.30	0.60	0.20	0.20	0.40	0.80
2004	0.10	0.00	0.40	0.90	0.30	0.60	0.20	0.20	0.40	0.80

*Anmerkungen:*

Quelle: eigene Erhebung; s. Anhang A.6 und B.5.

### 2.3 Die Akteurskonstellation

Die Leistungsbilanz von Regierungssystemen ist – wie bereits ausgeführt - nicht allein über institutionellen Rahmenbedingungen zu erklären. Vielmehr ist aus der Diskussion um den Neoinstitutionalismus bekannt, dass das Verhalten von politischen Akteuren einen entscheidenden Einfluss auf die Policy-Performanz haben kann (Rothstein 1996).

Die Dimension der *Akteurskonstellation* misst demnach den Einfluss der politischen Akteure auf legislatives Handeln. Dabei gehen wir von der Annahme aus, dass politische Akteure über eine notwendige politische Macht verfügen müssen, um den legislativen *status quo* verändern zu können. In parlamentarischen Demokratien ist Macht im Gesetzgebungsprozess davon abhängig, ob politische Akteure für bestimmte Entscheidungen parlamentarische Mehrheiten gewinnen können. Diese Mehrheiten können vor allem dann erzielt werden, wenn Regierungen relativ geschlossen agieren. Eine geschlossene Regierungsaktion ist jedoch abhängig von der Einigungsfähigkeit der politischen Akteure innerhalb der Regierungen. Einparteienmehrheitsregierungen agieren in der Regel geschlossen und haben deshalb eine große Chance, die legislativen Entscheidungsprozesse zu verändern. In Koalitionsregierungen ist die Einigungsfähigkeit hingegen abhängig von der Anzahl der Regierungsparteien und von

der ideologischen Distanz zwischen den amtierenden Regierungsparteien: je mehr Parteien in der Regierung ihre Interessen durchsetzen wollen und je größer die ideologische Distanz zwischen den Regierungsparteien, umso niedriger ist der Einfluss der Regierung auf Veränderung des legislativen *status quo*.

Im Folgenden wird deshalb zunächst das Stärkenverhältnis zwischen Regierung und Opposition dargestellt, um die Mehrheitsverhältnisse im Gesetzgebungsprozess zu erfassen. Das geschlossene Auftreten einer Regierung, das heißt deren Einigungsfähigkeit, wird operationalisiert über die Anzahl der Parteien in Regierungen, sowie über die ideologische Distanz zwischen Regierungsparteien.

#### *Stärkenverhältnis zwischen Regierung und Opposition*

Stabile Mehrheiten in Parlamenten werden in der Regel durch die Regierungsbildung erreicht. Woldendorp, Keman und Budge (1993: 17-18) unterscheiden in diesem Zusammenhang sechs mögliche Regierungskonstellationen, die das Ergebnis von Regierungsbildungen darstellen (*single party government, minimal winning coalition, surplus coalition, single party minority government, multi party minority government* und *caretaker government*). Die ersten fünf Typen differieren anhand ihres Stärkenverhältnisses gegenüber der Opposition und der Anzahl der an der Regierung beteiligten Parteien. Der sechste Typ zeichnet sich dadurch aus, dass durch diese Regierungsformation keine Veränderung des legislativen *status quo* intendiert ist. Theoretisch könnten diese von Woldendorp, Keman und Budge entwickelten Regierungstypen für die empirische Analyse des Regierungseinflusses auf die legislativen Entscheidungsregeln genutzt werden. Problematisch ist jedoch, dass mit dem *type of government*-Indikator weder das Stärkenverhältnis zwischen Regierung und Opposition noch die Anzahl der Regierungsparteien exakt quantifiziert werden kann. Insofern lässt sich, unter Zuhilfenahme des *type of government* Indikators der Regierungseinfluss auf die Policy-Performanz nicht exakt berechnen.

Im Folgenden wird deshalb der *legislative-cabinet-support*-Indikator verwendet, der das Stärkenverhältnis zwischen Regierung und Opposition exakt quantifiziert. Dieser Indikator misst den prozentualen Anteil der Parlamentssitze von Regierungsparteien. Der *legislative-cabinet-support* Indikator unterscheidet somit nicht nur zwischen Minderheits- und Mehrheitsregierungen, sondern erfasst prozentual die formale Durchsetzungsfähigkeit der Regierung gegenüber der Opposition.

**Tabelle 6** Stärkeverhältnis zwischen Regierung und Opposition

	BUL	CZE	EST	HUN	LAT	LIT	POL	ROM	SLK	SLV
1995	0,48	0,52	0,55	0,72	0,4	0,51	0,65	0,43	0,55	0,65
1996	0,52	0,51	0,57	0,72	0,73	0,53	0,65	0,41	0,55	0,51
1997	0,52	0,51	0,57	0,72	0,73	0,53	0,65	0,41	0,55	0,51
1998	0,57	0,43	0,40	0,63	0,51	0,72	0,56	0,66	0,56	0,54
1999	0,57	0,37	0,49	0,55	0,59	0,72	0,56	0,69	0,62	0,54
2000	0,57	0,37	0,52	0,55	0,67	0,66	0,49	0,58	0,62	0,53
2001	0,57	0,37	0,52	0,55	0,69	0,49	0,46	0,44	0,62	0,64
2002	0,58	0,43	0,46	0,52	0,67	0,56	0,56	0,44	0,59	0,64
2003	0,58	0,50	0,55	0,51	0,55	0,56	0,48	0,44	0,51	0,64
2004	0,58	0,50	0,59	0,51	0,46	0,56	0,46	0,44	0,51	0,57

Anmerkungen:

Quelle: eigene Erhebung; s. Anhang B.5

Die empirischen Befunde für Mitteleuropa sind in Tabelle 6 dargestellt. Es zeigt sich, dass in Ungarn, der Slowakei und Slowenien über den gesamten Untersuchungszeitraum (1995-2004) stabile Regierungsmehrheiten bestanden. In diesen Ländern war der Regierungseinfluss auf die Policy-Performanz vermutlich besonders hoch. In drei weiteren Ländern (Bulgarien, Lettland, Litauen) bestanden im Zeitverlauf ebenfalls vergleichsweise stabile Mehrheitsregierungen. In den verbleibenden vier Ländern (Estland, Polen, Rumänien, Tschechien) waren hingegen auffallend viele Minderheitsregierungen im Amt.

#### *Effektive Anzahl der Regierungsparteien*

Die effektive Anzahl von Regierungsparteien ist ein weiterer Indikator, der den Regierungseinfluss auf den legislativen Entscheidungsprozeß beschreibt. Es ist davon auszugehen, dass sich der legislative *status quo* umso schneller verändern lässt, je weniger politischen Parteien an der Meinungsbildung im Kabinett mitwirken.

Gemessen wird die effektive Anzahl der Regierungsparteien mit Hilfe des von Laakso und Taagepera (1979) entwickelten Indikators *effective number of parties*, wobei hier die Sitzanteile der Regierungsparteien im Parlament die Grundlage der Berechnung bilden.

**Tabelle 7 Effektive Anzahl der Regierungsparteien**

	BUL	CZE	EST	HUN	LAT	LIT	POL	ROM	SLK	SLV
1995	0,93	1,77	1,90	1,59	1,34	1,00	1,96	1,48	1,73	2,63
1996	1,00	1,84	1,69	1,59	5,32	1,05	1,96	1,38	1,73	1,88
1997	1,00	1,91	1,00	1,59	4,25	1,84	1,89	2,18	1,73	2,28
1998	1,00	1,49	1,00	1,72	2,90	1,84	1,54	2,32	1,99	2,37
1999	1,00	1,00	2,52	1,85	3,22	1,84	1,54	2,37	3,21	2,37
2000	1,00	1,00	2,99	1,85	3,36	1,86	1,23	2,17	3,21	2,59
2001	1,14	1,00	2,99	1,85	3,57	1,91	1,07	1,00	3,21	2,44
2002	1,33	1,34	1,99	1,47	3,50	1,84	1,37	1,00	3,32	2,44
2003	1,33	1,74	2,51	1,22	3,12	1,84	1,06	1,00	3,72	2,44
2004	1,33	1,74	2,73	1,22	2,87	1,87	1,00	1,00	3,72	2,06

*Anmerkungen:*

Quelle: eigene Erhebung; s. Anhang B.5

Wie aus Tabelle 7 ersichtlich, ist die Anzahl der Regierungsparteien vor allem in Lettland, aber auch in der Slowakei (1999-2004) und in Estland (2000, 2001, 2004) vergleichsweise hoch. In allen übrigen parlamentarischen Demokratien ist die Anzahl der effektiven Regierungsparteien vergleichsweise niedrig.

#### *Ideologische Distanz zwischen den Regierungsparteien*

Neben der effektiven Anzahl der politischen Parteien ist auch die ideologische Distanz zwischen den Koalitionsparteien von entscheidender Bedeutung für die Einigungsfähigkeit von Regierungen: je niedriger die ideologische Distanz zwischen den Regierungsparteien, umso höher ist der Einfluss der Regierungsparteien auf *status quo* Veränderung im legislativen Bereich.

Um die ideologische Distanz zwischen den Regierungsparteien empirisch zu erfassen, wird die Distanz zwischen der am stärksten links und der am stärksten rechts positionierten Partei innerhalb einer Regierungskoalition auf einer Skala von 1 (links) bis 20 (rechts) gemessen. Die für die mittelosteuropäischen Regierungen verwendeten Daten wurden entnommen aus dem Datensatz von (Benoit/Laver 2006) und durch Experteninterviews ergänzt um jene Fälle, die in diesem Datensatz nicht enthalten waren.

**Tabelle 8 Ideologische Distanz zwischen den Regierungsparteien**

	BUL	CZE	EST	HUN	LAT	LIT	POL	ROM	SLK	SLV
1995	0,00	4,48	4,21	1,22	8,63	0,00	2,63	4,00	12,06	11,22
1996	0,00	4,48	7,58	1,22	9,60	0,22	2,63	3,33	12,06	8,46
1997	0,00	4,48	0,00	1,22	8,35	3,74	2,52	12,00	12,06	7,35
1998	0,00	2,42	0,00	2,36	6,63	3,74	2,02	14,14	11,48	7,21
1999	0,00	0,00	7,73	3,54	6,39	3,74	2,02	14,91	8,72	7,21
2000	0,00	0,00	10,14	3,54	5,63	3,76	0,87	11,86	8,72	4,84
2001	1,12	0,00	10,14	3,54	7,13	3,00	0,74	0,00	8,72	9,30
2002	2,54	2,32	10,40	2,15	6,88	2,10	3,66	0,00	7,61	9,30
2003	2,54	4,98	9,28	1,22	5,50	2,10	0,59	0,00	3,46	9,30
2004	2,54	4,98	8,85	1,22	6,82	2,19	0,00	0,02	3,46	5,29

*Anmerkungen:*

Quelle: eigene Erhebung; s. Anhang B.5

Für den Untersuchungszeitraum wurde in jedem Land der gewichtete Mittelwert der Distanzen aller Regierungen verwendet, die pro Jahr im Amt waren. In Tabelle 8 sind die Durchschnittswerte abgebildet. Ein Wert von Null bedeutet, dass innerhalb der Regierung keine ideologische Distanz besteht, was auf die Existenz einer Ein-Parteien-Regierung hindeutet. Je höher der Wert jedoch ist, umso größer ist die Distanz zwischen den Regierungsparteien.

Insgesamt zeigt sich, dass eine große ideologische Distanz zwischen den Regierungsparteien zum festen Bestandteil des lettischen (1995-2004), des estnischen (1999-2004) des slowakischen (1995-2002) und des slowenischen (1995-2004) Regierungssystems zählt. Am niedrigsten war die ideologische Distanz zwischen den Regierungsparteien in Ungarn, Polen und Bulgarien.

## **2.4 Ein dreidimensionales Demokratiemodell: Die mittelosteuropäischen Länder im Vergleich**

Die in den vorigen Abschnitten im einzelnen beschriebenen acht Indikatoren werden nunmehr in eine mehrdimensionale Analyse integriert, mit dem Ziel, die Wirkungslogik der drei Dimensionen (elektorale und legislative Entscheidungsregeln sowie mehrheitssicherndes Akteursverhalten) untereinander am Beispiel der mittelosteuropäischer Demokratien empirisch zu erfassen. Für alle acht Indikatoren liegen Werte für jedes Land und jedes Jahr von 1995 bis einschließlich 2004 vor.

*Statistische Zusammenhangsmaße der erklärenden Variablen*

Nach der Erhebung werden die acht Indikatoren zunächst auf statistische Zusammenhangsmaße überprüft. Idealtypisch wäre zu erwarten, dass die Indikatoren einer Dimension untereinander deutlich stärkere Zusammenhänge zeigen als mit den Indikatoren der beiden anderen Dimensionen.

**Tabelle 9 Korrelationsmatrix der institutionellen Indikatoren**

	effektive Sperrklausel	Verfassungsgerichtsbarkeit	Direkte Demokratie	Bikameralismus / Föderalismus	Machtressourcen des Präsidenten	effektive Anzahl der Regierungsparteien	ideologische Distanz der Regierungsparteien	parlamentarische Unterstützung der Regierung
effektive Sperrklausel	1.000	.	.	.	.	.	.	.
Verfassungsgerichtsbarkeit	0.045 (0.659)	1.000	.	.	.	.	.	.
Direkte Demokratie	-0.325 (0.001)	<b>0.481</b> <b>(0.000)</b>	1.000	.	.	.	.	.
Bikameralismus / Föderalismus	-0.487 (0.000)	-0.021 (0.835)	-0.277 (0.005)	1.000	.	.	.	.
Machtressourcen des Präsidenten	0.025 (0.805)	0.073 (0.472)	-0.184 (0.067)	0.233 (0.020)	1.000	.	.	.
effektive Anzahl der Regierungsparteien	-0.004 (0.966)	-0.256 (0.010)	0.186 (0.064)	-0.216 (0.031)	-0.032 (0.753)	1.000	.	.
ideologische Distanz Regierungsparteien	-0.233 (0.020)	-0.168 (0.095)	0.169 (0.092)	0.063 (0.534)	-0.225 (0.024)	<b>0.623</b> <b>(0.000)</b>	1.000	.
parl. Unterstützung d. Regierung	0.114 (0.258)	0.098 (0.335)	0.329 (0.001)	-0.245 (0.014)	0.192 (0.056)	<b>0.476</b> <b>(0.000)</b>	<b>0.345</b> <b>(0.000)</b>	1.000

*Anmerkungen:*

Signifikanzniveau in Klammern

Die statistische Analyse bestätigt die oben formulierten Erwartungen für zwei Dimensionen (vgl. Tabelle 9). Der Indikator für das Wahlsystem (*effektive Sperrklausel*) bildet eine eigenständige Dimension, er korreliert mit nur einem anderen Merkmal in stärkerem Maße. Ebenfalls eine Dimension bilden die Indikatoren des mehrheitssichernden Verhaltens der Akteure (*Stärkenverhältnis zwischen Regierung und Opposition, effektive Anzahl der Regierungsparteien, ideologische Distanz der Regierungsparteien*). Diese drei Indikatoren stehen in einer engen Beziehung zueinander (siehe fett gesetzte Koeffizienten). Insofern entsprechend die Indikatoren der Dimensionen I (elektorale Entscheidungsregel) und der Dimension III (mehrheitssicherndes Verhalten durch Akteure) den theoretischen Annahmen. Beide Dimensionen finden deshalb mit den vorgeschlagenen Indikatoren Eingang in die folgende empirische Analyse.

Bei den institutionellen Vetospieler (Dimension II) sind hingegen zwei Teilgruppen zu beobachten: Die Variablen *direktdemokratische Strukturen* und *starke Verfassungsgerichte* treten in der Regel gemeinsam auf (siehe fett gesetzten Koeffizienten), während *starke Präsidenten* oder weitreichende *bikameral-föderale* Kompetenzen mit diesen beiden Indikatoren nicht oder negativ korrelieren (siehe kursiv gesetzte Koeffizienten). Zwischen starken bikameral-föderalen Strukturen und Präsidialismus besteht eine schwache Beziehung.

Wie ist diese Beobachtung zu erklären? Ein Institutionensystem kann die Vetomöglichkeiten gegenüber Exekutive und Legislative einerseits in der Verfassung verstetigen, indem entweder die Macht des Präsidenten erhöht und/oder ein Zweikammersystem eingeführt wird. (institutionelle Vetopunkte) Andererseits kann ein Institutionensystem die Vetomöglichkeiten gegenüber Regierung und Parlament aber auch direkt in die Hände des Volkes legen, beispielsweise durch direktdemokratische Strukturen oder durch eine offene Verfassungsgerichtsbarkeit. Da sich institutionelle Vetopunkte und solche, die von der Bevölkerung aktiviert werden können, gegenseitig ausschließen, ist statistisch zu erwarten, dass sich die Koeffizienten der beiden Indikatorenpaare diametral entgegenstehen.

Da die legislativen Entscheidungsregeln als Abbild der Vetoinstitutionen eines politischen Systems nur aus *einem* der beiden Indikatorenpaare gebildet werden kann, weil sich - wie oben erwähnt - bei der quantitativen Berechnung die positiven Werte mit den negativen Werten aufheben, werden lediglich die Indikatoren *direktdemokratische Strukturen* und *Kompetenz der Verfassungsgerichte* in der folgenden Analyse berücksichtigt. Diese Auswahl erfolgte, weil *zweite Kammern und föderale Strukturen* – wie bereits gezeigt – in Mitteleuropa (mit Ausnahme von Rumänien) entweder gar nicht existieren oder nur mit geringen Kompetenzen ausgestattet sind. Insofern ist die Variable „Bikameralismus-Föderalismus“ nicht normalverteilt und kann folglich für die quantitative Analyse nicht genutzt werden. Das Wegfallen dieser Variable würde jedoch bedeuten, dass in diesem Indikatorenpaar die *Stärke des Präsidenten* als alleiniger Indikator für die Wirkung von Vetoinstitutionen auf Policy-Performanz zur Verfügung steht. Dieses wäre zweifellos nur eine sehr unzureichende Operationalisierung des legislativen Entscheidungsprozesses. Eingang in die weitere empirische Untersuchung finden deshalb die Variablen *direktdemokratische Strukturen* und *Kompetenz der Verfassungsgerichte*.

### Zur Validität der drei Demokratiedimensionen

In einem zweiten Analyseschritt wird nunmehr die empirische Validität der drei theoretisch konzipierten Demokratiedimensionen empirisch überprüft. Basierend auf einer Faktorenanalyse wird zunächst getestet, ob sich die verbleibenden sechs Einzelindikatoren (*effektive Sperrklausel; direktdemokratische Strukturen; Kompetenz der Verfassungsgerichte; ideologische Distanz der Regierungsparteien, Anzahl der Regierungsparteien; legislativ-cabinet support*) in drei voneinander unabhängigen Dimensionen kombinieren lassen.

Wie in Tabelle 10 ersichtlich, sind in einer rotierten Faktoranalyse drei Faktoren zu erkennen, die den drei aufgezeigten Dimensionen entsprechen: Der Indikatoren zur Beschreibung der elektoralen Entscheidungsregel (effektive Sperrklausel) bildet den Faktor 3, welcher der Dimension I entspricht; die Kompetenz der Verfassungsgerichte und die direktdemokratischen Strukturen bilden den Faktor 2, welche der oben beschriebenen Dimension II entspricht; schließlich bilden die Indikatoren, die der Abbildung des mehrheitssichernden Verhaltens der Akteure dienen, den Faktor 1, welche der Dimension III entspricht (Koeffizienten sind in Tabelle 10 fett gesetzt).

**Tabelle 10 Validität der Demokratiemuster**

Factor	Variance	Difference	Proportion	Cumulative
Factor1	1.527	0.474	0.602	0.602
Factor2	1.053	0.535	0.415	1.016
Factor3	0.518	.	0.204	1.221

Anmerkungen:

LR test: independent vs. saturated:  $\chi^2(15) = 164.60$ ;

Prob> $\chi^2 = 0.0000$

Variable	Factor1	Factor2	Factor3	Uniqueness
effektive Sperrklausel	-0.059	-0.141	<b>0.596</b>	0.621
Verfassungsgerichtsbarkeit	-0.232	<b>0.654</b>	0.119	0.505
Direkte Demokratie	0.205	<b>0.718</b>	-0.211	0.398
effektive Anzahl der Regierungsparteien	<b>0.807</b>	-0.021	0.006	0.349
ideologische Distanz der Regierungsparteien	<b>0.692</b>	0.008	-0.234	0.466
parlamentarische Unterstützung der Regierung	<b>0.546</b>	0.299	0.221	0.564

Anmerkungen:

Auf der Grundlage eines Scree-Tests wurden drei Faktoren extrahiert, auch wenn der Eigenwert des dritten Faktors (hier: Variance) unter 1 liegt (vgl. Backhaus u.a. 2000: 288-290)

Die drei theoretisch hergeleiteten Dimensionen sind demnach mit den vorliegenden Daten für die mittelosteuropäischen Länder empirisch existent: Dimension I (*elektorale Entscheidungsregel*) wird von einer einzelnen Variable beschrieben. Hier ist keine weitere Umwandlung in einen zusammenfassenden Indikator notwendig. Im Fall der Dimension II (*legislative Entscheidungsregel*) werden beide Variablen auf einer Skala von 0 bis 1

gemessen. Sie können daher als einfache Mittelwerte zusammengefasst werden, sodass ein additiver Index entsteht. Im Fall der Dimension III (*mehrheitssicherndes Akteursverhalten*) werden die drei Einzelvariablen zunächst z-standardisiert; im Anschluss wird der Mittelwert der drei standardisierten Einzelvariablen gebildet. Auch hier entsteht ein einfacher, additiver Gesamtindikator. (siehe Tabelle 11 bis Tabelle 13).

**Tabelle 11 Dimension 1: Elektorale Entscheidungsregel**

	BUL	CZE	EST	HUN	LAT	LIT	POL	ROM	SLK	SLV
1995	0.31	2.59	7.26	5.14	3.57	2.07	3.91	6.86	1.67	6.25
1996	0.31	2.58	7.24	5.14	3.57	2.07	3.91	6.86	1.67	6.25
1997	0.31	2.58	7.24	5.14	3.57	2.07	3.91	6.86	1.67	6.25
1998	0.31	2.58	7.24	5.14	3.51	2.07	3.92	6.86	1.43	6.25
1999	0.31	2.58	7.14	5.14	3.33	2.07	3.92	6.86	0.50	6.25
2000	0.31	2.58	7.12	5.14	3.33	2.07	3.92	6.86	0.50	6.25
2001	0.31	2.58	7.12	5.14	3.33	2.07	4.40	6.88	0.50	6.25
2002	0.31	3.46	7.12	5.14	3.32	2.07	5.84	6.88	0.50	6.25
2003	0.31	4.18	7.65	5.14	3.30	2.07	5.84	6.88	0.50	6.25
2004	0.31	4.18	7.76	5.14	3.30	2.07	5.84	6.88	0.50	6.25

*Anmerkungen:*

Quelle: eigene Erhebung.

Entspricht effektiver Sperrklausel (Tabelle 1).

**Tabelle 12 Dimension 2: Legislative Entscheidungsregel**

	BUL	CZE	EST	HUN	LAT	LIT	POL	ROM	SLK	SLV
1995	0.35	0.20	0.30	0.90	0.20	0.35	0.20	0.30	0.55	0.70
1996	0.30	0.20	0.30	0.90	0.20	0.40	0.20	0.30	0.55	0.70
1997	0.30	0.20	0.30	0.95	0.20	0.40	0.45	0.30	0.55	0.70
1998	0.30	0.20	0.30	0.95	0.20	0.40	0.45	0.30	0.55	0.70
1999	0.30	0.20	0.30	0.95	0.20	0.40	0.45	0.30	0.55	0.70
2000	0.30	0.20	0.30	0.95	0.20	0.40	0.45	0.30	0.55	0.70
2001	0.30	0.20	0.30	0.95	0.20	0.40	0.45	0.30	0.55	0.70
2002	0.30	0.20	0.30	0.95	0.20	0.40	0.45	0.30	0.55	0.70
2003	0.30	0.20	0.30	0.95	0.20	0.45	0.45	0.30	0.55	0.70
2004	0.30	0.20	0.30	0.95	0.20	0.45	0.45	0.30	0.55	0.70

*Anmerkungen:*

Quelle: eigene Erhebung.

Additiver Index aus den Einzelindikatoren Verfassungsgerichtsbarkeit (Tabelle 4) und Direktdemokratische Strukturen (Tabelle 5).

**Tabelle 13 Dimension 3: Akteurskonstellation**

	BUL	CZE	EST	HUN	LAT	LIT	POL	ROM	SLK	SLV
1995	-1.06	-0.20	-0.07	0.20	-0.46	-0.91	0.23	-0.72	0.53	1.20
1996	-0.90	-0.23	0.23	0.20	2.40	-0.83	0.23	-0.87	0.53	0.14
1997	-1.02	-0.26	-1.34	0.20	1.61	0.51	0.13	0.81	0.53	0.29
1998	-0.71	-0.82	-1.34	0.03	0.39	0.51	-0.34	1.35	0.62	0.34
1999	-0.71	-1.47	0.26	-0.15	0.80	0.51	-0.34	1.55	1.08	0.34
2000	-0.71	-1.47	0.75	-0.15	1.08	0.32	-0.84	0.79	1.08	0.18
2001	-0.53	-1.47	0.75	-0.15	1.39	-0.38	-1.03	-1.17	1.08	0.92
2002	-0.30	-0.90	0.14	-0.50	1.26	-0.24	-0.29	-1.17	0.95	0.92
2003	-0.30	-0.25	0.61	-0.74	0.51	-0.24	-0.96	-1.17	0.45	0.92
2004	-0.30	-0.25	0.81	-0.74	0.20	-0.22	-1.09	-1.17	0.45	0.15

*Anmerkungen:*

Quelle: eigene Erhebung

Additiver Index aus den standardisierten Einzelindikatoren Parlamentarische Unterstützung der Regierung (Tabelle 6), Effektive Anzahl der Regierungsparteien (Tabelle 7) und Ideologische Distanz (Tabelle 8).

### *Demokratiemuster in Mittelosteuropa*

Die dreidimensional Darstellung von Demokratiemuster hat gegenüber einer typologischen Analyse politischer Systeme den Vorteil, nicht nur ‚reine‘ Demokratiemuster auf einem Kontinuum abzubilden, sondern gerade auch Kombinationen von machtdispersiven und -konzentrierenden Einzelemente aufzuzeigen. Betrachtet man die vorliegenden empirischen Befunde für die einzelnen mittelosteuropäischen Länder im Zeitverlauf so wird deutlich, dass in keinem der hier betrachteten zehn Länder alle drei Dimensionen in ihrer machtdispersiven oder machtkonzentrierenden Ausrichtung im Zeitraum von 1995 bis 2004 übereinstimmen (vgl. Tabelle 14). Dieses bedeutet, dass ‚reine‘ Demokratiemuster im Sinne der Lijphartschen Mehrheits- und Konsensdemokratien in Mittelosteuropa nicht existieren. Lediglich in zwei Ländern kann – zumindest zeitweise – von einem durchgängig machtkonzentrierenden Demokratiemuster gesprochen werden: In *Rumänien* lag die Machtkonzentration in allen drei Dimensionen über einen langen Zeitraum bei hohen Werten, lediglich in vier von zehn Jahren changiert die Akteurskonstellation (Dimension 3) zwischen mittleren Werten und einer Machtdispersion. Auch in *Estland* sind bei der elektoralen und der legislativen Entscheidungsregel (Dimension 1 und 2) durchgängig machtkonzentrierende Arrangements zu beobachten. Diese werden in dem kleinen baltischen Staat meist mit einer mittleren Machtkonzentration in der Akteurskonstellation (Dimension 3) kombiniert. Eine Ausnahme bilden die Jahre 1997 und 1998, in denen auch auf der Akteursebene (Dimension 3) hohe machtkonzentrierende Werte gemessen wurden.

Tabelle 14      **Demokratiemuster in Mitteleuropa im Zeitverlauf**

	<b>Dimension 1</b> <b>Elektorale Entscheidungsregel</b>	<b>Dimension 2</b> <b>Legislative Entscheidungsregel</b>	<b>Dimension 3</b> <b>Akteurskonstellation</b>
<b>Macht- konzentration</b>	Estland 1995-2004	Bulgarien 1995-2004	Bulgarien 1995-2004
	Polen 2002-2004	Estland 1995-2004	Estland 1997-1998
	Rumänien 1995-2004	Lettland 1995-2004	Lettland 1995
	Slowenien 1995-2004	Litauen 1995-2004	Litauen 1995-1996, 2001-2004
		Polen 1995-2004	Polen 1998-2004
	Rumänien 1995-2004	Rumänien 1995-1996, 2001-2004	
	Tschechien 1995-2004	Tschechien 1995-2004	
		Ungarn 2002-2004	
<b>Mittelposition</b>	Lettland 1995-2004	Slowakei 1995-2004	Estland 1995-1996, 1999-2004
	Polen 1995-2001	Slowenien 1995-2004	Lettland 1998-2000, 2003-2004
	Tschechien 2002-2004		Litauen 1997-2000
	Ungarn 1995-2004		Polen 1995-1997
			Rumänien 1997, 2000
		Slowakei 1995-2004	
		Slowenien 1996-2004	
		Ungarn 1995-2001	
<b>Macht- dispersion</b>	Bulgarien 1995-2004	Ungarn 1995-2004	Lettland 1996-1997, 2001-2002
	Litauen 1995-2004		Rumänien 1998-1999
	Slowakei 1995-2004		Slowenien 1995
	Tschechien 1995-2001		

*Anmerkungen:*

Eigene Zusammenstellung auf Basis der Tabelle 1 bis Tabelle 13

In allen anderen Ländern liegen kombinierte Demokratiemuster vor. In sechs von zehn Ländern sind die Demokratiemuster durch eine starke Machtkonzentration gekennzeichnet (Bulgarien, Estland, Polen, Rumänien, Slowenien, Tschechien). In zwei weiteren mitteleuropäischen Ländern (Ungarn, Slowakei) findet sich ein kombiniertes, in der Summe aber (mittelstark) machtdispersives Demokratiemuster. Im Fall der beiden Baltenrepubliken Lettland und Litauen changiert vor allem die Akteurskonstellation zwischen verschiedenen Graden der Machtkonzentration. Eine Beschreibung der demokratischen Strukturen in diesen beiden Ländern mit den Begriffen „Machtkonzentration“ oder „Machtdispersion“ ist kaum möglich.

Die bisherigen Arbeitsschritte haben erstens gezeigt, dass die Demokratiemuster in Mitteleuropa nicht typologisch, sondern dimensional identifiziert werden müssen. Zweitens wurde deutlich, dass die drei vorgeschlagenen Demokratiedimensionen statistisch tatsächlich eigenständig sind und mithin unterschiedliche Dinge messen. Auf der Basis dieser Befunde können nunmehr Hypothesen über den empirischen Zusammenhang zwischen den drei Demokratiedimensionen und der Leistungsbilanz von Regierungen in Mitteleuropa getestet werden. Zunächst wird jedoch die Leistungsbilanz der mitteleuropäischen

Regierungen im Bereich der Wirtschafts-, der Sozial- und der Umweltpolitik beschreibend dargestellt.

### 3 Identifikation der Leistungsbilanz politischer Systeme in Mittelosteuropa

Die Leistungsbilanz der Länder Mittel- und Osteuropas stellt in unserem Forschungsprojekt die abhängige Variable dar. Damit wird auf neuere Ansätze der Forschung zur Staatstätigkeit, die das Konzept der Performanz (Leistungsfähigkeit) in den Mittelpunkt der Analyse rücken, Bezug genommen (Schmidt 1998; Keman 2002, Roller 2005).<sup>3</sup> Performanz wird in dieser Forschungstradition entweder im Bezug auf einen gesetzten Standard oder relativ zu anderen Fällen oder Zeitpunkten evaluiert (Eckstein 1971: 8). In unserer Analyse wird die zweite Strategie angewandt, indem die Leistungsbilanzen der zehn mittel- und osteuropäischen Länder hinsichtlich der eingeschlagenen *policies* und den erreichten *outcomes* untereinander verglichen werden. Traditionell wurde in der Aggregatdatenforschung die wirtschaftliche und sozialstaatliche Entwicklung im Ländervergleich untersucht (u.a. Olson 1982; Franzese 2002; Esping-Andersen 1990; Castles 2004). Seit einigen Jahren hat die vergleichende Aggregatdatenforschung auch einen Akzent auf die Analyse von Umweltpolitik gesetzt (u.a. Jahn 1998; Scruggs 2003; Meyer 2005). Basierend auf dem theoretischen und methodischen Gerüst dieser Studien wird im Folgenden die Leistungsbilanz der zehn mittelosteuropäischen Länder für die Bereiche Wirtschaft, Soziales und Umwelt hinsichtlich der *outputs (policies)* und der *outcomes* verglichen. Dabei werden die folgenden forschungsleitenden Hypothesen systematisch überprüft:

*Hypothese II: Muster von Leistungsbilanz (output)*

In den Staaten Mittelosteuropas lassen sich in Bezug auf die Regierungspolitiken unterschiedliche Muster innerhalb der Bereiche Wirtschaft, Umwelt und Soziales erkennen.

*Hypothese III: Muster von Leistungsbilanz (outcome)*

In den Staaten Mittelosteuropas sind in Bezug auf die Politikergebnisse in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Soziales deutliche Unterschiede zu erkennen.

*Hypothese IV: Zusammenhang von output- und outcome-Variablen*

Es besteht ein Zusammenhang zwischen der *output-* und *outcome-*Dimension in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Soziales.

---

<sup>3</sup> Erste Konzepte zur Evaluation der Leistungsfähigkeit von Demokratien und deren Operationalisierung entwickelten Eckstein (1971), Gurr/McClelland (1971), Almond/Powell (1978), Powell (1982).

Hypothese V: *“Kinder and gentler democracies”*

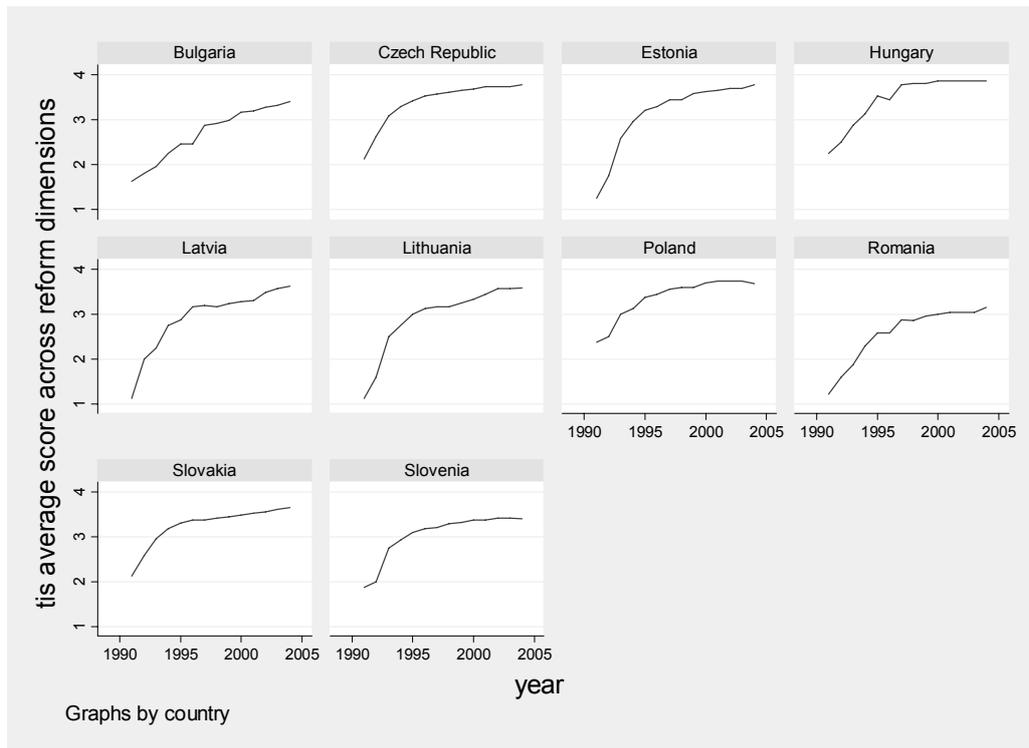
Es bestehen ländervergleichend gemeinsame Leistungsbilanzmuster in der *output*- und der *outcome*-Dimensionen im Bereich von Wirtschaft, Umwelt und Soziales. Dabei sind Länder mit besseren und mit schlechteren Leistungsbilanzen zu erkennen.

### 3.1 Output-Performanzprofile in der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik

Die Performanzindikatoren auf der *output*-Ebene indizieren den Umfang der Staatstätigkeit in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Dabei wurde im Wirtschaftsbereich Bezug auf die marktwirtschaftlichen Reformen genommen, da diesen im Transformationskontext der postkommunistischen Länder eine besondere Bedeutung zukommt. Für die Sozial- und Umweltbereiche wurde dagegen auf die etablierten Konzepte aus der Staatstätigkeitsforschung westlicher Länder zurückgegriffen (Sozialausgaben, Institutionalisierung der Umweltpolitik). Für die Erfassung der wirtschaftspolitischen *output*-Performanz werden die Transformationsindikatoren der *European Bank for Reconstruction and Development* (EBRD) verwendet. Ein aus diesen Daten konstruierter Index der marktwirtschaftlichen Reformen (TIS) erfasst den Fortschritt verschiedener marktwirtschaftlicher Reformen in den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern auf Grundlage von Experteneinschätzungen auf jährlicher Basis.

Abbildung 2 fasst die Entwicklung des Index der marktwirtschaftlichen Reformen zusammen. Während einige Länder bereits zu Beginn der Beobachtungszeitraum vor allem die Preise und Finanzmärkte liberalisiert hatten und erste Privatisierungsmaßnahmen durchgeführt hatten (Tschechien, Ungarn, Polen, Slowakei und Slowenien), war die Ausgangslage der Reformbemühungen in den baltischen Ländern und Rumänien deutlich niedriger. Die Länder unterscheiden sich deutlich in der Geschwindigkeit, in der sie sich westlichen marktwirtschaftlichen Standards annähern (Fish 1998; Kitschelt 2001). Besonders positive Leistungsbilanz zeigen im Hinblick auf die wirtschaftliche *output*-Performanz die Länder Ungarn, Estland, die Tschechische Republik und Polen, während die Bilanz der marktwirtschaftlichen Reformen insbesondere in Rumänien, aber auch in Bulgarien und in Slowenien deutlich negativer ausfiel.

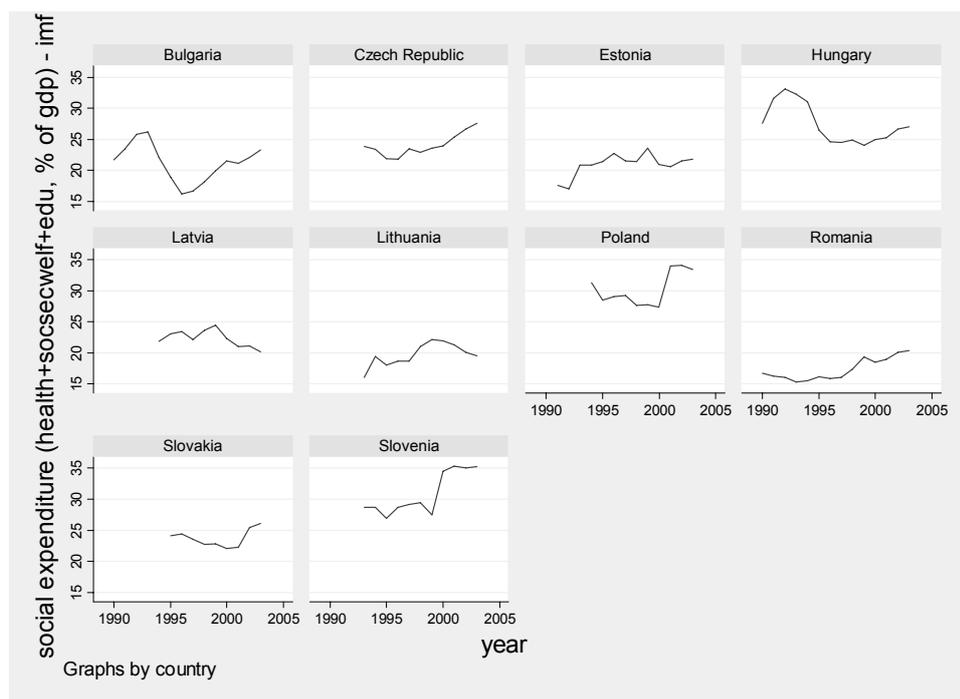
**Abbildung 2 Der Grad marktwirtschaftlicher Reformen in den Ländern Mittelosteuropas**



Quelle: EBRD 2000 für 1991-1994, EBRD 2004 für 1995-2004, eigene Berechnungen.

Als Indikator für den *policy output* im Bereich der Sozialpolitik stehen die Sozialausgaben. Dieser Indikator stellt auch in Analysen zur Wohlfahrtsstaatlichkeit in den OECD-Ländern den klassischen Indikator dar (Huber/Stephens 2001: 66; Burgoon 2001). Wenngleich konzeptionell bessere und empirisch schärfere Indikatoren existieren (Esping-Andersen 1990; Castles 2002; Allan/Scruggs 2004; Korpi/Palme 2003), waren diese für unsere Untersuchungsländer nicht verfügbar. Der hier angewandte Indikator fasst die staatlichen Ausgaben für soziale Sicherheit und Wohlfahrt, Gesundheit und Bildung in Prozent des Bruttoinlandsproduktes zusammen. Im Zeitverlauf schwanken die Sozialausgaben (vgl. Abbildung 3) in Mittelosteuropa deutlich. Mithin lässt sich kein einheitlicher Trend feststellen, obwohl in den meisten Ländern die Sozialausgaben nominell gestiegen sind. Da dieser Indikator jedoch stark von externen Faktoren bestimmt wird (beispielsweise vom Anteil von Bedürftigen sowie von den Schwankungen des Bruttoinlandsproduktes), ist die Aussagekraft einer isolierten Betrachtung der Sozialausgaben nur begrenzt. Genauere empirische Befunde sind nur im Rahmen von multi-variablen Analysen möglich.

Abbildung 3 Sozialausgaben in den Ländern Mittelosteuropas



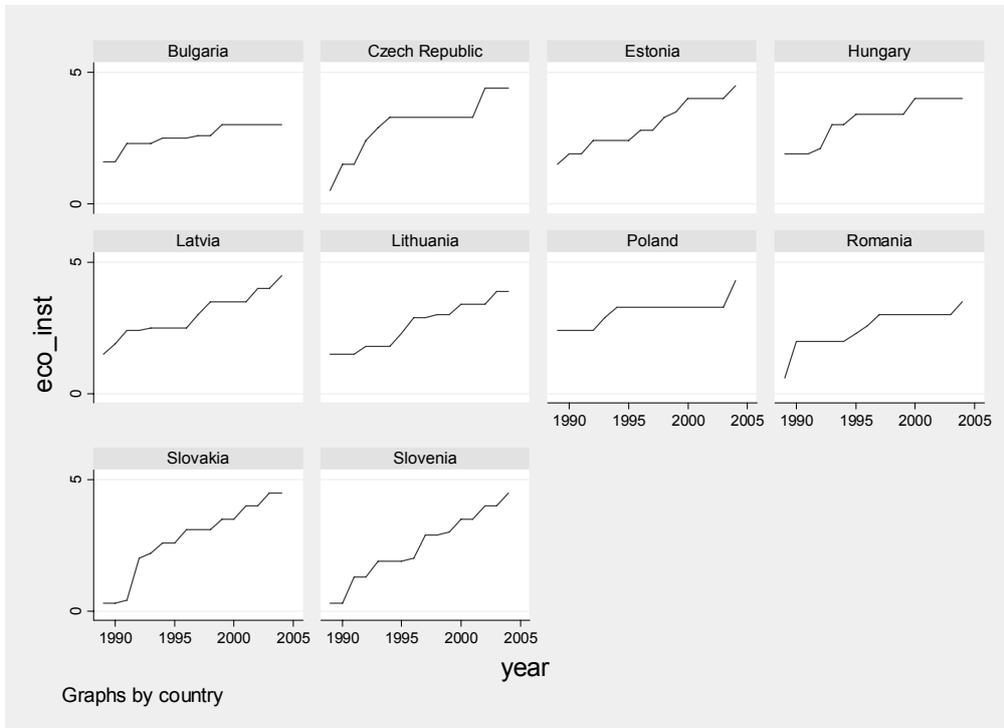
Quelle: IMF 2006, eigene Berechnungen.

Insgesamt lässt sich jedoch festhalten, dass die meisten Staaten in der ersten Phase der Transformation ihre Sozialleistungen erweiterten (vgl. auch Götting 1998; Haggard/Kaufman 2001: 7). Vor allem die staatliche Unterstützung für Arbeitslose wurde in vielen Ländern angesichts der befürchteten Massenarbeitslosigkeit früh eingeführt. Auch stieg der Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt in den meisten Ländern. Dies ist vor allem dadurch zu erklären, dass die Sozialleistungen in der sozialistischen Ära größtenteils betriebsgebunden waren und von den staatseigenen Betrieben getragen wurden. Nach dem Umbruch mussten diese Sozialleistungen zunehmend vom Staat direkt übernommen werden (Kovács 2000: 19; Götting 1998: 266). Mit der starken wirtschaftlichen Rezession wurde der Druck immer größer die Sozialausgaben zu kürzen. Insbesondere internationale Akteure wie IMF und die Weltbank drängten auf eine strenge Finanzdisziplin und machten ihre Darlehen und Finanzhilfe abhängig von Einschnitten in den staatlichen Sozialausgaben. Somit drängten die internationalen Geberländer und Organisationen in den mittelosteuropäischen Ländern danach, einen amerikanisch orientierten, residualen Wohlfahrtsstaat einzuführen (Standing 1996: 236; Manning 2004: 217).<sup>4</sup> Die anfänglich hohen Sozialleistungen hatten jedoch

<sup>4</sup> Kovács zeigt jedoch, dass eine solche „Amerikanisierung“ des Wohlfahrtsstaates zumindest in den EU-Beitrittsländern Mittel- und Osteuropas nur in der neoliberalen Rhetorik, nicht jedoch in der Realität stattgefunden hat (Kovács 2000; vgl. auch Cerami 2006). Im Gegensatz zu IMF und Weltbank gingen zudem von anderen internationalen Akteuren wie OECD, ILO, UNICEF oder auch einigen EU-Staaten z.T. andere Politikempfehlungen hervor (vgl. Deacon/Hulse 1997).

insofern eine sehr wichtige Funktion, weil dadurch soziale Unruhen und eine weitergehende Politisierung des sozialen „Tals der Tränen“ in Mittelosteuropa verhindert werden konnte (Kapstein/Mandelbaum 1997).

**Abbildung 4 Die Einführung umweltpolitischer Instrumente in den Ländern Mittelosteuropas**



*Quelle:* Binder 2002; Busch/Jörgens 2005, sowie eigene Überarbeitung und Ergänzung. Informationen zu ISO-Normen wurden aus ISO 2001, 2006, 2007 entnommen.

Im Bereich der umweltpolitischen *outputs* wurde ein eigener Index der Institutionalisierung der nationalen Umweltpolitik entwickelt, der auf früheren Überlegungen eines Forschungsprojekts der FFU-Berlin beruht (Busch/Jörgens 2005). Dabei wurde die Einrichtung von Umweltinstrumenten in den Bereichen der Einführung von governmental Organisationen, Umweltschutzgesetzen, Nachhaltigkeitsstrategien, marktwirtschaftlichen Umweltinstrumente und informierenden Umweltinstrumente berücksichtigt.

Insgesamt haben die mittelosteuropäischen Länder in einer rasanten Geschwindigkeit verschiedene umweltpolitische Maßnahmen im Gefolge der Mitgliedsverhandlungen mit der Europäischen Union eingeführt. Dabei waren Slowenien, die Slowakei und Lettland besonders auffallend. Aber auch Estland und Tschechien gehören in die Spitzengruppe. Im Mittelfeld befinden sich Ungarn und Litauen. Weniger ausgeprägt wurden die umweltpolitischen Maßnahmen in Rumänien, Bulgarien und Polen umgesetzt.

Bei der Implementation von umweltpolitischen Maßnahmen spielen auch internationale Vereinbarungen eine wesentliche Rolle (Breitmeier u.a. 2006). Um diesen Aspekt zu berücksichtigen, wurde die Anzahl der einzelstaatlichen Mitgliedschaften in internationalen Umweltabkommen anhand der Datenbank Ecolex erfasst. Dabei wurde deutlich, dass Polen im Rahmen von internationalen Vereinbarungen eine Vorreiterrolle spielt. Ferner weisen über den Zeitraum von 1995 bis 2004 vor allem Slowenien, Litauen und Lettland eine starke Zuwachsrate an internationalen Umweltabkommen auf. Auch Ungarn und Bulgarien agieren auf vergleichsweise hohem Niveau. Weniger aktiv im Bereich der internationalen Vereinbarungen sind Rumänien, Tschechien und vor allem die Slowakei und Estland.

Fassen wir die *output*-Performanz in den drei Bereichen zusammen, so wird zunächst deutlich, dass Rumänien und Bulgarien in ihrer Reformtätigkeit deutlich hinter den anderen Ländern liegen. Slowenien fällt auf als ein Land, das im Bereich sozialer und umweltpolitischer *outputs* einen Spitzenplatz einnimmt, dabei jedoch wirtschaftliche Reformen vernachlässigt. Während Slowenien eher als ein Land mit einer *kinder and gentler* Staatstätigkeit (im Sinne von Lijphart) einzustufen ist, verhält es sich in Estland, das nur im Wirtschaftsbereich durch eine überdurchschnittlich positive Performanz auffällt, genau umgekehrt. Tschechien kommt durch eine positive Performanz in den Bereichen Wirtschaft und Soziales noch der *kinder and gentler* Gesellschaftsform nahe. In Lettland und Polen besteht ein *trade-off* zwischen positiver sozialer *output* und umweltpolitischer Reformtätigkeit unter einer mittelmäßigen wirtschaftlichen Reformtätigkeit. Dabei legt Polen ein stärkeres Gewicht auf Sozialausgaben und Lettland auf umweltpolitische Reformen. Tabelle 15 fasst die empirischen Befunde in den drei Bereichen für die Jahre 2001 bis 2003 zusammen.

**Tabelle 15 Output-Performanzprofile in Mitteleuropa**

	<b>Wirtschaftspolitik</b>	<b>Sozialpolitik</b>	<b>Umweltpolitik</b>
Positive <i>output</i> - Performanz	Ungarn Tschechien Estland	Slowenien Polen Tschechien	Slowenien Slowakei Lettland
Negative <i>output</i> - Performanz	Rumänien Slowenien Bulgarien	Rumänien Litauen Lettland	Rumänien Bulgarien Polen

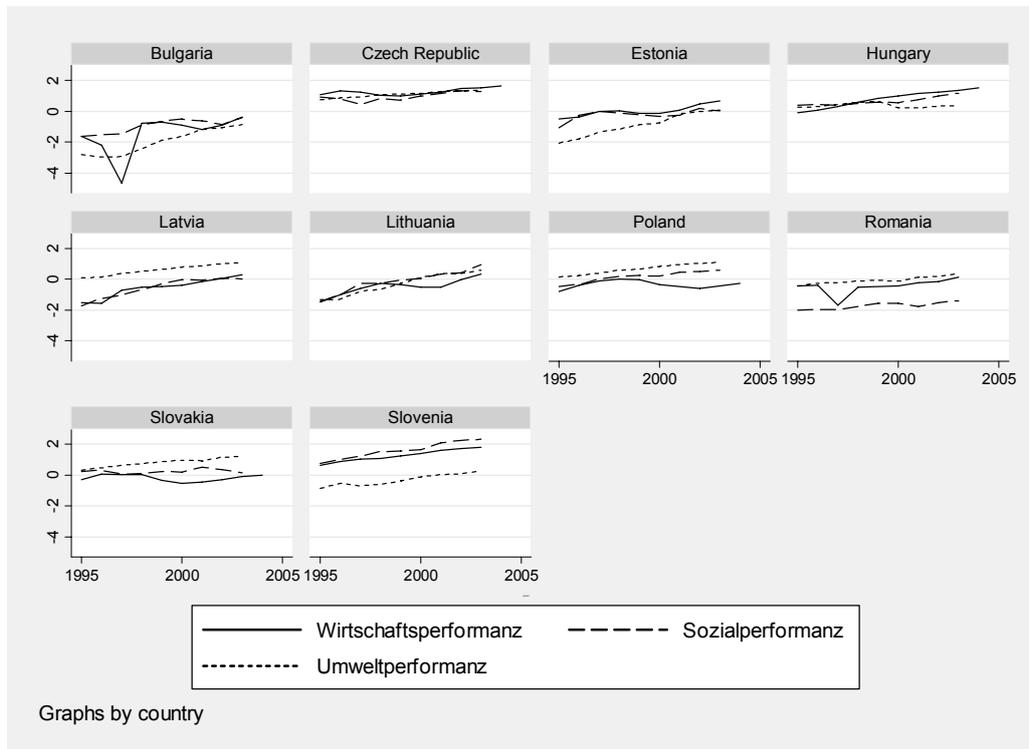
### 3.2 Outcome-Performanzprofile in der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik

Im Folgenden wird die *outcome*-Performanz in den drei Policyfeldern untersucht. In Abbildung 5 sind die Ergebnisse für die zehn untersuchten mittelosteuropäischen Länder zusammengefasst dargestellt. Um die Performanzindizes vergleichen zu können, wurden die Z-Werte der jeweiligen Indizes verwendet. Jeder dieser Performanzindizes basiert auf umfangreichen Analysen von Einzelindikatoren. Beim Index der Wirtschaftperformanz werden ungewichtete jährliche Werte des Bruttoinlandsprodukts, der Arbeitslosenquote und der Inflationsrate zusammengefasst. Für die soziale *outcome*-Performanz wurden Indikatoren aggregiert, welche die soziale Situation in Mittelosteuropa in besonderer Weise widerspiegeln. Für den Bereich Gesundheit wurde der Indikator Säuglingssterblichkeitsrate verwendet, für Einkommensungleichheit der GINI-Koeffizient und für Bildung die Beteiligungsraten in der Sekundär- und Tertiärstufe. Die Umweltperformanz wurde durch die Zusammenfassung von sechs Indikatoren der Luftemissionen erfasst (Kohlenstoffdioxid, Kohlenstoffmonoxid, Schwefeloxide, Stickstoffoxide, Methan und flüchtige organische Verbindungen). Dieser Index fließt dann gleichgewichtet mit Indikatoren der Bodenbelastung (Düngemittelverbrauch), des Ressourcenverbrauchs (Frischwasserentnahme) und des Müllaufkommens in einen Index der Umweltbelastung ein. Dieser Umweltbelastungsindex wurde einerseits anhand der Bevölkerungszahl und andererseits anhand des Bruttoinlandsproduktes standardisiert. Die Standardisierung anhand der Bevölkerungszahl wird herkömmlich als Indikator benutzt (Jahn 1998; Scruggs 2003). In Mittelosteuropa fällt jedoch auf, dass eine bessere Umweltperformanz durch stagnierende oder gar rückläufige Wirtschaftperformanz entsteht. Dieser Zusammenhang wird auch als *misery cleaning-up* bezeichnet (Jahn 2003; Jahn/Kuitto 2008). Hinzu kommt, dass manche Länder in Mittelosteuropa noch nicht den Richtungswechsel der umweltpolitischen Kuznets-Kurve erreicht haben. Dieses wiederum hat zur Folge, dass ein pro-Kopf Umweltbelastungsindex schwer mit der *policy*-Performanz in Einklang gebracht werden kann.<sup>5</sup> Aus diesem Grund wird im Folgenden die Standardisierung mit dem Bruttoinlandsprodukt vorgenommen. Damit fließen freilich Aspekte der Wirtschaftperformanz in diesen Index mit ein.

---

<sup>5</sup> Da die geringere Umweltbelastung vor der Trendwende auf einem niedrigen Bruttoinlandsprodukt beruht, wird diese negativ mit der Institutionalisierung der Umweltpolitik korrelieren, wenn wir davon ausgehen, dass eine solche Institutionalisierung erst nach einer Sensibilisierung für die Umweltproblematik eintritt. Erst nachdem der Scheitelpunkt erreicht ist, kann von einer positiven Beziehung von der Institutionalisierung umweltpolitischer Instrumente und umweltpolitischen *outcome*-Performanz ausgegangen werden.

**Abbildung 5 Wirtschaftliche, soziale und umweltpolitische Leistungsbilanz in den Ländern Mittel- und Osteuropas**



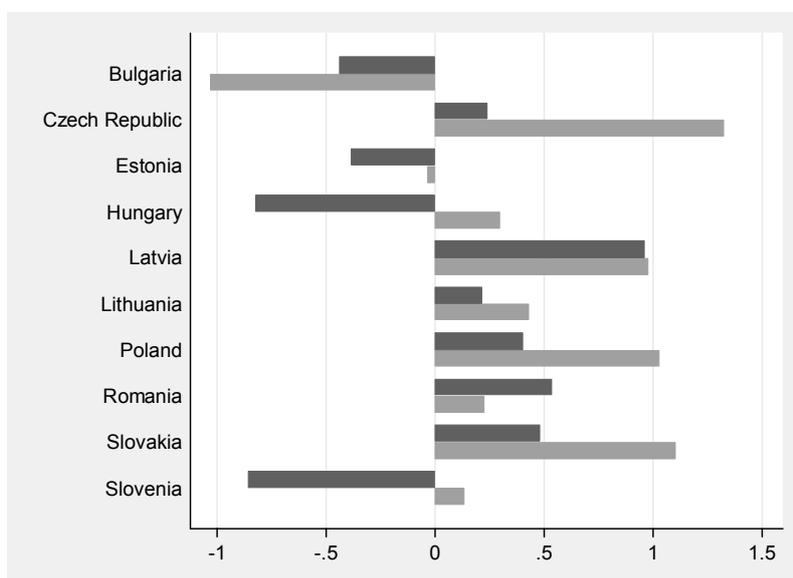
*Quellen:* World Bank 2006, Eurostat, FAOstat, TransMONEE; eigene Berechnungen.

Anhand der *outcome*-Performanzentwicklung lassen sich nunmehr verschiedene Muster identifizieren. So zeigt sich im Wirtschaftsbereich für die meisten Länder, dass in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts zwischen Arbeitslosigkeit und Preisniveaustabilität gemäß der Philipps-Kurvenannahme ein gewisser *trade-off* bestand. So ist eine Verschiebung der Leistungsbilanz zugunsten von Preisniveaustabilität auf Kosten der Arbeitslosenquote in Bulgarien, Lettland, Litauen, Polen und Slowakei zu beobachten, während im Gegensatz dazu die Arbeitslosigkeit im Vergleich zu Inflationsrate in Ungarn, Rumänien und Slowenien eine leicht positivere Bilanz aufweist. Zusammen mit der ausgeglichen positiv performierenden Tschechischen Republik können Ungarn und Slowenien deshalb als eher sozial orientierte, aber dennoch wirtschaftsstarke Länder bezeichnet werden. Die Slowakei, Polen und auch Litauen gehören zu den nachholenden Ländern mit stärkerer Betonung der Preisniveaustabilität auf Kosten der Arbeitslosenquote. Lettland zeigt ein ähnliches Muster, jedoch mit einer positiveren Leistungsbilanz im Hinblick auf Beschäftigung. Daher ähnelt Lettland eher Estland, wenngleich auf einem niedrigeren Niveau der Wirtschaftskraft.

Im Sozialbereich lassen sich neben den insgesamt erfolgreichen Ländern (Slowenien, Tschechien, Ungarn) und den weniger erfolgreichen Ländern (Rumänien, Bulgarien, Estland)

unterschiedliche Profile identifizieren. Vor allem besteht ein *trade-off* zwischen einer erfolgreichen Gesundheits- und Bildungspolitik. In Tschechien und zu einem geringeren Maß in der Slowakei ist die Leistungsbilanz in den Bereichen Gesundheit und Einkommensverteilung eindeutig positiv, die im Bildungsbereich jedoch eher negativ. Das trifft auch auf Ungarn zu, wobei die Bilanz in den Bereichen Gesundheit und Bildung durchschnittlich, im Bereich Einkommensverteilung überdurchschnittlich positiv ausfällt. In den baltischen Ländern und Polen dagegen ist die Performanz im Bildungsbereich positiv ausgeprägt. Zugleich sind die Gesellschaften jedoch durch eine höhere Ungleichheit und einen geringeren Gesundheitszustand geprägt.

**Abbildung 6 Umweltperformanz in Mitteleuropa bezogen auf pro Kopf und BIP, 2001-2003**



*Anmerkung:*

Obere, dunklere Balken zeigt die Umweltperformanz im Bezug auf pro Kopf und untere, hellere Balken im Bezug auf BIP an.

Quellen: Eurostat, World Bank 2006.

Im Umweltbereich bestehen gravierende Unterschiede zwischen den Ländern. In Abbildung 6 zeigt der obere Balken die pro Kopf-Performanz und der untere die Umweltperformanz bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt an. Es zeigt sich, dass insbesondere die Tschechische Republik durch eine starke Wirtschaftskraft einen positiven Umweltperformanzwert erreicht. Die ansonsten positive umweltpolitische Leistungsbilanz Sloweniens wird durch einen extrem hohen Düngemittelverbrauch relativiert, der an das Niveau westeuropäischer Länder reicht, im Vergleich zu den anderen mitteleuropäischen Länder jedoch auffallend hoch ist.<sup>6</sup>

<sup>6</sup> Es wurden umfangreiche Recherchen zu dem slowenischen Wert des Düngemittelverbrauchs auch vor Ort durchgeführt und es wurde dieser extreme Wert bestätigt, so dass er unverändert in die Analysen übernommen wurde. Ohne den Düngemittelwert würde Slowenien von Platz acht auf Platz zwei im Bereich der Umweltperformanz rutschen. Es handelt sich hier also um einen besonders einflussreichen Wert.

### 3.3 Gesamtperformanzprofile in der Wirtschafts-, Sozial, und Umweltpolitik

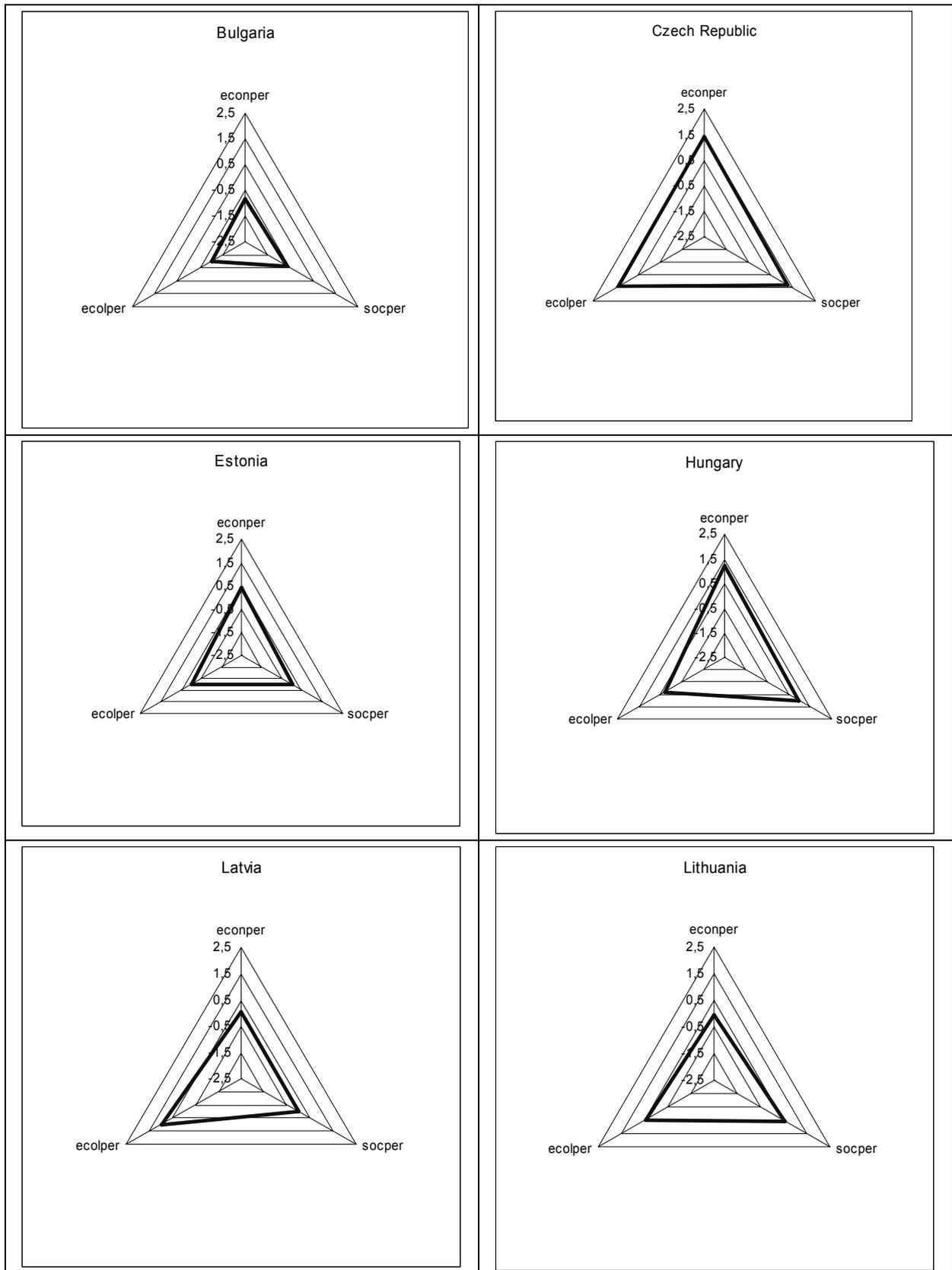
Abschließend soll eine Gesamteinschätzung der Leistungsbilanz der mittelosteuropäischen Länder gegeben werden, in der die *outcome*-Performanz in den drei Politikfeldern zusammengefasst dargestellt wird. Zu diesem Zweck wird ein Index erstellt, der die Gesamtperformanz wiedergibt. In diesen Index fließen die Performanzindizes aller drei Politikfelder gleichgewichtet und z-standardisiert ein.<sup>7</sup> Studien zu westlichen demokratischen Staaten, die einen ähnlich breiten Fokus haben, sind kaum vorhanden. Arend Lijphart (1999) hat die Gesamtperformanz demokratischer Staaten anhand einer subjektiven Einschätzung von Korrelationsergebnissen zu verschiedenen Bereichen und Aspekten dargestellt. Derek Bok (1996) hat eine umfassende Untersuchung von sieben Gesellschaften (Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Japan, Schweden und die USA) durchgeführt und dabei 66 Indikatoren über einen Zeitraum von 1960 bis 1990 betrachtet. Die umfassendste und systematischste Untersuchung, die einen Gesamtperformanzindex aus Einzelindikatoren zur Sicherheits-, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik in 21 OECD-Ländern untersucht, wurde von Edeltraud Roller (2005) erstellt.

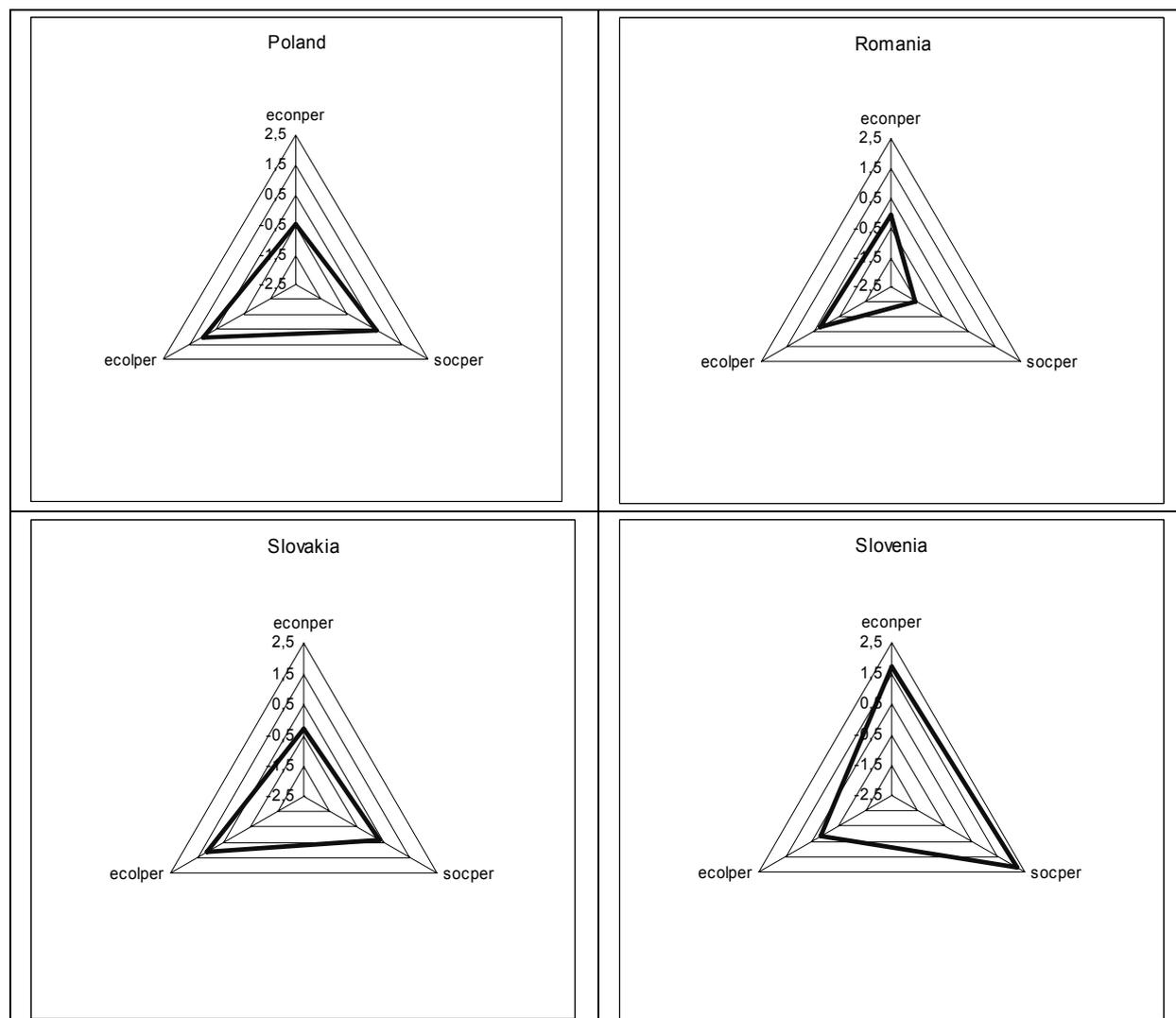
Bei der Gesamteinschätzung der Leistungsbilanz der mittelosteuropäischen Länder ergeben sich verschiedene Performanzmuster, die in den folgenden Sterndiagrammen dargestellt sind. Dabei weisen höhere Werte auf eine positivere Performanz hin. Je weiter sich die Ecken des Dreiecks nach Außen dehnen, desto positiver ist die Performanz in der entsprechenden Dimension.

---

<sup>7</sup> Die *outcome*-Performanzindizes in den einzelnen Politikfelder haben dabei folgende Bezeichnungen: Wirtschaftspolitik *econper*, Sozialpolitik *socper*, Umweltperformanz *ecolper*.

Abbildung 7 Gesamtperformanzprofile 2001-2003 (Dreijahresdurchschnitte)





*Anmerkung:*

Dreijahresdurchschnitte 2001-2003. *econper*: Index der wirtschaftlichen *outcome*-Performanz, *socper*: Index der sozialen *outcome*-Performanz, *ecolper*: Index der Umwelt-*outcome*-Performanz.

Die Skala ist identisch auf jeder Achse (-2,5 bis 2,5) und bezieht sich auf die z-standardisierten Werte der jeweiligen *outcome*-Indikatoren. Die Werte im positiven Bereich bedeuten jeweils eine überdurchschnittlich positive Performanz und die Werte im negativen Bereich eine überdurchschnittlich negative Performanz im Zehn-Ländervergleich. Je weiter sich die Ecken des Dreiecks also nach Außen dehnen, desto positiver ist die Performanz in der entsprechenden Dimension und umgekehrt.

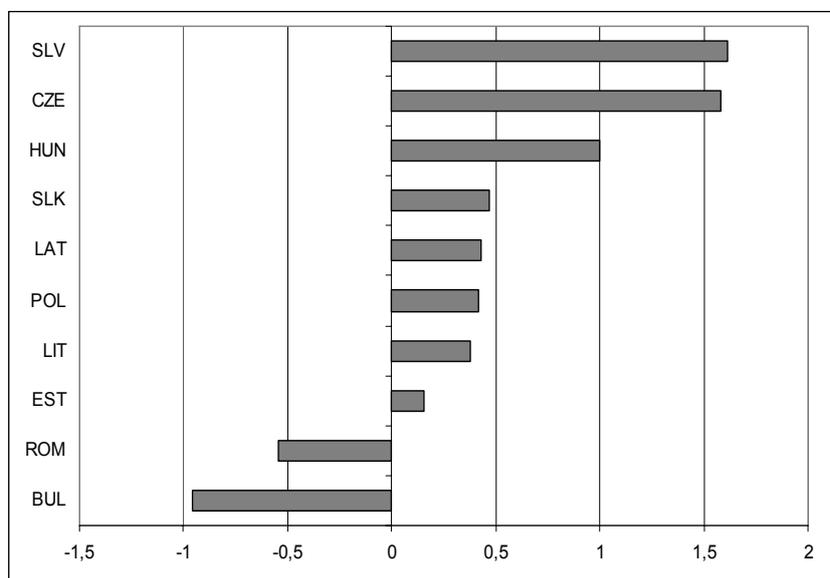
Quellen: World Bank 2006, Eurostat, FAOstat, TransMONEE; eigene Berechnungen.

Insgesamt zeigen die vorliegenden Indexwerte in Abbildung 7, dass Slowenien und Tschechien die positivste Gesamtp Performanz unter den zehn untersuchten mittelosteuropäischen Ländern besitzen. Die meisten Länder haben lediglich eine gemäßigt positive Gesamtbilanz. Hierzu zählen die Slowakei, Lettland, Polen, Litauen und Estland. Zwischen dieser Durchschnittsgruppe und der Spitzengruppe liegt Ungarn. Deutlich abgeschlagen sind Rumänien und vor allem Bulgarien.

Die Performanzmuster in den drei Policybereichen lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Erstens kann Tschechien in allen drei Politikfeldern als ein erfolgreiches

Land gelten, ebenso wie Slowenien, welches vor allem Defizite im Bereich der Umweltpolitik aufweist. Beide Länder können als *kinder and gentler* Demokratien definiert werden, die eine erfolgreiche Wirtschaftsperformanz mit einer ausgewogenen Sozial- und Umweltbilanz verbinden. Diese Vorreiterposition spiegelt sich auch in dem Index der Gesamtperformanz wider, der in Abbildung 8 dargestellt ist. Zweitens ist Estland stärker liberalmarktwirtschaftlich ausgeprägt, was sich darin zeigt, dass soziale und umweltpolitische Aspekte eine niedrigere Bedeutung haben. Drittens zählen die Slowakei, Polen und vor allem Lettland zu den wirtschaftlich weniger erfolgreichen Ländern, die eine stärkere Umwelt- als die Sozialperformanz haben. In Litauen hält sich die Sozial- und Umweltperformanz auf mittlerem Niveau in etwa die Waage. Viertens lässt sich festhalten, dass Bulgarien und Rumänien die negativste Leistungsbilanz in allen drei Politikfeldern haben. Dabei hat Bulgarien eine bessere Sozialbilanz als Rumänien. Für Rumänien fällt hingegen eine relativ positive Umweltbilanz auf, die allerdings vor allem als Folge einer negativen wirtschaftlichen Leistungsbilanz (vor allem im Industriebereich) zu interpretieren ist. Rumänien und Bulgarien sind damit auch gemessen am Gesamtperformanzindex die Schusslichter der mittelosteuropäischen Ländergruppe.

**Abbildung 8 Gesamtperformanzindex 2001-2003 (Dreijahresdurchschnitt)**



#### 4 Demokratiedimensionen und Politikperformanz in Mittelosteuropa

Im Folgenden werden nunmehr die Demokratiedimensionen in Mittelosteuropa (vgl. Kapitel 2) mit der Leistungsbilanz der Regierungen in diesen Ländern (vgl. Kapitel 3) in einen systematischen Zusammenhang gebracht. Dabei werden die im ursprünglichen Forschungsantrag spezifizierten Hypothesen einem empirischen Test unterzogen.

*Hypothese VI: Zusammenhang von Demokratiemustern und Leistungsbilanzen*

Es besteht ein systematischer Zusammenhang zwischen den verschiedenen Demokratiemustern und der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Leistungsbilanz in den Ländern Mittelosteuropas.

Um diese Hypothese zu testen sind einige Kontextvariablen zu berücksichtigen, die sich zum einen auf die historische Entwicklung und den Transformationspfad der mittelosteuropäischen Länder beziehen und zum anderen den Einfluss internationaler Faktoren berücksichtigen.

*Hypothese VII: Einfluss des historischen Kontexts (I)*

Historische Variablen beeinflussen die Entstehung unterschiedlicher Demokratiemuster in den Ländern Mittel-Osteuropas.

*Hypothese VIII: Einfluss des historischen Kontexts (II)*

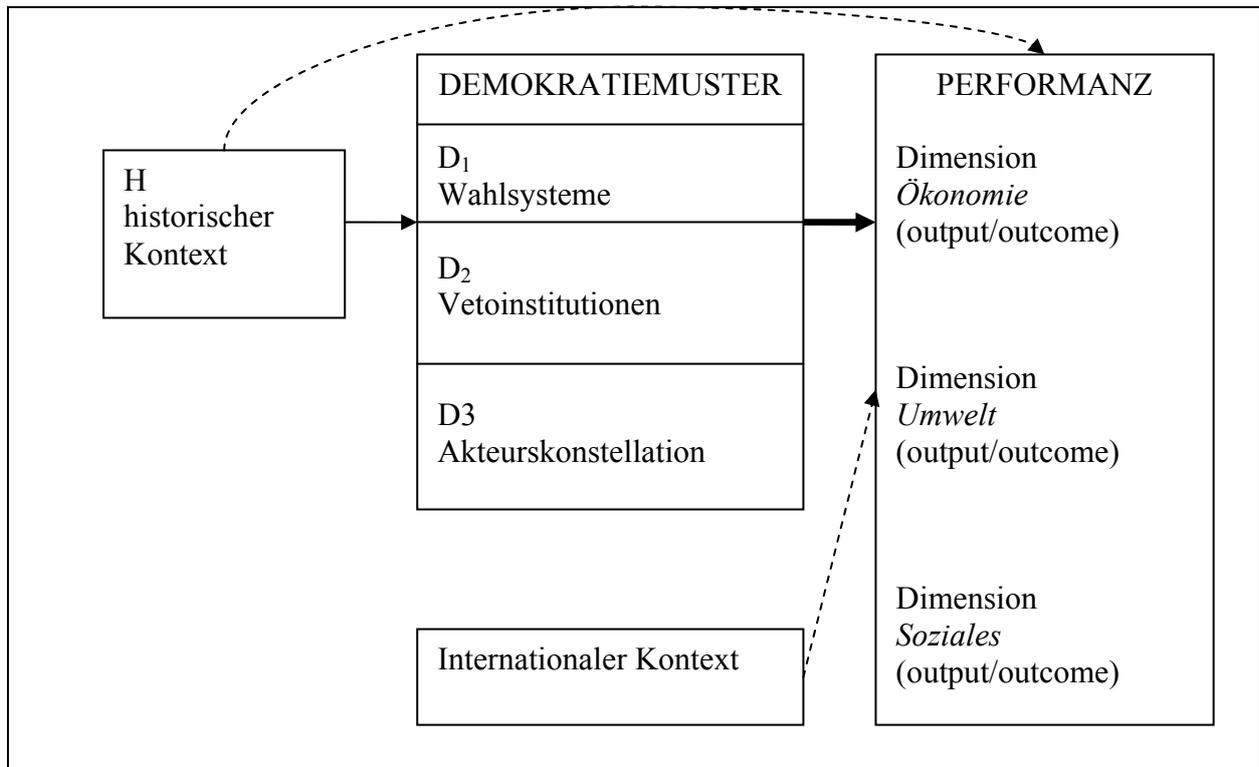
Historische Variablen haben einen direkten Einfluss auf die Leistungsbilanz von Regierungen in Mittelosteuropa. Damit erklären historische Variablen stärker die Leistungsbilanz von Regierungen als spezifische Demokratiemuster.

*Hypothese IX: Einfluss internationaler Faktoren*

Internationale Kontextvariablen haben eine direkte Wirkung auf die Leistungsbilanz politischer Systeme in Mittelosteuropa und besitzen damit einen stärkeren Erklärungswert als die Demokratiemuster.

Basierend auf den bisherigen Ausführungen wurde ein Kausalmodell entwickelt, welches im Folgenden unter Zuhilfenahme von multi-variaten Analysen getestet wird:

**Abbildung 9 Kausalmodell zur Erklärung der Leistungsbilanz politischer Systeme in Mittelosteuropa**



*Anmerkungen:*

Gestrichelte Linien bezeichnen Kontrollvariablen; durchgezogene Linien das Untersuchungsmodell; der **fett** gedruckte Pfeil benennt die unmittelbare Forschungsfrage, den Effekt von Demokratiemustern auf die institutionelle Performanz.

Innerhalb der multi-variaten Zusammenhangsanalysen wird auch der Zusammenhang zwischen der *output*- und der *outcome*-Performanz untersucht (Hypothese IV, vgl. S.34). Bevor die Hypothesen VII bis IX im Einzelnen getestet werden, sollen zunächst Aussagen über den Zusammenhang von *communist legacies* und der wirtschaftlichen Entwicklung unmittelbar nach der Transition getroffen werden, weil zu vermuten ist, dass die Entstehung und Entwicklung marktwirtschaftlicher Systeme in der Phase der demokratischen Konsolidierung (1989/90 bis 1995) einen entscheidenden Einfluss auf die Leistungsprofile der mitteleuropäischen Länder hatten.

Tabelle 16 Index der Communist Legacies

Länder	Kommunistische Regimetypen (a)	Vorautoritäre Demokratieerfahrungen (b)	Form des Regimewechsels (c)	Index <i>communist legacies</i>
Bulgarien	2,0	2,0	2,0	6,0
Rumänien	2,0	2,0	2,0	6,0
Litauen	1,5	1,0	1,0	3,5
Lettland	1,5	0,5	1,0	3,0
Slowakei	1,5	0,0	1,5	3,0
Slowenien	1,0	2,0	0,0	3,0
Estland	1,5	0,0	1,0	2,5
Polen	0,5	1,0	1,0	2,5
Ungarn	1,0	0,0	0,5	1,5
Tschechien	0,0	0,0	0,0	0,0

*Anmerkungen:*

(a) 0 = bürokratisch-autoritärer Kommunismus; 1 = National-akkomodierter Kommunismus; 3 = patrimonialer Kommunismus; 0,5 und 1,5 = Mischtypen

(Quellen für die Klassifizierung der Länder; Dawisha/Parott 1997; Berglund/Aarebrot 1997; Kitschelt 1999).

(b) 0 = mehr als 20 Jahre demokratische Erfahrungen; 0,5 = 10-19 Jahre demokratische Erfahrungen; 1,0 = 5-9 Jahre demokratischer Erfahrungen; 1,5 = unter 5 Jahren demokratische Erfahrungen; 2,0 = keine vordemokratischen Erfahrungen. (Quelle für die Klassifizierung der Länder: Blondel/Müller-Rommel 2001).

(c) 0 = Kollaps der kommunistischen Parteibürokratie; 1 = ausgehandelte Transition; 2 = (Kommunistischer) parteielitenkontrollierter Regimewechsel (Quelle für die Klassifizierung der Länder: Merkel 1999).

(d) Je höher der Indexwert, umso stärker besteht eine kommunistische Legacy.

Zahlreiche Untersuchungen haben auf die besondere Bedeutung der *communist legacy* für die Entwicklung der Regierungspolitik in Mittelosteuropa hingewiesen (Ekiert/Hanson 2003; Kopstein 2003). Eine quantitative Definition von *communist legacies* wurde bislang jedoch noch nicht vorgenommen. Im Folgenden wird die *communist legacy* durch einen additiven Index gemessen, der sich zusammensetzt aus dem kommunistische Regimetypp, der vorautoritären Demokratieerfahrung und der Form des Regimewechsels für jedes einzelne Land (vgl. Tabelle 16). Der Index ist so kodiert, dass höhere Werte eine stärkere negative kommunistische *legacy* indizieren. Demnach weisen Bulgarien und Rumänien die stärkste kommunistische *legacy* auf, während die *communist legacy* in Tschechien und Ungarn am geringsten ist.

Die zu Beginn der 1990er Jahre ausgelöste wirtschaftliche Krise, wurde durch einen Index erfasst, der den Grad der wirtschaftlichen Rezession misst. Dieser Index wird als „Tal der Tränen“ beziehungsweise *valley of tears* (VOT) bezeichnet. Er bildet sich aus dem prozentualen Anteil des niedrigsten BIP der Jahre 1989-95 im Vergleich zum BIP 1989,

sowie der durchschnittlichen negativen Wachstumsrate während des Rückgangs des BIP und der Zeitspanne, in der das BIP das Niveau von 1989 wieder erreicht hat. Für den Index wird das arithmetische Mittel der z-standardisierten Werte der drei Indikatoren gebildet. Der Index ist so kodiert, dass höhere Werte eine positive Performanz kennzeichnen, das heißt: je höher der Wert des Index, desto weniger gravierend das Tal der Tränen und *vice versa*.

$$Index_{\text{Tal der Tränen}} = ([\text{Verhältnis des tiefsten BIP zum BIP 1989 in \%}] + [\text{durchschnittliche negative Wachstumsrate}] + [\text{Jahre ab 1989 bis Niveau des BIPs} > 1989 * -1]) / 3$$

In Tabelle 17 sind die Indikatoren und der Indexwert der einzelnen Länder zusammengefasst. Die Daten zeigen, dass die baltischen Länder Lettland und Litauen vom „Tal der Tränen“ am tiefsten betroffen waren. Auch Estland, ebenso wie Bulgarien und Rumänien, zählen zu jenen Ländern, in denen die anfängliche Rezession einen großen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik hatte. In Tschechien und Slowenien war das „Tal der Tränen“ am wenigsten ausgeprägt. Ähnlich positive Werte sind auch für Ungarn, Polen und Slowakei zu verzeichnen.

**Tabelle 17 Indikatoren der anfänglichen Rezession und Erholung im Vergleich**

Land	Anteil der niedrigsten BIP im Vergleich mit 1989, % (a)	Durchschnittliche negative Wachstumsrate des BIP (b)	Jahr in dem BIP > 1989 (c)	Indexwerte Tal der Tränen
Bulgarien	63,2	-7	2000	-0,39
Tschechien	84,6	-4	1994	0,98
Estland	60,8	-8	1997	-0,23
Ungarn	81,9	-5	1995	0,74
Lettland	51,0	-20	1999	-1,55
Litauen	53,3	-12	2001	-1,11
Polen	82,2	-9	1993	0,66
Rumänien	75,0	-8	2002	-0,36
Slowakei	75,0	-7	1996	0,31
Slowenien	82,0	-5	1993	0,94

*Quellen und Anmerkungen:*

(a) Gros/Steinherr 2004: 108

(b) EBRD 1999 und 2004, eigene Berechnungen

(c) World Bank 2006

Von besonderer Bedeutung ist auch, dass die *communist legacy* und die wirtschaftliche Krise in der anfänglichen Phase der Transformation signifikant miteinander korrelieren (.49). Dieses deutet darauf hin, dass Länder mit einer ausgeprägten kommunistischen Vergangenheit eine tiefere ökonomische Krise unmittelbar nach dem Systemzusammenbruch erfahren haben.

Um den Zusammenhang zwischen den historischen Variablen und den Demokratiemustern zu testen (Hypothese VII), werden ausschließlich die ersten drei Jahre nach der erfolgreichen

Konsolidierung (1995-1998) betrachtet.<sup>8</sup> Spätere Veränderungen in den Demokratiemustern können – so die These – nicht unmittelbar auf die kommunistische Vergangenheit oder auf die anfängliche wirtschaftliche Rezession zurückgeführt werden.

**Tabelle 18 Korrelation zwischen Demokratiemuster und den historischen Kontextvariablen**

		dim 1	dim 2	dim 3
Legacy	1995-1997	0.0640	-0.1391	-0.3964
	1998-2004	0.1096	-0.2114	0.1198
VOT	1995-1997	-0.1754	0.4338	0.1475
	1998-2004	-0.2189	0.5235*	-0.2991

*Anmerkung:*  
Signifikant auf dem .05 Niveau; N = 30 für 1995 bis 1997 und N = 70 für 1998 bis 2004.

Die Ergebnisse in Tabelle 18 verdeutlichen, dass kein starker Zusammenhang zwischen der elektoralen Entscheidungsebene (Dimension 1), die im Wesentlichen das Wahlsystem erfasst und den historischen Variablen besteht. Vergleichsweise schwache Zusammenhänge lassen sich für den Grad der anfänglichen ökonomischen Rezession und für die Vetopunkten in Dimension 2 finden. Hieraus folgt: Je weniger gravierend die Rezession, desto machtdispersiver war die legislative Entscheidungsebene. Dieser Zusammenhang ist über den gesamten Untersuchungszeitraum zu erkennen. Ein weiteres Ergebnis besagt, dass eine starke kommunistische *legacy* mit einer Machtkonzentration auf der Akteursebene (Dimension 3) einhergeht. Das bedeutet, dass alle Länder mit einer ausgeprägten kommunistischen Vergangenheit in den ersten Jahren auf dem Weg zur demokratischen Konsolidierung eher machtkonzentrierten Regierungen besaßen. Interessanterweise nimmt dieser Zusammenhang jedoch im Zeitverlauf ab, was darauf hindeutet, dass der Einfluss der *communist legacy* nachgelassen hat. Insgesamt bestätigen die Daten, dass die Hypothese VII falsifiziert werden muss. Ein starker Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen Demokratiedimensionen und der kommunistischen Vergangenheit eines Landes lässt sich nicht erkennen.

<sup>8</sup> Die Bestimmung der konsolidierten Phase erfolgte anhand zweier Kriterien. Erstens sollten alle Länder als institutionell konsolidierte Demokratien gelten. Zweitens sollten alle Länder auch politisch als konsolidiert gelten. Die Bestimmung, wann ein Land die Transitionsphase überwunden und die politische Konsolidierungsphase erreicht hat, ist eine empirische. Im Durchschnitt der MOE-Länder erreichte das BIP im Jahr 1995 wieder das Niveau von 1989. Ebenso waren die Spitzenwerte der Inflation in den meisten Ländern bis Mitte der 1990er Jahre überwunden. Auch im Fall von Arbeitslosigkeit wurde 1995 eine Trendwende erreicht und die Arbeitslosenquote nahm im Durchschnitt der MOE-Länder zum ersten Mal seit dem Beginn der Transformation ab. So kann im Groben die Zeit vor 1995 als die Transformationsphase und die Zeit nach 1995 als konsolidierte Phase gelten. Die Analysen des Zusammenhangs von Demokratiemustern und Performanz beziehen sich auf die konsolidierte Phase ab 1995, da erst ab diesem Zeitpunkt angenommen werden kann, dass sowohl die institutionellen Muster als auch die Staatstätigkeit weitestgehend konsolidiert gelten können, dass die Staatstätigkeit nicht mehr primär von transformationsbedingten Faktoren beeinflusst wird, und dass daher die Politikgestaltung im Sinne der zu formulierenden Hypothesen die Performanz beeinflussen kann.

In den folgenden Arbeitsschritten werden die Hypothesen VI bis IX unter Zuhilfenahme ähnlich strukturierter Regressionsmodellen getestet.<sup>9</sup> In jedes Modell wurden sämtliche politischen Systemvariablen aufgenommen, die in den drei unterschiedlichen Dimensionen enthalten sind (vgl. Kapitel 2). Dabei wurde jede Dimension im Modell einzeln aufgenommen (DIM1 = Wahlsysteme, DIM2 = Vetoinstitutionen, DIM3 = Akteurskonstellation). Darüber hinaus fand auch die politische Programmatik der Regierungspartei(en) auf der Links-Rechts-Achse (IDEOLOGY) Eingang in die Modellberechnungen. Ferner werden zwei Variablen einbezogen, die den historischen Kontext erfassen: zum einen die LEGACY, die aus der kommunistischen und der pre-kommunistischen Vergangenheit resultiert und zum anderen die historische Kontextvariable, die den wirtschaftlichen Zusammenbruch der ersten Jahre nach dem Systemumbruch erfasst.<sup>10</sup>

Weiterhin werden die internationalen Kontextvariablen in die Modellberechnungen aufgenommen. In diesem Zusammenhang ist die EU ein wichtiger Akteur. Um den Einfluss der EU auf die Leistungsbilanz der mittelosteuropäischen Länder zu berechnen, verwenden wir eine Variable, die den Handelsaustausch der mittelosteuropäischen Länder mit den westlichen EU-Ländern erfasst. Da alle mittelosteuropäischen Länder ab 2004 beziehungsweise ab 2007 zu den Mitgliedsländern der EU zählen, unterlagen sie einem starken Anpassungsdruck durch die EU, beispielsweise durch die Implementation des *acquis communautaire* (Schimmelfennig/Sedelmeier 2005). Da in der vorliegenden Studie kein Vergleich mit Ländern außerhalb der EU durchgeführt wurde, kann der Einfluss *der* EU auf die mittelosteuropäischen Länder kausal nicht erfasst werden. Von daher wird der Einfluss der EU auf unsere zehn Untersuchungsländer in den Berechnungen unterschätzt. Der Einfluss der EU *innerhalb* der EU-(Beitritts-)Länder wird über den Indikator „Handel mit den EU-Ländern“ (EU\_TRADE) gemessen.<sup>11</sup> In Ergänzung zu diesem Indikator werden zwei weitere Indikatoren in die Modelle aufgenommen, die den internationalen Einfluss erfassen: zum einen die allgemeine wirtschaftliche Offenheit der mittelosteuropäischen Länder (OPENNESS). Dieser Indikator erfasst die Handelsbeziehungen (Export und Import / Bruttoinlandsprodukt) der Länder und damit das Ausmaß, dem diese Länder im internationalen Wettbewerb

---

<sup>9</sup> Vom Standardmodell wurde manchmal abgerückt, wenn besondere Variablen von Bedeutung waren oder weil technische Überlegungen eine andere Modellierung nahelegten.

<sup>10</sup> Aus den Gründen der Multikollinearität mussten wir auf die Aufnahme des Bruttoinlandsprodukts in das Modell meistens verzichten.

<sup>11</sup> Wir haben hier auch mit anderen etablierten Indikatoren gearbeitet, wie die Entfernung von Brüssel (Fish 1998; Kopstein/Reilly 2000; Lane/Ersson 2003: 147-157) oder der nächstgelegenen westeuropäischen Hauptstadt (Kitschelt 2001). All diese Analysen kamen zu keinen deutlichen Ergebnissen. Außerdem ist ein solcher Index fragwürdig, weshalb wir den Indikator „Handel mit EU-Staaten“ benutzten.

ausgesetzt sind. Zum anderen werden Auslandsdirektinvestitionen (*Foreign Direct Investments*, FDI) erfasst, um die internationale Vernetzung zwischen den Ländern abzubilden. Während die Handelsbeziehungen jene Mechanismen erfassen, die durch den Wettbewerb mit anderen Ländern entstehen, drücken die Auslandsinvestitionen den Einfluss von ausländischen Initiativen auf die heimische Performanz aus.

Für alle Modelle, die *policy output* als abhängige Variable betrachten, wurden entsprechende Diffusionsindizes erstellt (DIF\_TIS für Marktreflexionen, DIF\_SOCE für Sozialausgaben und DIF\_ECOI für nationale Umweltinstitutionen), die den Einfluss anderer Länder durch die Interaktionsbeziehungen erfassen (Jahn 2006b, 2008; Beck u.a. 2006). Der Index wurde so gebildet, dass die abhängige Variable jeweils gewichtet durch die Handelsbeziehungen als unabhängige Variable in die Modelle eingeht. Hierzu wurden die Daten nicht nur zu den zehn mittelosteuropäischen Ländern erfasst, sondern auch zu den wichtigsten Handelspartnern außerhalb dieser Region, für die Daten verfügbar waren.<sup>12</sup>

Mit dieser Variable werden die internationalen Einflüsse nicht *funktional*, also als nationalstaatliche Reaktionen auf internationalen Einfluss beispielweise durch Wettbewerbsdruck, sondern *diffusional* modelliert. Mithin weist der Index auf den Einfluss des Vernetzungsgrades zwischen den EU, den OECD- und den osteuropäischen Nachbarländern hin.

Für alle *outcome*-Performanz-Modelle wurden die entsprechenden *policy*-Variablen berücksichtigt. Im Fall der Wirtschaftperformanz wurde der Index der marktwirtschaftlichen Reformen (TIS) herangezogen, der den Stand marktwirtschaftlicher Standards beschreibt. Im Fall der Sozialperformanz wurden die Sozialausgaben (SOCEX) als Proxi für sozialpolitische Maßnahmen verwendet. Für die Umweltpperformanz wurde der Grad der Institutionalisierung (ECO\_INST) von umweltpolitischen Maßnahmen in verschiedenen Bereichen berücksichtigt.

Für die einzelnen Politikfelder wurden schließlich noch spezifische Variablen aufgenommen, denen in bisherigen Analysen westlicher Provenienz ein besonderer Einfluss auf die abhängige Variable zugeschrieben wird. Hierzu zählen im Bereich „Soziales“ die

---

<sup>12</sup> Es war notwendig sowohl Daten der Handelsflüsse zu erheben (*Direction of Trade Statistics* des IMF), als auch zu den wirtschaftlichen Reformen (für die westlichen Länder wurde der höchste Wert benutzt), Sozialausgaben und Umweltinstitutionen. Länder für die dies möglich war sind Australien, China, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Island, Kanada, Kroatien, Mexiko, Moldawien, Niederlande, Norwegen, Portugal, Österreich, Russland, Schweden, Schweiz, Spanien, Südkorea, Ukraine, Großbritannien, USA und Weißrussland. Nicht alle diese Länder konnten für alle Modelle berücksichtigt werden.

Arbeitslosenrate (UNEMPLOY) sowie der Anteil an Rentnern (Anteil der Menschen über 65 Jahre, ELDERLY). Im Bereich „Umwelt“ wurden die durchschnittliche Wintertemperatur (CLI\_W) und internationale Umweltvereinbarungen (TREATIES) als erklärende Variablen zusätzlich aufgenommen.

Die multi-variaten Zusammenhangsanalysen zwischen den unabhängigen und abhängigen Variablen wurden in der Form und in der Durchführung über alle Performanzbereiche angeglichen, um Vergleiche zwischen den Analysen zu ermöglichen. Dabei unterscheiden sich die Modelle voneinander dahingehend, dass die abhängige Variable zum einen das Leistungsniveau und zum anderen die Leistungsveränderungen erfasst. Die Leistungsveränderungen werden in gleicher Weise anhand von *first difference*-Modellen untersucht. In solchen Modellen werden die jeweiligen Veränderungen von einem Jahr auf das nächste als abhängige Variable benutzt. Für die *first difference*-Modelle wurden ferner die Leistungsveränderung im Vorjahr und das Leistungsniveau (im Vorjahr) als unabhängige Variablen aufgenommen. Diese beiden Variablen erfassen die Abhängigkeit der Dynamik von zuvor durchgeführten Veränderungen und Leistungsniveaus.<sup>13</sup>

Bei allen multi-variaten Zusammenhangsanalysen handelt es sich um gepoolte Zeitreihenanalysen (*Time-Series—Cross Sectional Analysis*; TSCS). Als ökonometrisches Verfahren wird die Prais-Winsten Regression mit *panel corrected standard errors* (PCSE) und Kontrolle von Autokorrelation erster Ordnung angewendet (Garrett 1998; Huber/Stephens 2001; Swank 2002; Jahn 2006a,b).<sup>14</sup> Dabei wird darauf verzichtet, eine zeitversetzte abhängige Variable in das Modell aufzunehmen, wie dies von Beck und Katz (1995) vorgeschlagen wurde, weil diese zum einen inhaltlich nicht ohne Weiteres interpretierbar ist (Achen 2000) und zum anderen in Zusammenhang mit *Länderdummies* (*fixed effects*) zu ineffizienten Ergebnissen führt (Plümper u.a. 2005; Plümper/Troeger 2008). Um nichtberücksichtigte Einflussfaktoren in das Modell aufzunehmen und damit einen *omitted variable bias* zu vermeiden, wurden in jedes Modell *Länderdummies* aufgenommen.<sup>15</sup>

<sup>13</sup> Bei *first-difference* Modellen ist die Aufnahme einer zeitversetzten abhängigen Variable weniger problematisch als in Niveaumodellen, da der Zusammenhang nicht im gleichen Maße deterministisch ist und somit andere Variablen nicht unterdrückt bzw. deren Wirkung verfälscht wird.

<sup>14</sup> Diese Analyseform stellt momentan in der vergleichenden Aggregatdatenanalyse den Standard dar, auch wenn unterschiedliche Modellspezifikationen vorgeschlagen werden und einige Probleme mit dieser Analysetechnik bestehen. Als Überblick der Entwicklung dieser Analysetechnik siehe etwa: Beck/Katz 1995; Beck 2007; 2008; Wilson/Butler 2007; Plümper/Troeger 2008. Besonders kritisch setzen sich mit dieser Analysetechnik Kittel 1999; 2006; Kittel/Winner 2005 und Shalev 2006 auseinander.

<sup>15</sup> Wir haben jeweils F-Tests durchgeführt, ob die entsprechenden Verfahren für unsere Modelle notwendig sind. Die beschriebenen Verfahren waren durchweg notwendig. Wir haben auch die Aufnahme von *Jahresdummies*

Schließlich begegnen wir dem Problem, dass sich Korrelationen durch gemeinsame Trends ergeben („Nicht-Stationarität“), mit einer Trendvariable, in der die Jahre jeweils durchgezählt werden. Mit diesem einfachen Verfahren kann das Problem der „Nicht-Stationarität“ (*unit roots*) zumindest partiell gelöst werden (Wooldridge 2002; Thome 2005; Jahn 2006a: 391-392).

Die Angaben zu den unabhängigen Variablen werden grundsätzlich mit einer Verzögerung von einem Jahr in die Modelle aufgenommen. Wenngleich hiermit noch nicht die Anforderungen an eine genauere zeitliche Spezifizierung von politischen Prozessen berücksichtigt wird, wie dies erst kürzlich von Plümper u.a. (2005) eingefordert wurde, so soll dennoch eine gewisse Zeitverzögerung für die Wirkung der unabhängigen Variable berücksichtigt werden. Diese einfache Modellierung des Zeiteffekts stellt momentan den Standard in TSCS-Analysen dar. Hinzu kommt, dass ausdifferenziertere Analysen mit anderen Zeiteffekten nicht durchführbar waren, weil die vorliegenden Zeitreihen (1995/96 – 2003/04) für diese Art von Analysen zu kurz sind.

#### 4.1 Wirtschaftspersormanz

Die Modellberechnungen zur Wirtschaftspersormanz in Mittelosteuropa (Tabelle 19) zeigen, dass die *legacies* und die wirtschaftliche Rezession in allen Modellen einen bedeutenden Einfluss haben.<sup>16</sup> Länder, die eine wenig ausgeprägte kommunistische *legacy* und ein flaches „Tal der Tränen“ durchliefen, haben eine positivere Wirtschaftspersormanz. Ferner sind die Marktformen (TIS) in allen Modellen hochsignifikant ( $p = .001$ ). Dies deutet darauf hin, dass marktwirtschaftliche Reformen in der Tat zu einer effizienten Wirtschaftspersormanz führen. Die unterschiedlichen Demokratiedimensionen und internationalen Einflüsse haben keine erkennbaren Auswirkungen auf das Leistungsniveau der mittelosteuropäischen Länder im wirtschaftlichen Bereich. Dieses Bild verändert sich jedoch grundlegend, wenn nicht die

---

getestet. Die Aufnahme von *Jahresdummies* hat sich als nicht notwendig ergeben. Wir haben darüber hinaus weitere Modelle getestet. Etwa haben Bun und Kiviet (2001; siehe zur Anwendung auch Bruno 2004) ein Analysemodell für Panelanalysen mit kleiner Fallzahl vorgeschlagen. Diese Analysetechnik hat sich für unseren Datensatz als nicht geeignet erwiesen, da wir es einmal nicht mit Paneldaten zu tun haben. Zum anderen verlangt das Verfahren von Bun und Kiviet die Aufnahme einer zeitverzögerten abhängigen Variable, die wir aus genannten Gründen nicht benutzen möchten. Schließlich haben wir auch alle Modelle mit dem von Plümper und Troeger (2007) vorgeschlagenen Modell für sich wenig verändernde Variablen durchgeführt. Dabei hat sich eine Inflation der Signifikanz sämtlicher Variablen ergeben, weshalb wir auch von diesem Modell Abstand genommen haben.

<sup>16</sup> In Modell (1) hebt sich die Signifikanz von beiden Variablen auf, was vor allem die *Legacies* betrifft. Deshalb haben wir zwei Modelle berechnet, in die jeweils nur entweder die VOT (Modell 2) oder die *Legacies* (Modell 3) Variable eingeht.

Leistungsniveaus, sondern deren Veränderung im Vordergrund stehen (Modell 4). Alle politischen Variablen haben in diesem Modell einen signifikanten Einfluss auf die Performanz. Auch die wirtschaftliche Offenheit nimmt einen signifikanten Wert an. Allerdings zeigt sich, dass mehr Offenheit mit einer geringeren Steigerung der Wirtschaftperformanz in Verbindung steht. Das Ergebnis für die einzelnen Demokratiedimensionen ist im Bereich der Performanzsteigerung eindeutig: machtkonzentrierte Systeme sind erfolgreicher als machtdispersive. Weiterhin belegen die Koeffizienten, dass ideologisch rechts orientierte Regierungen eine vergleichsweise höhere Steigerung ihrer wirtschaftlichen Leistungsbilanz erreichen.

Basierend auf diesen Befunden stellt sich nunmehr die Frage, welche Faktoren einen Einfluss auf die Marktrefortätigkeit besitzen. Die Antwort auf diese Frage ist aus dem Modell 5 (Niveau der Marktreform) und dem Modell 6 (Veränderungen im Niveau der Marktrefortmen) zu entnehmen. Zunächst wird deutlich, dass die *legacies* immer noch einen negativen Einfluss ausüben. Ferner ist auffallend, dass die politischen Variablen nur einen geringen Einfluss besitzen. Für das Niveau der Refortmen scheinen politische Systeme mit wenigen Vetospielern (DIM2) allerdings einen positiven Einfluss auszuüben. Hinsichtlich der Veränderungen der Marktrefortmen stehen proportionale Wahlsysteme (DIM1) in einem positiven Zusammenhang. Schließlich haben erwartungsgemäß auch internationale Faktoren einen großen Einfluss auf das Niveau der Marktreform, was aus dem vergleichsweise hohen Diffusionskoeffizient ersichtlich ist (DIF\_TIS). Bei der Veränderung von Marktrefortmen zeigt sich hingegen die wirtschaftliche Offenheit als bremsender Faktor.

**Tabelle 19 Einflussfaktoren auf die Wirtschaftspersormanz in Mittelosteuropa**

	(1) F.econper	(2) F.econper	(3) F.econper	(4) FD.econper	(5) F.tis	(6) FD.tis
D.econper				0.155 (0.119)		
econper				-1.257*** (0.175)		
D.tis						-0.181+ (0.0968)
tis	3.592*** (0.807)	3.592*** (0.807)	3.592*** (0.807)	4.068*** (0.608)		-0.550*** (0.0938)
legacy	-0.0762 (0.232)		-3.380*** (0.898)	-4.215*** (0.701)	-0.103** (0.0378)	-0.0631* (0.0258)
vot	0.842** (0.256)	0.842** (0.256)		1.286*** (0.339)	0.0999* (0.0428)	0.0591+ (0.0330)
dim1	-0.155 (0.114)	-0.155 (0.114)	-0.155 (0.114)	-0.216+ (0.119)	0.0147 (0.0226)	0.0394*** (0.0113)
dim2	-0.420 (0.354)	-0.420 (0.354)	-0.420 (0.354)	-0.833+ (0.429)	-0.0995+ (0.0531)	-0.0261 (0.0367)
dim3	-0.0813 (0.0567)	-0.0813 (0.0567)	-0.0813 (0.0567)	-0.155* (0.0657)	-0.00349 (0.0112)	0.00806 (0.00855)
ideology	0.0275 (0.0228)	0.0275 (0.0228)	0.0275 (0.0228)	0.0478** (0.0160)	0.00664 (0.00446)	-0.00267 (0.00229)
openness	-0.00653 (0.00564)	-0.00653 (0.00564)	-0.00653 (0.00564)	-0.00950+ (0.00492)	-0.000417 (0.00104)	-0.00157* (0.000692)
fdi	-0.00389 (0.0132)	-0.00389 (0.0132)	-0.00389 (0.0132)	0.00575 (0.0114)	0.00161 (0.00275)	0.000313 (0.00145)
dif_tis					0.317*** (0.0878)	0.185 (0.174)
trend	-0.0751+ (0.0404)	-0.0751+ (0.0404)	-0.0751+ (0.0404)	-0.0365 (0.0415)	0.0447*** (0.00447)	0.0195** (0.00648)
N	84	84	84	74	90	80
R-sq	0.796	0.796	0.796	0.831	0.941	0.708

*Anmerkungen:*  
Standard errors in parentheses  
p<0.10; \* p<0.05; \*\* p<0.01; \*\*\*p<0.001

Insgesamt belegen die Modelle, dass alle Hypothesen bestätigt werden. Die unterschiedlichen Demokratiedimensionen („Demokratiemuster“) haben dabei vor allem einen Einfluss auf die Veränderung der *outcomes* im Wirtschaftsbereich und nur einen vergleichsweise schwachen Einfluss auf die Veränderung der *outputs*. Letztere wird vor allen durch die Diffusionsprozesse beeinflusst. Deutlich wird auch, dass die historischen Kontextfaktoren eine starke Prägestkraft auf die Performanz im Wirtschaftsbereich besitzen.

Das Veränderungsmodell belegt auch, dass jene Länder, die hohe marktwirtschaftliche Standards erreicht haben, weniger aktiv an der Einführung von weiteren Reformen beteiligt sind. Bei den Marktreformen scheint also ein Sättigungsgrad bei der Reformfreudigkeit eingetreten zu sein. Die Daten deuten auch daraufhin, dass ein *catch-up* Effekt von Ländern mit geringeren marktwirtschaftlichen Standards stattfindet. Die negative Korrelation mit der

zeitverzögerten abhängigen Variable in Modell 6 verdeutlicht ferner, dass der Prozess der Reformeinführungen nicht gleichmäßig verläuft, sondern durch ein „Auf“ und „Ab“ gekennzeichnet ist.

## 4.2 Soziale Performanz

Auch in Bezug auf die soziale Performanz wird deutlich, dass historische Kontextvariablen den Entwicklungspfad in den einzelnen Ländern vorbestimmen (Tabelle 20). Erwartungsgemäß trifft das insbesondere für die anfängliche Wirtschaftsrezession zu: je tiefer ein Land durch das „Tal der Tränen“ gehen musste, desto negativer stellt sich die Leistungsbilanz der sozialen *outcomes* dar. Ferner zeigt sich im Modell 1, dass auch Arbeitslosigkeit erwartungsgemäß in negativen Zusammenhang mit sozialen *outcomes* steht. Umfassenderes sozialpolitisches Engagement – auch wenn hier nur durch den hoch aggregierten Indikator Sozialausgaben gemessen – ist hingegen mit einer positiveren sozialen *outcome*-Performanz verbunden. Aktive Sozialpolitik bewirkt also trotz der negativen Effekte des Wirtschaftsumbruchs auch in den Ländern Mittel- und Osteuropas eine bessere soziale Lage.

Die Berechnungen im zweiten Modell der sozialen *outcome*-Performanz belegen ebenfalls, dass der Grad der anfänglichen Wirtschaftskrise sowie die Arbeitslosenrate einen deutlichen Einfluss hat auf die Veränderung der sozialpolitischen Performanz eines Landes hat. Die Variablen der zeitverzögerten abhängigen Variable und des Niveaus zeigen ferner, dass auch hier ein *catch up*-Prozess stattgefunden hat, der allerdings im Gegensatz zum Wirtschaftsbereich kontinuierlich verläuft.

Ähnlich wie im Wirtschaftsbereich hat auch im Sozialbereich die *output*-Variable – zumindest hinsichtlich der Niveaufwerte – einen erkennbaren Einfluss auf die *outcome*-Performanz. Deshalb ist es sinnvoll der Frage nachzugehen, welche Faktoren einen Einfluss auf die Sozialausgaben ausüben. Wenngleich auch hier die historischen Variablen von besonderer Bedeutung sind, so spielen auch die politischen und internationalen eine erkennbare Rolle. So führen machtkonzentrierende Akteurskonstellationen auf der dritten Demokratiedimension offenbar zu einer effizienten Sozialperformanz. Ebenso wichtig ist auch die Regierungsprogrammatik: Die Modellberechnung zeigt, dass stärker ideologisch rechtsorientierte Regierungen eine hohe Sozialperformanz aufweisen.

**Tabelle 20 Einflussfaktoren auf die Sozialperformanz in Mittel- und Osteuropa**

	(1) F.socper	(2) FD.socper	(3) F.socexp	(4) F.socexp	(5) FD.socexp	(6) FD.socexp
D.socper		0.164 (0.145)				
socper		-0.754*** (0.161)				
D.socexp					0.0773 (0.225)	0.0242 (0.197)
legacy	-0.890 (0.563)	0.0718 (0.476)	6.484+ (3.835)	-2.011 (1.636)	-1.269 (1.436)	-3.048* (1.427)
vot	0.620*** (0.131)	0.620** (0.206)	4.045* (1.607)	4.564* (1.866)	2.945 (1.845)	3.380+ (1.753)
socexp	0.0265* (0.0112)	0.0148 (0.0114)			-0.521* (0.231)	-0.440* (0.212)
unemploy	-0.0437*** (0.00896)	-0.0249** (0.00784)	0.127+ (0.0711)	0.127 (0.0772)	0.0888 (0.0718)	0.0956 (0.0741)
elderly	0.226+ (0.116)	0.0701 (0.109)	-0.271 (0.829)	0.193 (0.975)	0.278 (0.953)	0.470 (0.762)
dim1	-0.00937 (0.0720)	0.0255 (0.0635)	-2.094** (0.774)	-1.606* (0.795)	-0.994 (0.891)	-0.448 (0.832)
dim2	0.141 (0.125)	-0.0782 (0.118)	-2.312 (1.616)	-2.069 (2.064)	-1.573 (2.129)	-1.624 (2.018)
dim3	-0.0147 (0.0355)	-0.0390 (0.0367)	-0.743* (0.364)	-0.640+ (0.359)	-0.667** (0.229)	-0.808** (0.280)
ideology	-0.00163 (0.00672)	-0.00217 (0.00781)	0.166* (0.0651)	0.176* (0.0772)	0.172** (0.0665)	0.213*** (0.0648)
openness	-0.00296 (0.00241)	-0.00209 (0.00248)	-0.0219 (0.0153)	-0.0188 (0.0167)	-0.00200 (0.0161)	-0.00206 (0.0152)
fdi	0.0109 (0.00909)	0.00281 (0.00799)	0.193*** (0.0567)	0.157** (0.0555)	0.179** (0.0565)	0.114* (0.0505)
dif_soc			-0.0206 (0.117)	-0.242 (0.150)	-0.144 (0.129)	-0.340** (0.120)
D.dif_soc				0.319+ (0.169)		0.465** (0.160)
trend	0.0685* (0.0318)	0.0782* (0.0314)	0.502* (0.228)	0.673** (0.233)	0.220 (0.256)	0.452* (0.206)
_cons	0 (0)	0 (0)	0 (0)	28.65* (13.99)	12.06 (13.40)	21.34+ (10.97)

Anmerkungen:

Standard errors in parentheses

+ p<0.10; \* p<0.05; \*\* p<0.01; \*\*\* p<0.001

Auffällig ist auch der positive Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der ausländischen Direktinvestitionen und den Sozialausgaben. In diesem Zusammenhang zeigt sich, dass die wirtschaftliche Offenheit – im Gegensatz zu den Auslandsdirektinvestitionen - einen eher negativen (allerdings insignifikanten) Einfluss besitzt. Um Diffusionsprozesse zu ermitteln wurde in diesem Fall zwischen kurzfristigen und langfristigen Einflüssen unterschieden (siehe für eine solche Analyse Iversen/Cusack 2000). Dabei werden langfristige Effekte durch die Inklusion der Niveauewerte des Diffusionsindex als unabhängige Variable erfasst. Die

kurzfristigen Effekte werden dagegen durch die Veränderungsrate des Diffusionsindex (*first difference*) modelliert. Diese sind in den Modellen 4 und 6 gegenüber den Modellen 3 und 5, die diesen Unterschied ignorieren, kontrastierend berücksichtigt worden. Insbesondere die Werte in Modell 6 zeigen, dass ein signifikanter positiver Zusammenhang zwischen dem Diffusionslevel und den Veränderungen der Sozialausgaben besteht, aber ein signifikant negativer Zusammenhang zwischen beiden Veränderungsraten.

Insgesamt bestätigen diese empirischen Befunde die aufgestellten Hypothesen. Ebenso wie im Wirtschaftsbereich, ist auch im Sozialbereich ein Einfluss der Demokratiemustern und der internationalen Faktoren auf *output*-Variable zu erkennen. Diese wiederum hat, wie im Wirtschaftsbereich, einen signifikanten Einfluss auf die *outcomes* in den mittelosteuropäischen Ländern (Hypothese IV).

### 4.3 Umweltperformanz

Im Umweltbereich finden sich einige abweichende Ergebnisse zu jenen im Wirtschaft- und Sozialbereich (Tabelle 21). Zunächst einmal ist der Zusammenhang zwischen einer anfänglichen Wirtschaftskrise und der Umweltperformanz positiv. Dieses könnte bedeuten, dass durch die wirtschaftliche Rezession zu Beginn der 1990er Jahre ein positiver Effekt für die Umwelt eingetreten ist. Ein solcher Zusammenhang wird als *misery cleaning-up* bezeichnet (vgl. auch Jahn/Kuitto 2008). Politische Variablen spielen hingegen, im Vergleich zu den beiden anderen Bereichen, in Bezug auf die Umweltperformanz keine nennenswerte Rolle. Allerdings ist das Niveau der Umweltperformanz in Mittelosteuropa offenbar durch wirtschaftliche Faktoren determiniert. So ist das Bruttoinlandsprodukt beziehungsweise dessen Wachstum von besonderer Bedeutung für die Umweltperformanz: je höher die wirtschaftliche Wachstumsrate eines Land, desto positiver wirkt sich dies auf die Umweltperformanz aus. Internationale Faktoren haben ebenfalls einen Einfluss auf die *outcome*-Performanz. So zeigt sich, dass die wirtschaftliche Offenheit in einer negativen Beziehung zur Umweltperformanz steht. Die Auslandsinvestitionen stehen dagegen in einem positiven, wenngleich nicht signifikanten, Zusammenhang zur Umweltperformanz.

Die empirischen Befunde belegen ferner, dass die nationale Institutionalisierung der Umweltpolitik zwar keinen Einfluss auf das Niveau der *outcome*-Performanz, wohl aber einen signifikanten Einfluss auf deren Veränderung hat (Modell 2). Ähnlich wie bei den beiden

anderen Politikfeldern ist auch im Bereich der Outcome-Umweltperformanz ein *catch up*-Effekt durch die anderen Länder zu beobachten. Allerdings verläuft dieser nicht kontinuierlich.

**Tabelle 21 Einflussfaktoren auf die Umweltperformanz in Mitteleuropa**

	(1) F.ecolper	(2) FD.ecolper	(3) F.eco_inst	(4) FD.eco_inst
D.ecolper		-0.0184 (0.155)		
ecolper		-0.280*** (0.0683)		
D.eco_inst				-0.0367 (0.154)
eco_inst	0.0323 (0.0742)	0.121** (0.0439)		-0.598*** (0.156)
gdpp_ln			1.742*** (0.403)	1.969*** (0.597)
dif_ecoi			0.825* (0.359)	0.973* (0.387)
F.cli_w	0.0132 (0.00916)	0.0118 (0.00748)		
legacy	-0.620*** (0.0958)	-0.00734 (0.0875)		
vot	-0.267*** (0.0607)	-0.160** (0.0580)		
growth	0.0256** (0.00801)	0.0169** (0.00594)		
dim1	-0.0287 (0.0486)	-0.0340 (0.0330)	0.0271 (0.0978)	-0.0634 (0.0816)
dim2	-0.0780 (0.0789)	0.0879 (0.0777)	-0.605* (0.242)	-0.225 (0.317)
dim3	0.0576 (0.0353)	0.0366 (0.0233)	0.0721+ (0.0421)	0.103* (0.0524)
ideology	0.00951 (0.00791)	-0.00347 (0.00505)	0.00477 (0.0103)	-0.00718 (0.00943)
openess	-0.00687* (0.00314)	-0.00431* (0.00208)	0.00166 (0.00224)	0.00344 (0.00211)
fdi	0.0101 (0.00909)	0.00557 (0.00541)	0.0104 (0.00852)	0.0112 (0.00764)
treaties	0.00246 (0.0139)	-0.00943 (0.0100)	0.0101 (0.0161)	-0.00660 (0.0133)
trend	0.153*** (0.0269)	0.0353+ (0.0206)	-0.0514 (0.0603)	-0.146* (0.0727)
_cons	1.428* (0.661)	0.00646 (0.521)	-14.48** (4.563)	-19.34** (6.249)
N	80	70	90	80
R-sq	0.930	0.609	0.758	0.472

*Anmerkungen* Standard errors in parentheses  
+ p<0.10; \* p<0.05; \*\* p<0.01; \*\*\* p<0.001

Da die *output*-Variable einen signifikanten Einfluss auf die Veränderung der Umweltperformanz besitzt, entsteht die Frage, was die Institutionalisierung der Umweltpolitik im Einzelnen bewirkt. Dieser Frage wird anhand der Modelle 3 und 4 nachgegangen. Neben dem Reichtum einer Gesellschaft erklären vor allem die Akteurskonstellation und

Diffusionsprozesse den Einfluss der Institutionalisierung von Umweltpolitik: je machtdispersiver die Akteurskonstellation, desto mehr Umweltinstitutionen existieren in den mittelosteuropäischen Ländern und desto größer ist die politische Innovation im Umweltbereich.

Auch im Bereich der Umweltperformanz bestätigt sich der Zusammenhang zwischen *output* und sich verändernden *outcome* (Hypothese IV). Darüber hinaus besteht auch ein Zusammenhang zwischen den Demokratiedimensionen und der Umweltperformanz. Allerdings sind hier, im Gegensatz zu den beiden anderen Bereichen, die Vorzeichen verändert. Dies bedeutet, dass im Umweltbereich eher machtdispersive Vetoinstitutionen und Akteurskonstellationen sowie linke Regierungen eine positive Performanz hervorrufen.

#### 4.4 Gesamtperformanz

In das Modell der Gesamtperformanz auf der Ebene der *policy outcomes* fließen die folgenden Variablen ein: Die *legacy* und die anfängliche wirtschaftliche Krise (VOT) als Variablen des historischen Kontexts; die *output*-Variablen aus den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Umwelt; die drei Demokratiedimensionen; die programmatische Position der Regierung auf der Links/Rechts-Achse, sowie die internationalen Kontextvariablen (wirtschaftliche Offenheit und Auslandsdirektinvestitionen). Unter Einbezug dieser Variablen werden zwei Modelle berechnet: zum einen ein Modell, welches die Niveaufwerte der Gesamtperformanz erklärt und zum anderen ein Modell, welches dessen Wandel als abhängige Variable definiert hat (Tabelle 22). Die beiden Modelle zur Gesamtperformanz reflektieren die bislang dargestellten empirischen Befunde und stellen deshalb eine gute Zusammenfassung dar.

Insgesamt wird deutlich, dass historische Kontextvariablen einen Einfluss auf die Gesamtperformanz in den mittelosteuropäischen Ländern ausüben (Hypothese VII). Eine starke kommunistische *legacy* und eine gravierende wirtschaftliche Rezession zu Beginn der Transformation hat offenbar einen negativen Einfluss auf die Gesamtperformanz. Die Daten belegen ferner, dass vor allem marktwirtschaftliche, aber auch umweltpolitische Reformen notwendig sind, um zu einer hohen positiven Gesamtperformanz zu gelangen. Lediglich der Umfang sozialpolitischer Maßnahmen, der an dieser Stelle über die Sozialausgaben gemessen wurde, hat keinen signifikanten Einfluss auf die Gesamtperformanz. Es zeigt sich ferner, dass die wirtschaftliche Offenheit einen negativen Einfluss auf die Gesamtperformanz der

mittelosteuropäischen Länder hat. Diese Befunde sind sowohl für die Erklärung des Performanzniveaus als auch für dessen Veränderung gültig.

**Tabelle 22 Einflussfaktoren auf die Gesamtperformanz in Mitteleuropa**

	(1) F.totper	(2) FD.totper
D.totper		0.186+ (0.108)
totper		-1.016*** (0.122)
legacy	-2.465*** (0.324)	-2.591*** (0.344)
vot	0.495*** (0.115)	0.662*** (0.130)
tis	2.438*** (0.317)	2.494*** (0.295)
socexp	0.0108 (0.0135)	0.0119 (0.0131)
eco_inst	0.183* (0.0837)	0.219* (0.0991)
dim1	-0.0315 (0.0617)	-0.0262 (0.0564)
dim2	-0.115 (0.145)	-0.346* (0.149)
dim3	-0.0544 (0.0398)	-0.0849* (0.0412)
ideology	0.00742 (0.00960)	0.0114 (0.00701)
openness	-0.00846*** (0.00256)	-0.00790** (0.00255)
fdi	0.00220 (0.00864)	0.00408 (0.00848)
trend	-0.00626 (0.0211)	-0.00120 (0.0260)
_cons	0 (0)	0 (0)
N	80	70
R-sq	0.961	0.749

*Anmerkungen:*  
Standard errors in parentheses  
+ p<0.10, \* p<0.05, \*\* p<0.01, \*\*\*p<0.001

Die politischen Variablen üben hingegen keinen nennenswerten Einfluss auf das Performanzniveau aus. In dieser Hinsicht bestätigt sich Hypothese VIII, in der behauptet wird, dass der direkte Einfluss historischer Variablen jene von Demokratiemustern überdeckt. Betrachtet man jedoch die Veränderungen der Gesamtperformanz im Zeitverlauf, so ändert sich das Bild. Nunmehr haben politische Variablen durchaus einen signifikanten Einfluss auf die Leistungsbilanz von Regierungen. Vor allem die Vetoinstitutionen und die Akteurskonstellation sind wesentliche Erklärungsfaktoren für die Veränderung der Gesamtperformanz in den mittelosteuropäischen Ländern: je machtkonzentrierter die Demokratiedimensionen, desto positiver sind die Veränderungen der Gesamtperformanz. Die

programmatische Ausrichtung von Regierungen scheint ebenfalls ein erklärender Faktor für die Gesamtperformanz zu sein. Programmatisch rechts orientierte Regierungen haben einen positiven Einfluss auf die Veränderung der Gesamtperformanz.

## 5 Zusammenfassung

Insgesamt hat diese Untersuchung gezeigt, dass „reine“ Demokratiemuster (im Sinne von Mehrheits- oder Konsensaldemokratien, vgl. Lijphart 1999) in Mittelosteuropa nicht existieren. Vielmehr wurde empirisch belegt, dass die Demokratiemuster dimensional identifiziert werden müssen. Dabei hat sich einerseits gezeigt, dass in Mittelosteuropa von wenigen Ausnahmen abgesehen kombinierte Demokratiemuster vorliegen. Andererseits wurde deutlich, dass die drei vorgeschlagenen Demokratiedimensionen statistisch tatsächlich eigenständig sind und mithin unterschiedliche Dinge messen. Somit kann bestätigt werden, dass sich die politischen Systeme in Mittelosteuropa untereinander bezüglich ihrer Demokratiemuster deutlich unterscheiden (Hypothese I).

Ferner hat die Untersuchung auch gezeigt, dass in Mittelosteuropa unterschiedliche Performanzmuster bestehen (Hypothese II). Hinsichtlich der *output*-Performanz sind klare Muster zu erkennen. Manche Länder haben stärkere Sozial- und Umweltreformen initiiert, manchmal sogar auf Kosten von Wirtschaftsreformen. Andere Ländern haben die Einführung von Wirtschaftsreformen favorisiert und Sozial- und Umweltpolitik eher vernachlässigt. Es lassen sich also *kinder and gentler democracies* identifizieren, die sich gegenüber reinen Wirtschaftsreformern abgrenzen (Hypothese V).

Das Gleiche gilt für die *outcome*-Performanz (Hypothese III). Jene Länder, die bereits in den Analysen zur *output*-Performanz zu den *kinder and gentler democracies* zählen, sind auch bei der *outcome*-Performanz vertreten. Hierzu zählen vor allem Slowenien und die Tschechische Republik. Zu den liberal-marktwirtschaftlich orientierten Demokratien zählen hingegen in erster Linie Estland und auch Lettland.

Die empirischen Befunde belegen ferner, dass in allen Politikbereichen ein Zusammenhang zwischen den *output*- und den *outcome*-Variablen besteht (Hypothese IV). Dieser Einfluss ist im Wirtschafts- und Umweltbereich zudem stärker im Hinblick auf die Veränderung der *outcome*-Variablen als auf die Erklärung der Niveauewerte.

Der Zusammenhang zwischen Demokratiemuster und Leistungsbilanz (Hypothese VI) ist vor allem hinsichtlich der *output*-Performanz und der Veränderung der Performanz zu erkennen. Mit Ausnahme des umweltpolitischen Bereichs sind machtkonzentrierende Demokratien den machtdispersiven überlegen. In Bezug auf die programmatische Ausrichtung von Regierungen ist festzustellen, dass rechte Regierungen eine effizientere Performanz in den Bereichen Wirtschaft und Soziales aufweisen und linke Regierungen im Bereich der Umweltpolitik die besseren Performanzwerte erzielen.

Historische Faktoren haben nur einen sehr begrenzten Einfluss auf die Demokratiemuster in Mitteleuropa, sodass sich die Eingangs formulierte Hypothese VII auf der Basis der vorliegenden Daten nicht bestätigen lässt. Allerdings üben historische Kontextfaktoren einen starken Einfluss auf die Leistungsbilanz in den mitteleuropäischen Ländern aus (Hypothese VIII). Dabei beeinflusst das wirtschaftliche „Tal der Tränen“ die Performanz stärker als die kommunistischen *legacies*. Das trifft für alle Bereiche sowohl in der *output*- als auch die *outcome*-Performanz zu.

Schließlich üben internationale Faktoren einen nicht zu vernachlässigenden Einfluss auf die Leistungsbilanz der mitteleuropäischen Länder aus (Hypothese IX). Dabei überrascht, dass sich die wirtschaftliche Offenheit eines Landes eher negativ auf die Performanz auswirkt und dass die Intensität der Handelsbeziehungen mit der EU weniger stark erklärt. Wahrscheinlich wirkt der Einfluss der EU relativ gleichmäßig auf alle mitteleuropäischen Länder, so dass diesbezüglich keine Varianz festzustellen ist. Es ist jedoch zu vermuten, dass der Einfluss der EU auch in den Diffusionsindex eingeht, der in allen drei Politikbereichen hinsichtlich der *output*-Performanz vergleichsweise hoch ausfällt. Dieser Befund legt die grundlegende Schlussfolgerung nahe, dass die Leistungsbilanz der mitteleuropäischen Länder vor allem von politischen Reformen und nationalstaatlichen Institutionen bestimmt wird. Letztere werden jedoch im hohen Maße von internationalen Diffusionsprozessen (Globalisierung) und weniger stark (wie ursprünglich angenommen) von den Demokratiemustern eines Landes beeinflusst.

## Literaturverzeichnis

- Achen, Christopher H.** (2000): Why Lagged Dependent Variables Can Suppress the Explanatory Power of Other Independent Variables. Paper presented at the Annual Meeting of the Political Methodology Section of the American Political Science Association, Los Angeles, July 2000.
- Allan, James P. / Scruggs, Lyle A.** (2004): Political Partnership and Welfare State Reform in Advanced Industrial Societies, in: *American Journal of Political Science*, 48 (3) 496-512.
- Almond, Gabriel A. / Powell, G. Bingham Jr.** (1978): *Comparative Politics: System, Process and Policy*. 2. Auflage, Boston, MA: Little, Brown and Co.
- Andonova, Liliana / Mansfield, Edward D. / Milner, Helen V.** (2007): International Trade and Environmental Policy in the Postcommunist World, in: *Comparative Political Studies*, 40 (7) 782-807.
- Armingeon, Klaus** (2002): The Effects of Negotiation Democracy: A Comparative Analysis, in: *European Journal of Political Research*; 41 (1), 81-105.
- Backhaus, Klaus, Bernd Erichson, Wulff Plinke, Rolf Weiber** (2000): *Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung*, 9. überarbeitete und erweiterte Auflage, Berlin: Springer
- Beck, Nathaniel / Katz, Jonathan N.** (1995): What to Do (and Not to Do) with Time-Series–Cross-Section Data, in: *American Political Science Review*, 89 (3) 634-647.
- Beck, Nathaniel / Gleditsch, Kristian S. / Beardsley, Kyle C.** (2006): Space is More than Geography: Using Spatial Econometrics in the Study of Political Economy, in: *International Studies Quarterly*, 50 (1) 27-44.
- Beichelt, Timm** (2001): *Demokratische Konsolidierung im post-sozialistischen Osteuropa. Die Rolle der politischen Institutionen*. Opladen: Leske + Budrich.
- Benoit, Kenneth / Laver, Michael** (2006): *Party Policy in Modern Democracies*. London: Routledge.
- Berglund, Sten / Hellén, Tomas / Aarebrot, Frank H.** (2001): *The Handbook of Political Change in Eastern Europe*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Binder, Manfred, mit einem Beitrag von Per-Olof Busch** (2002): *Umweltpolitische Basisinnovationen im Industrieländervergleich. Ein graphisch-statistischer Überblick*. FFU-Report 06-2002. Berlin: Freie Universität Berlin/ Forschungsstelle für Umweltpolitik.
- Birch, Sarah** (2003): *Electoral Systems and Political Transformation in Post-communist Europe*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Birch, Sarah / Millard, Frances / Popescu, Marina / Williams, Kieran** (2002): *Embodying Democracy. Electoral System Design in Post-Communist Europe*. Oxford: Oxford University Press.
- Birchfeld, Vicki / Crepaz, Markus M. L.** (1998): The Impact of Constitutional Structures and Collective and Competitive Veto Points on Income Inequality in Industrialized Democracies, in: *European Journal of Political Research* 34 (2), 175-200.
- Blondel, Jean / Müller-Rommel, Ferdinand** (Hrsg.) (2001): *Cabinets in Eastern Europe*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Blondel, Jean / Müller-Rommel, Ferdinand / Malová, Darina** (2007): *Governing New European Democracies*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Bogaards, Matthijs** (2000): The Uneasy Relationship Between Empirical and Normative Types in Consociational Theory, in: *Journal of Theoretical Politics* 12 (4), 395-423.
- Bok, Derek** (1996): *The State of the Nation: Government and the Quest for a Better Society*. Cambridge, M.A.: Harvard University Press.

- Bohle, Dorothee / Greskovits, Béla** (2007): Neoliberalism, Embedded Neoliberalism and Neocorporatism: Toward Transnational Capitalism in Central-Eastern Europe, in: *West European Politics*, 30 (3) 443-466.
- Breitmeier, Helmut / Young, Oran R. / Zürn, Michael** (2006): *Analyzing International Environmental Regimes: From Case Study to Database*. Cambridge: The MIT Press.
- BRI** (2008): Bertelsmann Reform Index (in Vorbereitung), <http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F14-E0EBC9BE/bst/hs.xsl/53519.htm>
- Bruno, Giovanni S.F.** (2004): Estimation and Inference in Dynamic Unbalanced Panel Data Models with a Small Number of Individuals. CESPRI Working Paper No. 165. <ftp://ftp.unibocconi.it/pub/RePEc/cri/papers/WP165Bruno.pdf>
- Bun, Maurice J.G. / Kiviet, Jan F.** (2001): The Accuracy of Inference in Small Samples of Dynamic Panel Data Models. Tinbergen Institute Discussion Paper TI 2001-006/4. Amsterdam: Tinbergen Institute.
- Burgoon, Brian** (2001): Globalization and Welfare Compensation: Disentangling the Ties that Bind, in: *International Organization*, 55 (3) 509-551.
- Busch, Per-Olof/Jörgens, Helge** (2005): Globale Ausbreitungsmuster umweltpolitischer Innovationen. FFU-report 02-2005.
- Carter, F.W. / Turnock, David** (ed.) (2002): *Environmental Problems of East Central Europe*. London/New York: Routledge.
- Castles, Francis G.** (2002): Developing New Measures of Welfare State Change and Reform, in: *European Journal of Political Research*, 41 (5) 613-641.
- Castles, Francis G.** (2004): *The Future of the Welfare State. Crisis Myths and Crisis Realities*. Oxford: Oxford University Press.
- Cerami, Alfio** (2006): *Social Policy in Central and Eastern Europe. The Emergence of a New European Welfare Regime*. Berlin: LIT-Verlag.
- Deacon, Bob / Hulse Michelle** (1997): The Making of Post-Communist Social Policy. The Role of International Agencies, in: *Journal of Social Policy*, Vol. 26, No. 1, 43-62.
- Delhey, Jan** (2001): Osteuropa zwischen Marx und Markt. Soziale Ungleichheit und soziales Bewusstsein nach dem Kommunismus. Hamburg: Krämer Verlag.
- EBRD** (1999): *Transition Report 1999*. London: European Bank for Reconstruction and Development.
- EBRD** (2000): *Transition Report 2000*. London: European Bank for Reconstruction and Development.
- EBRD** (2004): *Transition Report 2004*. London: European Bank for Reconstruction and Development.
- Eckstein, Harry** (1971): *The Evaluation of Political Performance: Problems and Dimensions*. Beverly Hills, CA: Sage.
- Ekiert, Grzegorz / Hanson, Stephen** (eds.) (2003): *Capitalism and Democracy in Central Eastern Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Esping-Andersen, Gösta** (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Eurostat**: Eurostat Database. [http://epp.eurostat.cec.eu.int/portal/page?\\_pageid=1090,1&\\_dad=portal&\\_schema=PORTAL](http://epp.eurostat.cec.eu.int/portal/page?_pageid=1090,1&_dad=portal&_schema=PORTAL).
- FAOstat**: FAOSTAT Database of the Food and Agricultural Organization of the United Nations, <http://faostat.fao.org>.
- Filippov, Mikhail / Ordeshook, Peter / Shvetsova, Olga** (1999): Party Fragmentation and Presidential Elections in Post-Communist Democracies, in: *Constitutional Political Economy* 10 (1), 3-26.
- Fish, M. Steven** (1998): The Determinants of Economic Reform in the Post-Communist World, in: *East European Politics and Societies*, 12 (1) 31-78.

- Franzese, Robert J. Jr.** (2002): *Macroeconomic Policies of Developed Democracies*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Frye, Timothy** (2002): *The Perils of Polarization. Economic Performance in the Postcommunist World*, in: *World Politics*, 54 (4) 308-337.
- Fuchs, Dieter** (2000): *Typen und Indizes demokratischer Regime. Eine Analyse des Präsidentialismus- und des Veto-Spieler-Ansatzes*, in: Lauth, Hans-Joachim / Pickel, Gerd / Welzel, Christian (Hrsg.): *Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 27-48.
- Ganghof, Steffen** (2005): *Normative Modelle, institutionelle Typen und beobachtbare Verhaltensmuster: Ein Vorschlag zum Vergleich parlamentarischer Demokratien*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 46 (3), 406-431.
- Ganghof, Steffen / Bräuninger, Thomas** (2003): *Government Status and Legislative Behaviour: Partisan Veto Players in Australia, Denmark, Finland and Germany*, in: *Party Politics* 12 (4), 521-540.
- Garrett, Geoffrey** (1998): *Partisan Politics in the Global Economy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Götting, Ulrike** (1998): *Transformation der Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa. Eine Zwischenbilanz*. Opladen: Leske und Budrich.
- Gros, Daniel / Steinherr, Alfred** (2004): *Economic Transition in Central and Eastern Europe. Planting the Seeds*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Grotz, Florian** (2000): *Politische Institutionen und post-sozialistische Parteiensysteme in Ostmitteleuropa. Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei im Vergleich*. Opladen: Leske + Budrich.
- Gurr, Ted Robert / McClelland, Muriel** (1971): *Political Performance. A Twelve-Nation Study*. Beverly Hills, CA: Sage.
- Haggard, Stephan / Kaufman, Robert R.** (2001): *Introduction*, in: Kornai, János, Stephan Haggard and Robert R. Kaufman (ed.) 2001. *Reforming the State. Fiscal and Welfare Reform in Post-Socialist Countries*. Cambridge: Cambridge University Press. 1-22.
- Harfst, Philipp** (2007): *Wahlsystemwandel in Mittelosteuropa: Strategisches Design einer Politischen Institution*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Huber, Evelyne / Stephens, John D.** (2001): *Welfare State and Production Regimes in the Era of Retrenchment*, in: Pierson, Paul (Hg.). *The New Politics of the Welfare State*. Oxford: Oxford University Press. 107-145.
- IMF** (2006): *Government Finance Statistics CD-ROM*. September 2006. Washington D.C.: International Monetary Fund.
- Iversen, Torben / Cusack, Thomas R.** (2000): *The Causes of Welfare State Expansion: Deindustrialization or Globalization?*, in: *World Politics*, 52, (3) 313-349.
- ISO** (2007): *The ISO Survey – 2006*. (<http://www.iso.org/iso/pressrelease.htm?refid=Ref1089>; 4. Dezember 2007)
- ISO** (2006): *The ISO Survey – 2005*. (<http://www.iso.org/iso/survey2005.pdf>; 4. Dezember 2007).
- ISO** (2001): *The ISO Survey of ISO 9000 and ISO 14000 Certificates Tenth cycle: up to and including 31 December 2000*. (<http://www.iso.org/iso/survey10thcycle.pdf>; 4. Dezember 2007).
- Jagers, Keith/Gurr, Ted Robert** (1995): *Tracking Democracy's Third Wave with the Polity III Data*, in: *Journal of Peace Research* 32 (4) 469-482.
- Jahn, Detlef** (1998): *Environmental Performance and Policy Regimes: Explaining Variations in 18 OECD-Countries*, in: *Policy Sciences*, 31 (2) 107-131.
- Jahn Detlef** (2003): *Environmental Pollution and Economic Performance in Eastern and Western Europe: Parallels and Differences*, Conference Paper, ECPR Joint Session of Workshops 2003, University of Edinburgh.

- Jahn, Detlef** (2006a): Einführung in die Vergleichende Politikwissenschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jahn, Detlef** (2006b): Globalization as "Galton's Problem". The Missing Link in the Analysis of the Diffusion Patterns in Welfare State Development, in: *International Organization* 60 (2) 401-431.
- Jahn, Detlef** (2008): Globalisierung als Galtons Problem: Regionale und temporale Diffusionsschübe, in: Pickel, Susanne / Pickel, Gert / Lauth, Hans-Joachim / Jahn, Detlef (Hrsg.). *Neue Entwicklungen auf dem Gebiet der Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaften*. Wiesbaden: VS Verlag (i.E.)
- Jahn, Detlef zusammen mit Kati Kuitto** (2008): Environmental Pollution and Economic Performance in the Baltic Sea Region, in: Joas, Marko, Detlef Jahn and Kristine Kern (ed.). *Governing the Common Sea – Environmental Policies in the Baltic Sea Region*. London: Earthscan (i.E.)
- Johannsen, Lars** (2000): Institutionelles Design und Demokratiegrad, in: Deth, Jan W. van (Hrsg.): *Europäische Politikwissenschaft: Ein Blick in die Werkstatt*. Frankfurt / M.: Campus, 171-195.
- Kaiser, André** (1997): Types of Democracy. From Classical to New Institutionalism, in: *Journal of Theoretical Politics*, 9 (4) 419-444.
- Kaiser, André** (1998): Vetopunkte in der Demokratie. Eine Kritik neuerer Ansätze der Demokratietypologie und ein Alternativvorschlag, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 29 (3) 525-541.
- Kapstein, Ethan / Mandelbaum, Michael** (ed.) (1997): *Sustaining the Transition: The Social Safety Net in Post-Communist Europe*. New York: Council on Foreign Relations Press.
- Kopstein, Jeffrey S. / Reilly, David A.** (2000): Geographic Diffusion and the Transformation of the Postcommunist World, in: *World Politics*, 53 (1) 1-37.
- Kopstein, Jeffrey S.** (2003): Postcommunist Democracy: Legacies and Outcomes, in: *Comparative Politics*, 331-350.
- Keman, Hans** (ed.) (2002): *Comparative Democratic Politics*. London: SAGE
- Kitschelt, Herbert** (2001): Post-Communist Economic Reform. Causal Mechanisms and Concomitant Properties. Paper prepared for presentation at the 2001 Annual Meeting of the American Political Science Association, San Francisco, August 29-September 2 2001.
- Kitschelt, Herbert / Mansfeldová, Zdenka / Markowski, Radoslaw / Tóka, Gábor** (1999): *Post-Communist Party Systems. Competition, Representation, and Inter-Party Cooperation*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kittel, Bernhard** (1999): Sense and Sensitivity in Pooled Analysis of Political Data, in: *European Journal of Political Research*, 35 (2) 225-253.
- Kittel, Bernhard** (2006): A Crazy Methodology? On the Limits of Macro-Quantitative Social Science Research, in: *International Sociology*, 21 (5) 647-677.
- Kittel, Bernhard/ Winner, Hannes** (2005): How Reliable is Pooled Analysis in Political Economy? The Globalization-Welfare State Nexus Revisited, in: *European Journal of Political Research*, 44 (1) 269-293.
- Korpi, Walter / Palme, Joakim** (2003): New Politics and Class Politics in the Context of Austerity and Globalization: Welfare State Regress in 18 Countries 1975-1995, in: *American Political Science Review*, 97 (3) 425-446.
- Kovács, János Mátyás** (2000): *Approaching the EU and Reaching the US? Transforming Welfare Regimes in East-Central Europe*. EUI Working Paper RSC No. 2000/50. Florence: European University Institute.
- Krupavicius, Algis** (2001): Party Systems in Central East Europe: Dimension of System Stability, in: Berg-Schlosser, Dirk / Vetik, Raivo (Hrsg.): *Perspectives on Democratic*

- Consolidation in Central and Eastern Europe. New York: Columbia University Press, 142-165.
- Laakso, Markku / Taagepera, Rein** (1979): 'Effective' Number of Parties. A Measure with Application to West Europe, in: *Comparative Political Studies* 12 (1), 2-27.
- Lane, Jan-Erik / Ersson, Svante O.** (2003): *Democracy: A Comparative Approach*. London: Routledge.
- Lewis, Paul G.** (2001): *Political Parties in Post-Communist Eastern Europe*. London / New York: Routledge.
- Lijphart, Arend** (1977): *Democracy in Plural Societies: A Comparative Exploration*. New Haven: Yale University Press.
- Lijphart, Arend** (1984): *Democracies. Patterns of Majoritarian and Consensus Government in Twenty-One Countries*. New Haven: Yale University Press.
- Lijphart, Arend** (1992): Democratization and Constitutional Choices in Czecho-Slovakia, Hungary and Poland, in: *Journal of Theoretical Politics*, 4 (2) 207-223.
- Lijphart, Arend** (1999): *Patterns of Democracy: Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*. New Haven / London: Yale University Press.
- Lijphart, Arend** (2000): Definitions, Evidence, and Policy: A Response to Matthijs Bogaards' Critique, in: *Journal of Theoretical Politics* 12 (4) 425-431.
- Lijphart, Arend** (1994): *Electoral Systems and Party Systems*. Oxford: Oxford University Press.
- Linz, Juan J.** (Hrsg.) (1994): *The Failure of Presidential Democracy. Comparative Perspectives*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Linz, Juan J. / Stepan, Alfred** (1996): *Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America and Postcommunist Europe*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Mainwaring, Scott / Scully, Timothy R.** (Hrsg.) (1995): *Building Democratic Institutions: Party Systems in Latin America*. Stanford: Stanford University Press.
- Manning, Nick** (2004): Diversity and Change in Pre-Accession Central and Eastern Europe since 1989, in: *Journal of European Social Policy*, 14 (3) 211-232.
- Merkel, Wolfgang** (2007): Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa in: *Politische Vierteljahresschrift*, 48 (3) 413-433.
- Meyer, Holger** (2005): *Umweltpolitik in Mitteleuropa. Erklärungsmuster zur Umweltperformanz im Kontext der EU-Osterweiterung*. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- Müller-Rommel, Ferdinand** (2005): Parteienwettbewerb in mitteleuropäischen Demokratien: Zum Zusammenhang von Strukturen der Regierungsbildung und Stabilität von Parteiensystemen, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, (3) 666-679.
- Müller-Rommel, Ferdinand** (2008): Demokratiemuster und Leistungsbilanz von Regierungen: Kritische Anmerkungen zu Arend Lijphart's „Patterns of Democracy“, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 1 (2) (im Erscheinen)
- Nagel, Jack H.** (2000): Expanding the Spectrum of Democracies: Reflections on Proportional Representation in New Zealand, in: Crepaz, Markus M. L. / Koelble, Thomas A. / Wilsford, David (Hrsg.): *Democracy and Institutions: The Life Work of Arend Lijphart*. Ann Arbor: University of Michigan Press, 113-125.
- Nohlen, Dieter / Kasapovic, Mirjana** (1996): *Wahlssysteme und Systemwechsel in Osteuropa: Genese, Auswirkungen und Reform politischer Institutionen*. Opladen: Leske + Budrich.
- Olson, Mancur** (1982): *The Rise and Decline of Nations: Economic Growth, Stagflation, and Social Rigidities*. New Haven: Yale University Press.

- Peters, B. Guy** (1996): Political Institutions – Old and New, in: Goodin, Robert E. / Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): A New Handbook of Political Science. Oxford: Oxford University Press, 205-220.
- Plümper, Thomas / Troeger, Vera / Manow, Philip** (2005): Panel Data Analysis in Comparative Politics: Linking Method to Theory, in: European Journal of Political Research, 44 (2) 327-354.
- Plümper, Thomas and Vera E. Troeger** (2007): Efficient Estimation of Time-Invariant and Rarely Changing Variables in Finite Sample Panel Analyses with Unit Fixed Effects, in: Political Analysis, 15 (2) 124-139.
- Plümper, Thomas/ Troeger, Vera E.** (2008): Fortschritte in der Paneldaten-Analyse: Alternativen zum de facto Beck-Katz Standard, in: Pickel, Susanne / Pickel, Gert / Lauth, Hans-Joachim / Jahn, Detlef (Hrsg.). Neue Entwicklungen auf dem Gebiet der Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaften. Wiesbaden: VS Verlag (i.E.)
- Popov, Vladimir** (2007): Shock Therapy versus Gradualism Reconsidered: Lessons from Transition Economies after 15 Years of Reforms, in: Comparative Economic Studies, 49 1-31.
- Powell, G. Bingham** (1982): Contemporary Democracies: Participation, Stability, and Violence. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Rae, Douglas W.** (1971 [1967]): The Political Consequences of Electoral Laws, Revised. Auflage. New Haven: Yale University Press.
- Roggemann, Herwig** (1999): Die Verfassungen Mittel- und Osteuropas: Einführung und Verfassungstexte mit Übersichten und Schaubildern. Berlin: Berlin Verlag Spitz.
- Roller, Edeltraud** (2005): The Performance of Democracies. Political Institutions and Public Policy. Oxford: Oxford University Press.
- Rothstein, Bo** (1996): Political Institutions. An Overview, in: Goodin, Robert E. / Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): A New Handbook of Political Science. Oxford: Oxford University Press, 133-166.
- Rüb, Friedbert W.** (2001): Schach dem Parlament! Regierungssysteme und Staatspräsidenten in den Demokratisierungsprozessen Osteuropas. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Scharpf, Fritz W.** (2000): Interaktionsformen: akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung. Opladen: Leske + Budrich.
- Schiller, Theo** (2002): Direktdemokratie - eine Einführung. Frankfurt / M.: Campus.
- Schimmelpfennig, Frank / Sedelmeier, Ulrich (Hg.)** (2005): The Europeanization of Central and Eastern Europe. Ithaca/London: Cornell University Press.
- Schmidt, Manfred G.** (1998): Das politische Leistungsprofil der Demokratien, in: Greven, Michael Thomas (ed.) 1998. Demokratie – eine Kultur des Westens? 20. Wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag, 181-200.
- Schmidt, Manfred G.** (2000): Demokratietheorien. Eine Einführung, 3. Auflage. Opladen: Leske + Budrich.
- Schmidt, Manfred G.** (2002): Political Performance and Types of Democracy: Findings from Comparative Studies, in: European Journal of Political Research 41 (1), 147-163.
- Scruggs, Lyle** (2003): Sustaining Abundance. Environmental Performance in Industrial Democracies. Cambridge: Cambridge University Press.
- Shalev, Michael** (2007): Limits and Alternatives to Multiple Regression in Comparative Research, in: Comparative Social Research 24. 261-308.
- Standing, Guy** (1996): Social Protection in Central and Eastern Europe. A Tale of Slipping Anchors and Torn Safety Nets, in: Esping-Andersen, Gösta (ed.) 1996. Welfare States in Transition. National adaptations in Global Economies. London et al.: Sage. 225-255.

- Swank, Duane** (2002): *Global Capital, Political Institutions, and Policy Change in Developed Welfare States*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Taagepera, Rein** (1998): Effective Magnitude and Effective Threshold, in: *Electoral Studies* 17 (4) 393-404.
- Taras, Raymond** (1997): *Postcommunist Presidents*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Thiebaut, Bernhard** (1996): *Präsidentialismus und Demokratie in Lateinamerika*. Opladen: Leske + Budrich.
- Thome, Helmut** (2005): *Zeitreihenanalyse. Eine Einführung für Sozialwissenschaftler und Historiker*. München: Oldenbourg.
- Tsebelis, George** (2002): *Veto Players. How Political Institutions Work*. Princeton: Princeton University Press.
- TransMONEE** (2007): *TransMONEE Database*, <http://www.unicef-irc.org/databases/transmonee/>
- Wilson, Sven E./ Butler, Daniel M.** (2007): A Lot More to Do. The Sensitivity of Time-Series Cross-Section Analysis to Simple Alternative Specification, in: *Political Analysis* 15 1001-123.
- Woldendorp, Jaap / Keman, Hans / Budge, Ian** (1993): Party Government in 20 Democracies, in: *European Journal of Political Research* 24 (1) - Special Issue 'Political Data 1945-1990'.
- Wooldridge, Jeffrey M.** (2002): *Econometric Analysis of Cross Section and Panel Data*. Cambridge, MA: MIT Press.
- World Bank** (2006): *World Development Indicators CD-ROM*. Washington D.C.: World Bank.

**Anhang A****Tabelle A.1** Elektorale Entscheidungsregel in Mitteleuropa

	<b>Jahr</b>	<b>effektive Sperrklausel (<math>T_{eff}</math>)</b>
Bulgarien	1995	0,3
Estland	1995	7,3
Estland	1996	7,2
Estland	1999	7,1
Estland	2003	7,7
Estland	2004	7,8
Lettland	1995	3,6
Lettland	1998	3,5
Lettland	1999	3,3
Litauen	1995	2,1
Polen	1995	3,9
Polen	2001	4,4
Polen	2002	5,8
Rumänien	1995	6,9
Slowakei	1995	1,7
Slowakei	1998	1,4
Slowakei	1999	0,5
Slowenien	1995	6,3
Tschechien	1995	2,6
Tschechien	2002	3,5
Tschechien	2003	4,2
Ungarn	1995	5,1

## Indexbildung für die Tabellen A.2 bis A.6

Die vergleichende Politikwissenschaft steht vor der Herausforderung, dass qualitative Informationen einer Zusammenhangsanalyse zugeführt werden sollen. Aus diesem Grund ergibt sich eine Notwendigkeit, qualitative Informationen zu quantifizieren. Ziel ist es, belastbare und intersubjektiv nachvollziehbare Aussagen über den Untersuchungsgegenstand treffen zu können. Mit der Umsetzung qualitativer Informationen in quantitative Werte gehen in besonderem Maße Probleme der Objektivität, Reliabilität und Validität einher. Dies gilt insbesondere, wenn ein Sachverhalt nicht durch *eine* Ausprägung der Beobachtung, sondern nur durch *die Kombination einer Vielzahl verschiedener Faktoren* beschrieben werden kann. In den Sozialwissenschaften – und insbesondere in den Politikwissenschaften – sind vermehrt solche Konzepte vorzufinden. Diese sind in hohem Maße dadurch gekennzeichnet, dass sie sich als ein Bündel komplexer qualitativer Eigenschaften beschreiben lassen und zudem Abstufungen zulassen.

In der vorliegenden Arbeit stellt insbesondere die Dimension der legislativen Entscheidungsregel eine Herausforderung dar. In ihr wird die Vetostärke von Institutionen im Gesetzgebungsprozess (Präsidenten, Zweite Kammern - Föderalismus, direktdemokratische Strukturen und Verfassungsgerichtsbarkeit) erfasst. Die jeweilige Vetostärke ist durch eine Kombination von Faktoren gekennzeichnet, die nur auf unterschiedlichen Skalenniveaus erfassbar sind. Darin manifestiert sich die Eigenschaft institutioneller Systeme, Macht aufzuteilen und den verschiedenen Institutionen Anteile von Vetomacht in Form von Kontrollfunktionen zuzuordnen. Es gilt also, die jeweiligen Institutionen *in Abstufungen* als „mit Vetomacht ausgestattet“ oder als „nicht mit Vetomacht ausgestattet“ zu beschreiben.

Die sozialwissenschaftliche Methodenliteratur hat sich in der Vergangenheit mit der Messbarkeit und der Messung solcher Konzepte beschäftigt (Bryman 2004: 65ff.; Gerring 2001: 35ff.; Sartori 1984). Der besondere Charakter der Konzepte, der durch die Faktorenkombination und die Abstufbarkeit entsteht, gerät dabei jedoch oftmals aus dem Blickfeld. Im Ergebnis wird bei der Erfassung dieser Konzepte nicht explizit auf Mengenbeziehungen, Formale Logik oder Erkenntnisse der Informationswissenschaft zurückgegriffen. In der vorliegenden Arbeit wurde versucht, diesem Mangel durch eine argumentative Indexbildung zu begegnen, die sich an der mathematischen Teildisziplin der Formalen Logik, insbesondere der Technik der Fuzzy-Sets<sup>17</sup>, orientiert, um durch die Beschreibung von Eigenschaftsbündeln Abstufungen in der Variablenausprägung zuzulassen (Klir et al. 1997: 13; Zadeh 1965, 1968).

Infolgedessen wird die Vetostärke von Institutionen in parlamentarischen Demokratien mithilfe einer kontinuierlichen Skala erfasst, deren Extreme und deren Indifferenzpunkt theoretisch erfasst werden können, aber nicht unbedingt empirisch besetzt sein müssen. Es stellt sich die Frage, wie die jeweiligen Skalenwerte definiert werden. Laut Ragin (2000: 7, 150) sollen die Indexwerte aufgrund theoretischer Vorüberlegungen vergeben werden. Dies mag auf den ersten Blick eine enttäuschende Antwort sein, aber dennoch bietet ein solches Vorgehen den Vorteil, dass es die Forscherinnen und Forscher zwingt, sich über ihre verwendeten Konzepte intensive theoretische Gedanken zu machen und die vorgenommenen Kategorisierungen zu begründen (Hall 2003: 389; Mahoney 2003: 347). Daraus ergibt sich eine Skala, bei der

- Extremwerte als Idealfälle für das interessierende Konzept (Vetostärke) und sein Komplement benannt werden können, aber nicht notwendigerweise beobachtet werden;

---

<sup>17</sup> Fuzzy-Sets werden in den Sozialwissenschaften vor allen in der von Ragin (2000) entwickelten fs/QCA verwendet. Dort werden Probleme der Indexbildung bei Konzepten, die durch Faktorenkombination und Abstufbarkeit gekennzeichnet sind, besonders ausführlich diskutiert. Daher beziehen wir uns im Folgenden auf fs/QCA-Literatur, ohne diese Methode selbst anzuwenden.

- ein Punkt existiert, bei dem weder das interessierende Konzept noch sein Komplement festgestellt werden können („point of indifference“; „Cross-over point“); und
- zwischen den Extremwerten und dem „point of indifference“ Abstufungen des interessierenden Konzepts festgestellt werden können (Ragin 2000: 153ff.).

Zulässig sind alle Werte zwischen null und eins, die durch Dezimalbruchzahlen ausgedrückt werden können. Den wichtigsten Werten (insbesondere den Extremwerten und dem point of indifference) können dabei ein so genannter „linguistic qualifier“ zugeordnet werden, d.h., dass eine sprachliche Umschreibung für die Intensität des Vorliegens des Konzepts gefunden wird (Ragin 2000: 156). Im Falle von Vetoinstitutionen würde das bedeuten, dass die mit einer „1“ kodierten Variablen dem konzeptionalisierten Idealtyp einer Vetoinstitution in perfektem Maße entsprechen. Entsprechend liegt bei „0“ das Konzept überhaupt nicht vor, es würde sich also um die perfekte „Nicht-Vetoinstitution“ handeln. Eine spezielle Rolle kommt dem Wert von 0,5 zu, der den oben bereits erwähnten „point of indifference“ beschreibt (Ragin 2000: 157). Es handelt sich hierbei um eine Situation, in der das Untersuchungsobjekt der interessierenden Kategorie weder eher zugeordnet noch eher nicht zugeordnet werden kann. Der Vergabe der Werte liegt eine qualitativ erarbeitete Indikatorenliste zugrunde, die eine Zuordnungsvorschrift für die Vergabe der Indexwerte darstellen.

Es stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage nach dem wissenschaftlichen Kriterium der Nachvollziehbarkeit solcher Vercodungen bzw. der Intercoder-Reliabilität. Natürlich wird ein Projekt an der Schnittstelle qualitativer und quantitativer Forschung in dieser Hinsicht immer gewisse Defizite aufweisen. Dennoch gibt es die Möglichkeit, die Intercoder-Reliabilität mittels größtmöglicher Transparenz bei der Vercodung zu maximieren. Es sollte in jedem Fall klar gemacht werden, wie die interessierende Kategorie definiert und verstanden wird, und welche empirisch beobachtbaren Ausprägungen (evtl. auch welche Indikatoren) zu welchen Indexwerten führen.

Mit dem Ziel eine möglichst große Nachvollziehbarkeit der Vercodung der Stärke von Vetoinstitutionen in der Dimension der legislativen Entscheidungsregel zu gewährleisten, sind im Folgenden Tabellen angefügt, die Begründungen für die Vergabe der einzelnen Werte enthält. Grundsätzlich wurde bei der Codierung zuerst die theoretische Vorüberlegung angestellt, wie stark die Vetokompetenz einer Institution ausgestaltet sein kann, ohne dass der parlamentarische Charakter des politischen Systems nicht mehr gegeben ist. Dazu wurden zunächst die Faktoren bestimmt, die die Vetokompetenz einer Institution abbilden. In einem zweiten Schritt wurden dann Idealtypen anhand der o.g. Frage gebildet, die durch eine Merkmalskombination der Vetofaktoren beschrieben ist.

**Literatur:**

- Bryman, Alan** (2004): *Social Research Methods*, Oxford: Oxford University Press
- Gerring, John** (2001): *Social Science Methodology*, Cambridge: Cambridge University Press
- Hall, Peter A.** (2003): *Aligning Ontology and Methodology in Comparative Politics*, in: Mahoney, James/ Rueschemeyer, Dietrich (Hg.), *Comparative Historical Analysis in the Social Sciences*, Cambridge: Cambridge University Press, 373-404
- Klir, George J. et al.** (1997): *Fuzzy Set Theory*, Upper Saddle River: Prentice Hall
- Mahoney, James** (2003): *Strategies of Causal Assessment in Comparative Historical Analysis*, in: Mahoney, James/ Rueschemeyer, Dietrich (Hg.), *Comparative Historical Analysis in the Social Sciences*, Cambridge: Cambridge University Press, 337-372
- Ragin, Charles C.** (2000): *Fuzzy-Set Social Science*, Chicago/ London: University of Chicago Press
- Sartori, Giovanni** (1984): *Guidelines for Concept Analysis*, in: Sartori, Giovanni (Hg.), *Social Science Concepts. A Systematic Analysis*, Beverly Hills: Sage, 15-85
- Schneider, Carsten Q. / Wagemann, Claudius** (2007): *Qualitative Comparative Analysis (QCA) und Fuzzy Sets. Ein Lehrbuch für Anwender und jene, die es werden wollen*, Opladen: Barbara Budrich
- Zadeh, Lofti A.** (1965): *Fuzzy Sets*, in: *Information and Control*, 8, 338-353
- Zadeh, Lofti A.** (1968): *Fuzzy Algorithms*, in: *Information and Control*, 12, 99-102

**Tabelle A.2 Bikameralismus - Föderalismus**

	Kompetenzen	Index
Bulgarien	weder föderale Strukturen noch zweite Kammer	0
Estland	weder föderale Strukturen noch zweite Kammer	0
Lettland	weder föderale Strukturen noch zweite Kammer	0
Litauen	weder föderale Strukturen noch zweite Kammer	0
Polen	Zwar besitzt Polen eine Zweite Kammer zur Vertretung der Woiwodschaften. Die erste Kammer (Sejm) kann einen Beschluss der zweiten Kammer (Senat) mit <b>absoluter Stimmenmehrheit (N/2 +1) bei Anwesenheit mindestens der Hälfte der gesetzlichen Abgeordnetenzahl</b> zurückweisen	0,30
Rumänien	Erste und zweite Kammer besitzen proportionale Gesetzgebungskompetenzen: damit haben beide Kammern <b>wechselseitiges absolutes Vetorecht</b> . Das Veto der einen kann durch die andere nicht überstimmt werden. Allerdings sind die beiden Kammern kongruent, d.h. zur gleichen Zeit nach gleichem Wahlsystem gewählt.	0,80
Slowakei	weder föderale Strukturen noch zweite Kammer	0
Slowenien	Die Zweite Kammer (National Council) hat als Repräsentativorgan für lokale, professionelle und soziale Interessengruppen in erster Linie beratende Funktion und kann von der ersten Kammer (National Assembly) mit <b>absoluter Mehrheit (N/2 +1)</b> überstimmt werden.	0,30
Tschechische Republik	Die Abgeordnetenkammer (erste Kammer) kann einen Beschluss des Senates (zweite Kammer) mit dem Votum der <b>absoluten Mehrheit</b> seiner Abgeordneten (N/2 +1) überstimmen. zweite Kammer = direkt gewählt = demokratisch legitimiert, Zusammensetzung im Vergleich zur Ersten = inkongruent	0,30
Ungarn	weder föderale Strukturen noch zweite Kammer	0

Tabelle A.3 Machtbefugnisse des Präsidenten

	BUL 1991	EST 1992	LAT 1998	LIT 1992	POL 1993	POL 1997	ROM 1991	SLK 1992	SLK 1999	SLV 2003	CZE 1993	HUN 2003
<b>Direktwahl des Präsidenten</b>	X			X	X	X	X		X	X		
<b>Parlamentsbefassung [1]</b>	X	X	XX	(X)	XX	XX	X	X	X		X	X
<b>Verfassungsrechtliche Prüfung [2]</b>	XX		XX	XX	X	X	X	XX	XX			X
<b>Eigene Gesetzesvorschläge</b>			X	X	X	X						X
<b>Referendums-Initiativen [3]</b>			(X)		(X)	(X)	X					X
Issues decrees in non-emergencies	(X)			(X)	(X)	(X)	(X)					
Einberufung von Parlamentssitzungen [4]	X						(X)			X	(X)	X
Auflösung des Parlaments und Ausschreibung von Neuwahlen [5]			(X)									
Mitteilungsrecht im Parlament [6]	(X)				(X)	(X)	X	X			X	X
Einberufung von Kabinettsitzungen [7]			X		(X)	(X)						
Teilnahme an Kabinettsitzungen [7]			X		(X)	(X)	(X)	X				
<b>Index</b>	0,50	0,10	0,80	0,40	1,00	0,90	0,70	0,30	0,30	0,20	0,20	0,60

*Anmerkungen:*

Synoptische Erfassung der politischen Kompetenzen der Staatspräsidenten.

Die einzelnen Ausprägungen sind wie folgt kodiert: (X) = eingeschränkte Kompetenz, beispielsweise durch Zustimmungspflicht anderer Verfassungsorgane; X = vollständige eigene Kompetenz; XX = besonders ausgeprägte eigene Kompetenz, beispielsweise durch besondere Überstimmungsquoten oder nicht auf bestimmte Prozessstufen beschränkte Auslöserechte; das Nichtvorliegen einer Kompetenz wird durch Freilassung kodiert.

(Fortsetzung auf der folgenden Seite)

---

[1] (X) = Parlament muss sich mit dem Gesetz nicht erneut befassen, X = Gesetz kann vom Parlament mit einfacher Mehrheit endgültig verabschiedet werden, XX = qualifizierte Mehrheiten > 50% zur endgültigen Verabschiedung des Gesetzes im Parlament notwendig; Polen 1993: 2/3 Mehrheit, Polen 1997: 3/5.

[2] X = Prüfrecht nur im Gesetzgebungsprozess, XX = Präsident kann jedes Gesetz verfassungsrechtlich prüfen lassen.

[3] Lettland (1998): (X), da Recht nur bei gescheitertem Gesetz und über Auflösung des Parlamentes.

[4] Kompetenz = X nur wenn Rederecht und Recht die Tagesordnung zu bestimmen, (X) nur außerordentliche Sitzungen.

[5] Lettland (1998): (X), da Recht Referendum über Auflösung des Parlamentes auszurufen; Polen (1993): (X), da nur im Konsens mit dem Senat.

[6] (X), da nur Mitteilungsrecht ohne anschließende Parlamentsdebatte.

[7] Polen (1993): (X), da nur im Fall von Angelegenheit mit besonderer Bedeutung.

Quelle: eigene Erhebung.

---

Tabelle A.4 Kompetenzfelder der Verfassungsgerichte

	BUL	EST	LAT	LIT	POL	ROM	SLK	SLV	CZE	HUN
<b>Abstrakte Normenkontrolle von Gesetzen</b>	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
<b>Abstrakte Normenkontrolle von ungesetzlichen Normaktivitäten</b>	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
<b>Abstrakte Normenkontrolle von völkerrechtlichen Verträgen</b>	X	X	X	X	X					X
Konkrete Normenkontrolle	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Entscheidungen über Individualverfassungsbeschwerden					X		X	X	X	X
Entscheidungen über Popularklagen								X		X
Entscheidungen über Organstreitigkeiten	X				X		X	X	X	X
Entscheidungen in Kompetenzstreitigkeiten zwischen örtlichen Selbstverwaltungsorganen und übergeordneten Organen	X							X	X	X
Entscheidungen in Kompetenzstreitigkeiten zwischen der Föderation und den Gliedern der Föderation										
<b>Entscheidungen über Beschwerden, die die Rechtmäßigkeit von Wahlen und Abstimmungen betreffen: Wahlen zur obersten Volksvertretung</b>	X			X			X		X	
<b>Entscheidungen über Beschwerden, die die Rechtmäßigkeit von Wahlen und Abstimmungen betreffen: Präsidentschaftswahlen</b>	X			X		X	X			
<b>Entscheidungen über Beschwerden, die die Rechtmäßigkeit von Wahlen und Abstimmungen betreffen: Referenden</b>	X			X		X	X			

(Fortsetzung auf der folgenden Seite)

---

Entscheidungen über die Verfassungsmäßigkeit von politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen	X		X	X	X	X	
Entscheidungen über die Anklage gegen den Präsidenten bzw. sonstige Mitwirkung an dessen Amtsenthebung	X	X	X	X	X	X	X
Auslegung der Verfassung	X			X			X
Tätigwerden auf eigene Initiative		X	X				X

---

*Anmerkungen:*

Quelle: eigene Erhebung.

---

**Tabelle A.5 Kompetenz der Verfassungsgerichte**

	<b>Begründung</b>	<b>Index</b>
Bulgarien	Verfügt über die unabdingbare Grundausstattung eines Verfassungsgerichtes und ein paar sekundäre Kompetenzen, kann die Verfassung auslegen, aber nicht auf eigene Initiative tätig werden oder über Popularklagen oder Individualverfassungsbeschwerden entscheiden	0,50
Estland	Verfügt nur über die unabdingbare Grundausstattung eines Verfassungsgerichtes, hat keine der vier zentralen Kompetenzen, hat nicht den formalen Status eines Verfassungsgerichtes	0,20
Lettland	Verfügt nur über die unabdingbare Grundausstattung eines Verfassungsgerichtes, hat keine der vier zentralen Kompetenzen	0,10
Litauen	Verfügt nur über die unabdingbare Grundausstattung eines Verfassungsgerichtes und ein paar sekundäre Kompetenzen, hat keine der vier zentralen Kompetenzen	0,30
Polen 1993	Verfügt über zentrale Prüfkompentenzen, da aber das Verfassungstribunal dem Sejm untergeordnet ist (jede Entscheidung muss durch das Parlament bestätigt werden), geringe Vetomacht	0,30
Polen 1997	Kann sowohl auf eigene Initiative als auch auf Grund von Individualverfassungsbeschwerden tätig werden, nicht aber auf Grund von Popularklagen	0,70
Rumänien	Kann auf eigene Initiative tätig werden, nicht aber die Verfassung auslegen oder Entscheidungen über Individualverfassungsbeschwerden oder Popularklagen treffen	0,40
Slowakei	Hat die Kompetenz, die Verfassung auszulegen und Entscheidungen über Individualverfassungsbeschwerden zu treffen, aber kann weder auf eigene Initiative noch auf Grund von Popularklagen tätig werden	0,70
Slowenien	Kann sowohl auf Grund von Individualverfassungsbeschwerden als auch nach Popularklagen tätig werden, nicht aber auf eigene Initiative	0,60
Tschechische Rep.	Hat die Kompetenz, Entscheidungen über Individualverfassungsbeschwerden zu treffen, kann jedoch weder auf eigene Initiative noch auf Grund von Popularklagen tätig werden und auch nicht die Verfassung auslegen	0,40
Ungarn	Verfügt über alle als zentral festgelegten Kompetenzen	1,00

*Anmerkungen:*

Ein Wert von 0 beschreibt keine, und ein Wert von 1 eine hohe Vetowirkung der Verfassungsgerichte.

Quelle: eigene Erhebung.

**Tabelle A.6 Vetostärke von direktdemokratische Strukturen**

		<b>Begründung</b>	<b>Index</b>
Bulgarien	1983	Die von Vetospielern auszulösenden Verfahren sind nicht bindend. Allein das von der Parlamentsmehrheit / Regierung kontrollierte Verfahren ist bindend. Da die direktdemokratischen Strukturen gering bindend und wenig offen sind, ist nur ein geringes Vetopotential gegeben.	0,20
Bulgarien	1996	Es gibt nur ein Verfahren, das trotz Vetoinitiative von der Parlamentsmehrheit / Regierung durch die Entscheidung über Auslösung und Formulierung sowie hohe Quoren kontrolliert wird. Da die direktdemokratischen Strukturen gering ausgeprägt und nicht offen sind, ist nur eine minimale Vetowirkung zu erwarten.	0,10
Estland	1994	Es gibt nur ein Verfahren. Obschon dieses von der Parlamentsmehrheit kontrolliert wird, ist eine Vetowirkung zu erwarten, da die Zustimmungsquoren nicht sehr hoch sind und vor allem die Folgen der Abstimmung (Auflösung des Parlaments und Neuwahlen bei Scheitern des Vorschlags) gravierend sind.	0,40
Lettland	1993	Es existieren einige Verfahren, so dass die Bevölkerung in Gesetzgebungsprozess eingreifen kann. Dies gilt jedoch ausschließlich, wenn dieser bereits verzögert / blockiert ist. Der Präsident kann die Auflösung des Parlamentes über ein Referendum initiieren, jedoch nur unter Gefahr das eigene Amt zu verlieren. Des Weiteren gibt es nur ein weiteres nicht bindendes Verfahren. Insgesamt resultieren daraus für Lettland eingeschränkte Referendumsmöglichkeiten mit geringem Vetopotential.	0,30
Litauen	1989	Es gibt mehrere Verfahren, bei denen eine Vetowirkung möglich ist, da diese nicht von der Parlamentsmehrheit / Regierung kontrolliert sind und zudem keine thematische Einschränkung besitzen. Jedoch schränken hohe Quoren und beschränkter Zeitraum zur Durchführung die Vetowirkung ein.	0,40
Litauen	1996	Im Gegensatz zum vorherigen Gesetz werden Quoren und Zeitraum geringfügig erweitert.	0,50
Litauen	2003	In der Gesetzesnovelle wird eines der Verfahren (Initiative) für alle Gesetzgebungsgegenstände abgeschafft, gleichzeitig werden jedoch zusätzlich die Quoren für die verbleibende (bindende) Verfahren deutlich gesenkt, so dass insgesamt stärkeres Vetopotential resultiert.	0,60
Polen	1992 / 1994	Es existiert ein Verfahren, das bindend ist. Insgesamt ist jedoch keine bzw. nur eine minimale Vetowirkung zu erwarten, da dieses Verfahren von der Parlamentsmehrheit / Regierung kontrolliert wird.	0,10
Polen	1995	Auch in der Novelle wird nur ein Verfahren installiert. Die Initiative liegt zwar bei der Bevölkerung, die Kontrolle über das Verfahren jedoch bei der Parlamentsmehrheit. Daher gibt es nach wie vor keine bzw. nur eine minimale Vetowirkung.	0,10
Polen	1997	Es werden zwei Verfahren installiert, wobei wiederum die Initiative bei der Bevölkerung, die Kontrolle jedoch bei der Parlamentsmehrheit liegt. Zusätzlich wird ein nicht bindendes Verfahren mit notwendiger Parlamentsdebatte eingeführt.	0,20

(Fortsetzung auf der folgenden Seite)

Rumänien	k.A.	Die Regularien sind dieselben wie in Polen 1997. Insgesamt zeichnen sich die Strukturen durch hohe / komplizierte Quoren aus.	0,20
Slowakei	1992	Es existieren zwei Verfahren, davon eins mit Vetopotential, da es von Bevölkerung kontrolliert wird. Allerdings sind die Quoren relativ hoch.	0,40
Slowenien	1989	Es gibt mehrere Verfahren, die im Vergleich eine etwas geringere Vetowirkung als Ungarn 1997 aufweisen, da die Quoren höher sind. Ansonst gilt analog: die Verfahren sind bindend und ohne Kontrollmöglichkeit für die Regierung.	0,80
Tschechische Rep.	1993	Es existieren keine direktdemokratischen Strukturen.	0,00
Ungarn	1990	Ungarn weist einige Verfahren auf. Davon sind einige offen und entfalten damit ein relativ starkes Vetopotential. Das von der Parlamentsmehrheit und Regierung kontrollierte Verfahren ist eher geschlossen. Alle Verfahren sind bindend.	0,80
Ungarn	1997	Es existieren mehrere Verfahren (s.o.). Zusätzlich werden noch zwei weitere nicht bindende, aber eine Parlamentsdebatte erfordernde Verfahren eingeführt. Die Quoren werden herunter gesetzt auf ein erreichbares Maß. Daher ist die höchst mögliche Vetowirkung in einem parlamentarischen System wahrscheinlich, den einzigen Abstrich stellen thematische Restriktionen dar.	0,90

*Anmerkungen:*

Auf Basis einer politischen Gewichtung ergeben sich für die relative Vetostärke der direktdemokratischen Strukturen in Mitteleuropa die oben aufgeführten Werte.

Ein Wert von 0 beschreibt keine, und ein Wert von 1 eine hohe Vetowirkung der direktdemokratischen Strukturen.

Quelle: eigene Erhebung.

## Anhang B

### 1. Verzeichnis der Publikationen aus dem Projekt

Jahn, Detlef (2008). Governing a Common Sea: Comparative Patterns for Sustainable Development, in: Marko Joas, Detlef Jahn and Kristine Kern (eds.). *Governing a Common Sea – Environmental Policies in the Baltic Sea Region*. London: Earthscan (i.E.) (zusammen mit Kristine Kern und Marko Joas)

Jahn, Detlef (2008). Governance in the Baltic Sea Region: Balancing States, Cities and People, in: Marko Joas, Detlef Jahn and Kristine Kern (eds.). *Governing a Common Sea – Environmental Policies in the Baltic Sea Region*. London: Earthscan (i.E.) (zusammen mit Marko Joas und Kristine Kern)

Jahn, Detlef (2008). Environmental Pollution and Economic Performance in the Baltic Sea Region, in: Marko Joas, Detlef Jahn and Kristine Kern (eds.). *Governing a Common Sea – Environmental Policies in the Baltic Sea Region*. London: Earthscan (i.E.) (zusammen mit Kati Kuitto)

Jahn, Detlef / Müller-Rommel, Ferdinand. Economic Performance in the New Democracies in Central Eastern Europe: Priorities and Strengths. Manuskript in Bearbeitung.

Jahn, Detlef / Müller-Rommel, Ferdinand. Environmental Policy Performance in Central Eastern Europe: Between International Pressure and Domestic Capacity Building. Manuskript in Bearbeitung.

Kuitto, Kati (2008). Environmental Governance in the Baltic States, in: Marko Joas, Detlef Jahn and Kristine Kern (eds.). *Governing a Common Sea – Environmental Policies in the Baltic Sea Region*. London: Earthscan (i.E.) (zusammen mit Panu Kontio)

Müller-Rommel, Ferdinand. Von der typologischen zur dimensionalen Analyse parlamentarischer Demokratien: Konzeptionelle Überlegungen am Beispiel Mittelosteuropas, Manuskript eingereicht bei: *Politische Vierteljahresschrift* (zusammen mit Philipp Harfst und Henrike Schultze)

Müller-Rommel, Ferdinand (2008). Prime Ministerial Staff in Central Eastern European Democracies, in: *Journal of Communist Studies and Transition Politics* (erscheint Heft 2, Juni 2008)

Müller-Rommel, Ferdinand (2008). Demokratiemuster und Leistungsbilanz von Regierungen: Kritische Anmerkungen zu Arend Lijphart's „Patterns of Democracy“, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* (erscheint Heft 2, Mai 2008)

Müller-Rommel, Ferdinand (2007). *Governing New European Democracies*. London: Palgrave/Macmillan (zusammen mit J. Blondel und D. Malova)

Müller-Rommel, Ferdinand (2006). From Consolidation to Negotiation: Democracy and Policy Reform in Central Eastern Europe, in: Chung-Si Ahn (ed.): *Democracy in Asia, Europe and the World: Toward a Universal Definition*. Singapore: Marshall Cavendish Academic, 151-166.

Müller-Rommel, Ferdinand (2005). Parteienwettbewerb in mittelosteuropäischen Demokratien: Zum Zusammenhang von Strukturen der Regierungsbildung und Stabilität von Parteiensystemen, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 666-679.

Müller-Rommel, Ferdinand (2004). Party Government in Central Eastern European Democracies: A Data Collection (1990-2003), in: *European Journal of Political Research*, (43), 869-894. (zusammen mit Katja Fettelschoss und Philipp Harfst)

Müller-Rommel, Ferdinand / Jahn, Detlef. What Kind of Democracies Do Emerge in Central Eastern Europe? Manuskript in Bearbeitung.

## 2. Verzeichnis der Vorträge aus dem Projekt

Harfst, Philipp (2007). Electoral System Design in Central Eastern Europe: Strategic Design of a Political Institution. Paper presented at the Panel on “The Politics of Electoral Reform”, 4th ECPR General Conference, Pisa.

Jahn, Detlef / Kuitto, Kati (2005). Socio-Economic Performance of Central Eastern European Democracies. Paper presented at the Workshop “The Performance of Democracy in Central Eastern Europe”, ECPR Joint Sessions, Granada, 14.-19. April 2005.

Jahn, Detlef (zusammen mit Kati Kuitto) (2005). Environmental Pollution and Economic Performance in the Baltic Sea Region. Paper presented at the Nordic Political Science Association (NOPSA) Conference, Reykjavik 11.-13. August, 2005.

Jahn, Detlef (zusammen mit Kati Kuitto) (2004). Environmental Pollution and Economic Performance in the Baltic Sea Region. Paper presented at “Governing a Common Sea (GOVCOM)”-Symposium, Turku, 23.-25. September 2004.

Kuitto, Kati (2008). Coping with the costs of transition – social inequality in Central and Eastern Europe in the nexus of economic transition and welfare policy effort. (eingereicht als Vortrag für die APSA Annual Conference, Boston, 28.-31. August 2008)

Kuitto, Kati (2007). Coping with the Costs of Transition – Patterns of Social Outcomes and Welfare Policy Efforts in Central and Eastern Europe. Paper presented at the ESPAnet Annual Conference 2007, Wien, 20.-22. September 2007.

Kuitto, Kati (2006). Emerging Patterns of Welfare Policy Outcomes in Central Eastern Europe. Paper presented at the ECPR 1st Graduate Conference, University of Essex, Colchester, 7.-9. September 2006.

Müller-Rommel, Ferdinand (2006). Stability of Democracy and Cabinet Governments in Central Eastern Europe. Centre of Area and International Studies, Comenius University, Bratislava, Slovakia. 21.11.2006

Müller-Rommel, Ferdinand (zusammen mit Henrike Schultze) (2006). Patterns of Democracy in Central Eastern Europe. ECPR/DAAD Summer School on Governance and Democracy, Universität Lüneburg. 14.08.2006

Müller-Rommel, Ferdinand (2005). The Performance of Democracy in Central Eastern Europe. European Consortium for Political Research, Joint Sessions, Granada (Spanien). April 2005

Müller-Rommel, Ferdinand (2004). Patterns of Democracy and Government Performance in Europe. Robert Schuman Center for Advanced Studies, Europäische Universität, Florenz. 23.11.2004

Müller-Rommel, Ferdinand (2004). The Anatomy of Governments in Central Eastern Europe. Facolta di Scienze Politiche, Universität Siena. 19.10.2004

Müller-Rommel, Ferdinand (2004). From Consolidation to Negotiation: A new Type of Democracy in Central Eastern Europe. International conference on Democracy in Asia, Europe, and the World, co-organised by the Korean Association of International Studies and the Asia-Europe Foundation, Seoul. 03.-04.06.2004

Müller-Rommel, Ferdinand / Jahn, Detlef (2008) Patterns of Democracy and Policy Performance in Central Eastern Europe (eingereicht als Vortrag für die APSA Annual Conference, Boston, 28.-31. August 2008)

Müller-Rommel, Ferdinand / Harfst, Philipp / Schultze, Henrike (2007). Von der typologischen zur dimensionalen Analyse parlamentarischer Demokratien: Konzeptionelle Überlegungen am Beispiel Mittelosteuropas. Tagung des AK Demokratieforschung der DVPW "Die Leistungsfähigkeit von Demokratien", Lüneburg. 11.-13.10.2007

Henrike Schultze (2005). Decision and Majority Rules. ECPR/DAAD Summer School on Governance and Democracy, Universität Lüneburg. 22.08.2005

### **3. Verzeichnis der Promotionen aus dem Projekt**

Holger Meyer, *Umweltpolitik in Mittelosteuropa. Erklärungsmuster zur Umweltperformanz im Kontext der EU-Osterweiterung*. Dissertation Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (Veröffentlicht: Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag 2005)

Philipp Harfst, *Wahlssystemwandel in Mittelosteuropa*. Dissertation Universität Lüneburg (Veröffentlicht: Wiesbaden: VS Verlag 2007)

#### 4. Verzeichnis der Diplomarbeiten aus dem Projekt (Universität Lüneburg)

Jan Knipping, *Zentralbanken in Mittelosteuropa: Empirische Bestandsaufnahme vor dem Hintergrund der EU-Integration.*

(Studiengang: Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, August 2004)

Ina Rduch, *Politische Regime, Wahlsysteme und Parteiensysteme in Mittelosteuropa.*

(Studiengang: Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, September 2004)

Henrike Schultze, *Entscheidungsregeln und Mehrheitssicherung - ein theoretischer und methodischer Beitrag zur aktuellen Demokratieforschung.*

(Studiengang: Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Mai 2005)

Anselm Gundelach, *Demokratiemuster und Leistungsbilanz politischer Systeme.*

(Studiengang: Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen, Juli 2006)

Björn Wedtke, *Ökonomische Performanz und politische Institutionen: Eine empirische Analyse am Beispiel postkommunistischer Länder in Mittelosteuropa.*

(Studiengang: Lehramt berufsbildende Schulen, Mai 2007)

#### 5. Beschreibung der Datenbank

##### *Database on Political Systems in Central and Eastern Europe*

Unmittelbar nach Bewilligung des DFG-Projekts wurde eine relationale Datenbank unter dem Titel "Database on Political Systems in Central and Eastern Europe" angelegt. Relationale Datenbanken sind die am weitesten verbreitete Art von Datenbanken. In diesen Datenbanken sind die Daten in Tabellen abgelegt. Der Begriff „relational“ bedeutet, dass die Tabellen miteinander in Verbindung stehen und bei der Datenabfrage verknüpft werden können. Diese Verknüpfung funktioniert über Schlüssel: Ein Datensatz ist durch einen Schlüssel eindeutig identifiziert. Bei einer Abfrage von Daten können über diesen eindeutigen Schlüssel die Daten verschiedener Tabellen miteinander kombiniert werden.

Die Datenbank *Database on Political Systems in Central and Eastern Europe* enthält in der heutigen Fassung Informationen über Staatsorganisation, Parteien, Wahlen, Parlamente, Regierungen und politische Akteure in Mittel- und Ostosteuropa seit dem Kollaps der kommunistischen Regime 1989/1990. Aufgenommen in die Datenbank sind jene Länder, die zugleich Mitglied im Europarat sind. Hierzu zählen: Albanien; Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Polen, Rumänien, die Russische Föderation, Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ukraine und Ungarn. Die Anlage der Datenbank erlaubt jedoch eine langfristige Erweiterung des Ländersets. Die im Kontext des DFG-Projektes aufgebaute Datenbank kann somit zukünftig ausgebaut und für empirisch orientierte ländervergleichende Anschlussprojekte genutzt werden.

##### *Technische Beschreibung*

Die Datenbank des Zentrums für Demokratieforschung (ZDEMO) ist php-basiert. In der php-Datenbank sind alle Datensätze gespeichert. Die Abfragesprache, mit der die Daten in der ZDEMO-Datenbank verwaltet werden, trägt den Namen SQL (Structured Query Language). SQL ermöglicht es, in einer vergleichsweise einfachen Syntax Daten zu bearbeiten: So stellt

SQL eine Reihe von Befehlen zur Verfügung, die es ermöglichen, Datenstrukturen nach der relationalen Algebra zu definieren sowie Datensätze einzufügen, zu bearbeiten oder zu löschen. Darüber hinaus lassen sich Abfragen von Daten formulieren. Die Sprache hat sich als eine Art Standard in der Datenbankverwaltung durchgesetzt: Sie ist von ANSI und ISO standardisiert und wird von fast allen gängigen Datenbanksystemen unterstützt. Durch SQL kann eine weitgehende Unabhängigkeit von der benutzten Software erzielt werden. Aufgrund ihrer Verbreitung und vergleichsweise einfachen Anwendung liegt sie auch der ZDEMO-Datenbank zugrunde.

Um die Datenbank für eine breite und bezüglich ihrer Vorkenntnisse heterogene Nutzergruppe zugänglich zu machen, gibt es zu Zwecken der besseren und einfacheren Bedienbarkeit das frontend, das die übliche Struktur, in der Daten bearbeitet und abgefragt werden, vorzeichnet. Die Bedienung des frontends ist ohne php- und SQL-Kenntnisse möglich. Die Oberfläche dient vor allem dazu, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Zentrum die Möglichkeit der eigenständigen Datenbearbeitung zu geben. Die Navigation im frontend erfolgt über eine Übersichtsleiste. Dort stehen folgende Möglichkeiten zur Auswahl: a) „countries“, b) „labels“, c) „queries“, d) „source“ und e) „documentation“. Über diese erste Auswahl kann entschieden werden, ob folgende Möglichkeiten genutzt werden sollen:

- a) auf Daten in den einzelnen Datenbanktabellen zugreifen,
- b) die Codierung von Daten bearbeiten,
- c) Daten in vordefinierten Kombinationen abfragen und ggf. exportieren,
- d) Datenquellen dokumentieren,
- e) die technischen und inhaltlichen Grundlagen der Datenbank abrufen.

*Zu a)* Das frontend ist so gestaltet, dass der Zugriff auf die Daten über die vorherige Auswahl eines Landes (über „countries“) erfolgt. Nach der Auswahl eines Landes können die Daten in den verschiedenen Tabellen, die hierarchisch geordnet sind, aufgerufen werden. In diesen Tabellen sind die verschiedenen Variablen als Feldern definiert. In diese können die einzelnen Daten eingegeben werden. Über eine Leiste können die bereits existierenden Datensätze geöffnet und bearbeitet werden. Außerdem können im Feld „New Record“ neue Datensätze aufgenommen werden. Wird „New Record“ angewählt, erscheint ein leeres Datenblatt. Nach Eingabe der Daten muss die Schaltfläche „new“ bedient werden, damit der Datensatz angelegt wird. „reset“ löscht das, was eingegeben wurde. Werden schon existierende Datensätze geändert, können diese Änderungen mithilfe der „update“-Schaltfläche gespeichert werden. In jeder Tabelle (und damit für jeden Datensatz) gibt es einige Standardfelder, die von der Datenbank automatisiert beschrieben werden. Bei den Standardfeldern handelt es sich um:

*Id:* Die Datenbank vergibt für alle Datensätze ids zur eindeutigen Identifizierung. Diese ids sind für die Verknüpfung der Daten aus verschiedenen Tabellen in einer Abfrage entscheidend. Das frontend zeigt den Nutzerinnen und Nutzern aus Gründen der einfacheren Handhabung aber nur den Inhalt des Datensatzes an. Eine Veränderung der ids ist manuell nicht möglich. Die ids können nur über den php-Zugang eingesehen werden.

*Last\_uid:* Dieses Feld gibt an, welcher Benutzer den Datensatz zuletzt verändert hat. Die Information wird über das Login zum Datenbank-frontend automatisch gespeichert.

*Last\_edit:* Ebenso verhält es sich mit dem Feld „last\_edit“. Hier vermerkt die Datenbank automatisch das Datum, an dem ein Datensatz zum letzten Mal verändert wurde. Das frontend bietet mit diesen beiden Feldern den Vorteil, dass darüber automatisiert dokumentiert werden kann, welcher Nutzer bzw. welche Nutzerin welchen Datensatz zu welchem Zeitpunkt bearbeitet hat.

*Zu b)* Eine Besonderheit stellen die Label-Tabellen dar. Sie beziehen sich auf Felder in den Haupttabellen. In diesen transportieren einige Variablen inhaltliche Aussagen durch Zahlenwerte. Damit diese in der Datenbank erfasst werden und im frontend bzw. bei den Abfragen dargestellt werden können, wird für die jeweiligen Felder der Klartext mit den zugehörigen Zahlenwerten als id in gesonderten Label-Tabellen abgelegt. In dem entsprechenden Bereich des frontend sind die labels für jede gelabelte Variable in der Datenbank erreichbar und können umbenannt, neu angelegt oder gelöscht werden. Der Vorteil dieses Vorgehens ist, dass die Nutzerinnen und Nutzer bei der Dateneingabe aber auch der Interpretation der Daten nicht mit den Zahlenwerten arbeiten müssen, sondern direkt den Klartext dargestellt bekommen. Dies erleichtert das Codieren.

*Zu c)* Darüber hinaus bietet das frontend über „queries“ die Möglichkeit, bereits vordefinierte SQL-Abfragen, die in der Datenbank hinterlegt sind, anzusteuern und auszuwählen. Auf diese Weise können übliche Datenkombinationen stets reproduziert werden. Die Funktion bietet zudem eine direkte Möglichkeit zum Datenexport in \*csv-files, um die Daten für edv-gestützte statistische Analysen mithilfe von gängigen Auswertungsprogrammen zugänglich zu machen.

*Zu d)* Den Regeln wissenschaftlichen Arbeitens entsprechend wird mit der Tabelle „source“ die Möglichkeit eines Quellenverzeichnisses gegeben. Jeder Datensatz kann mit bis zu fünf Quellenangaben verknüpft werden. In Abfragen kann zum einen der jeweilige Datensatz mit einem Verzeichnis der dazugehörigen Quellen angezeigt und ausgegeben werden. Zum anderen besteht auch die Möglichkeit, ein gesamtes Quellenverzeichnis für alle Datensätze der Datenbank zu erstellen, in dem der gesamte Tabelleninhalt von „source“ abgefragt wird.

*Zu e)* Ein besonderes Dokumentationstool ist die automatische Erstellung der „documentation“, die als vorgefertigte Abfrage ebenfalls über das frontend aufgerufen und auch (wie die anderen „queries“) direkt exportiert werden kann. Die „documentation“ umfasst eine vollständige inhaltliche und technische Dokumentation der Datenbank. Für jede Datentabelle werden die Felder mit dem zugehörigen Datenformat und ggf. den zugehörigen Labels aus den Labeltabellen dargestellt. In deutscher und englischer Sprache wird die Variable inhaltlich beschrieben. Außerdem werden hier systematisch die Kodierregeln für jedes Feld festgehalten, um die einheitliche Bearbeitung und Interpretation der Daten durch verschiedenen Nutzerinnen und Nutzer zu gewährleisten.

Jede Veränderung von Datensätzen wird automatisch in so genannten history-Tabellen dokumentiert. Diese können nur über den php-Zugang eingesehen werden. Durch die automatische Speicherung alter Datensätze kann die Erhebungsgeschichte jeder Information in der Datenbank nachvollzogen werden.

Eine Veränderung der Datenbankstruktur ist über das frontend nicht möglich, sondern nur über den php-Zugang unter Verwendung von Administratorenrechten. Die Datenbanknutzerinnen und -nutzer erhalten standardmäßig nur einen Zugang zum frontend, aber keinen Zugang zur php-Datenbank. Damit sind ihre Zugangsrechte aus Gründen der Datensicherheit auf das frontend und die darin vordefinierten Bearbeitungs- und Nutzungsmöglichkeiten beschränkt. Durch das Rechenzentrum der Leuphana Universität Lüneburg und das ZDEMO ist die Datenbank sowohl über den php- als auch den frontend-Zugriff durch einen doppelten Passwortschutz gegen widerrechtliche Datennutzung gesichert. Die Datenbank wird wöchentlich auf dem Server der Universität gespiegelt, um einem technisch bedingten Datenverlust vorzubeugen.

### *Tabellenstruktur*

Im Folgenden werden die einzelnen Tabellen der Datenbank beschrieben. Zunächst erfolgt eine alphabetische Auflistung aller Tabellen.

*Constitution:* In dieser Tabelle werden in zeitlicher Reihenfolge alle Verfassungen eines Landes aufgenommen.

*Country:* In dieser Tabelle sind alle Länder aufgenommen, über die in der Datenbank Informationen vorliegen.

*Country Index:* In der Tabelle „Country Index“ sind verschiedene landesbezogene Strukturinformationen (wie Bevölkerungszahlen) aber auch gängige politikwissenschaftliche Demokratie-Indizes wie der Freedom-House-Index, der Vanhanen-Index oder der Jaggers-Gurr-Index aufgenommen.

*Direct Democracy 1 und Direct Democracy 2:* Diese Tabellen erfassen die Verfahren der direkten Demokratie in den einzelnen Staaten. In „Direct Democracy 1“ ist abzulesen, zu welchem Zeitpunkt bestimmte Regelungen zur Einführung von direkter Demokratie getroffen wurden. „Direct Democracy 1“ benennt die Anzahl der Instrumente der direkten Demokratie, die in jedem Land vorzufinden sind. In „Direct Democracy 2“ wird für jedes der vorhandenen Instrumente ein eigener Datensatz angelegt, der das Verfahren hinsichtlich der Thematik, der Initiativ- und Abstimmungsquoten oder Regularien zur Formulierung des Abstimmungsgegenstandes detailliert beschreibt.

*Electoral System 1, 2 und 3:* Der Bereich „Electoral System“ bildet das Wahlsystem eines Landes ab und enthält Informationen über Anzahl und Größe der Wahlkreise bei nationalen Parlamentswahlen. In „Electoral System 1“ wird zunächst angegeben, welche Kammer des Parlaments mit diesem System gewählt wird, wie viele Wahlkreise es insgesamt gibt und wie viele Ebenen in dem Wahlsystem vorhanden sind. In „Electoral System 2“ erhält jede Ebene des Wahlsystems einen eigenen Datensatz. Es werden Angaben gesammelt bezüglich der Anzahl der Wahlkreise, der Sperrklausel für diese Ebene sowie der Methode, nach der auf dieser Ebene die Stimmen verrechnet werden. In „Electoral System 3“ erhält jeder einzelne Wahlkreis, den es auf der jeweiligen Ebene gibt, einen eigenen Datensatz. Dieser enthält den Namen des Wahlkreises sowie die Größe, d.h. die Anzahl der gewählten Abgeordneten. Diese Tabellen werden mit den Parlamentswahlen verknüpft.

*Executive Composition 1 und 2:* In dem Bereich „Executive Composition“ werden alle Regierungen im Zeitverlauf erfaßt. In dieser Tabelle werden die Regierungszusammensetzung, sowie die Gründe für deren Dauer und deren Ende im Amt angegeben. „Executive Composition 2“ erfasst die parteipolitische Zusammensetzung der Regierung. Für jede an der Regierung beteiligten Partei wird ein eigener Datensatz angelegt. Die einzelnen Regierungen werden sowohl mit ids als auch mit den Parlamentswahlen verknüpft, um die Stimm- und Sitzanzahl der jeweiligen Regierungsparteien zu ermitteln.

*Federalism:* In der Tabelle „Federalism“ werden Informationen darüber gesammelt, ob und in welcher Gestalt ein föderales System in einem Land vorzufinden ist.

*Government:* Diese Tabelle behandelt die verfassungsmäßig vorgesehene Rolle der Regierung.

*Judicial Review:* In dieser Tabelle werden der Einfluss und die formalen Rechte der Verfassungsgerichtsbarkeit in einem Land dargestellt.

*Parliament 1:* Hier werden Angaben über die verfassungsmäßige Rolle des nationalen Parlamentes gesammelt. Dabei wird für jede Kammer des Parlamentes ein eigener Datensatz angelegt.

*Parliament 2:* In dieser Tabelle werden detaillierte Informationen zur Arbeitsweise des Parlaments gesammelt.

*Parliamentary Election 1, 2 und 3:* In den Tabellen „Parliamentary Election 1“, „Parliamentary Election 2“ und „Parliamentary Election 3“ werden sämtliche Parlamentswahlen aufgenommen, die in einem Land abgehalten werden, und zwar sowohl zur ersten als auch zur zweiten Kammer des Parlaments. In „Parliamentary Election 1“ wird das Datum zur Wahl der ersten oder der zweiten Kammer aufgezeigt. In „Parliamentary Election 2“ werden die verschiedenen existierenden Wahlkreise beschrieben. In „Parliamentary Election 3“ werden die Ergebnisse in jedem einzelnen Wahlkreis aufgenommen. Liegen keine Wahlkreisdaten vor, werden die „Parliamentary Election 2“ Daten als Gesamtergebnis (quasi als ein großer Wahlkreis) aufgenommen.

*Party, Party Change und Party Position:* Die Tabelle „Party“ beschreibt die Parteienlandschaft in jedem einzelnen Land. Aufgeführt werden hier alle relevanten politischen Parteien, die zu Parlamentswahlen angetreten sind und mindestens einen Parlamentssitz gewinnen konnten. Neben der Grundtabelle „Party“ zählen die Tabellen „Party Change“ und „Party Position“. Erstere zeichnet die Parteihistorie seit der Parteigründung nach; letztere ordnet die Partei im politischen Spektrum ein.

*Political Actor 1,2 und 3:* Im Bereich „Political Actor“ werden individuelle biographische Daten über einzelne politische Akteure (d.h. Regierungschefs, Minister und Staatsoberhäupter) aufgenommen. In „Political Actor 2“ werden alle Ämter, die ein Akteur innehatte, aufgelistet. „Political Actor 3“ verzeichnet die Parteizugehörigkeit (gegebenenfalls die aufeinander folgenden Parteizugehörigkeiten) eines Akteurs.

*President:* Diese Tabelle beschäftigt sich mit der verfassungsmäßig vorgesehenen Rolle des Staatsoberhauptes, also mit Fragen der politischen Kompetenzen, der Ernennungsbefugnisse und symbolischen Aufgaben sowie der Amtsdauer und -perioden von Präsidenten.

*Presidential Election:* In „Presidential Election“ wird aufgelistet, ob und wann eine Wahl stattgefunden hat. Ferner werden die Präsidentschaftswahlen auf Aggregatebene sowie die individuellen Wahlergebnissen der Kandidaten erfasst. Dabei wird zwischen den Wahlergebnissen des ersten und des zweiten Wahlgangs unterschieden.

*Source:* In dieser Tabelle werden die verwendeten Quellen bei der Datenerstellung beschrieben.

## **6. Inhaltsverzeichnis des Buchprojektes (in Bearbeitung)**

Parlamentarische Demokratien in Mitteleuropa:  
Institutionalisierung, Konsolidierung und Leistungsbilanz

1. Demokratie und Policy-Performanz
2. Die Demokratisierungswelle in Mitteleuropa
  - 2.1. Regimeübergang: vom Kommunismus zur parlamentarischen Demokratie
  - 2.2. Kommunistische Strukturen in den einzelnen Ländern(bis 1989/90)
  - 2.3. Ende der kommunistischen Regime in den einzelnen Ländern (1989/90)
  - 2.4. Institutionalisierung der Demokratie in den einzelnen Ländern (1989-1995)
  - 2.5. Konsolidierung der Demokratie in den einzelnen Ländern (1995-2004)
3. Dimensionen parlamentarischer Demokratien in Mitteleuropa
  - 3.1. Typologien demokratischer Systemen
  - 3.2. Zur Identifikation komplexer Demokratiemusters
4. Leistungsbilanz von Regierungspolitik in Mitteleuropa
  - 4.1. Output-Performanzprofile in der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik
  - 4.2. Outcome-Performanzprofile in der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik
  - 4.3. Gesamt-Performanzprofile in der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik
5. Typen parlamentarischer Demokratie und Leistungsbilanz von Regierungspolitik
  - 5.1. Methodisches Vorgehen
  - 5.2. Wirtschaftsperformanz
  - 5.3. Soziale Performanz
  - 5.4. Umweltperformanz
  - 5.5. Gesamtperformanz
6. Schlussfolgerungen
  - 6.1. Hauptbefunde der empirischen Analyse
  - 6.2. Erträge für die vergleichende Politikwissenschaft